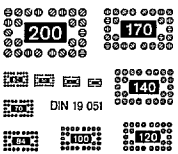

Deutscher
Gewerkschaftsbund

Bundesvorstand

Stark durch Wandel

Diskussionsmaterialien

zum Entwurf des DGB-Grundsatzprogramms

C 96 - 02143

DGB

Grundsatzabteilung
September 1996

Christlich Demokratische Union

(...)
Ich freue mich über den deutlich erkennbaren Willen der Gewerkschaften, unsere bewährte Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung im Dialog mit anderen gesellschaftlichen Gruppen und politischen Parteien aktiv und konstruktiv weiterzuentwickeln. Im Text werden die aktuellen Probleme und Herausforderungen klar benannt. In der Analyse und bei vielen Ansätzen zur Problemlösung erkenne ich grundsätzliche Übereinstimmungen mit Positionen der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Gemeinsam ist uns vor allem das Ziel einer deutlichen Senkung der Zahl der Arbeitslosen in unserem Land.

Zukunftsweisende Ansätze gelten der Modernisierung und Effizienzsteigerung von Arbeitswelt und Sozialstaat, etwa mit dem Vorschlag zu Flächentarifverträgen mit betrieblichen Wahl- und Gestaltungsmöglichkeiten. Tarifautonomie und Flächentarifvertrag sind für mich Kernelemente unserer Wirtschaftsordnung; ihre zeitgemäße Anpassung ist von grundsätzlicher Bedeutung für den Arbeitsmarkt. Es ist meine feste Überzeugung, daß unser Arbeits- und Wirtschaftsleben auf die ordnende Hand starker Sozialpartner angewiesen ist. Als ermutigend empfinde ich Ihre klare Stellungnahme zur Europäischen Währungsunion, die neue ökonomische Perspektiven in Europa schaffen wird.

Nicht verhehlen möchte ich jedoch auch Unterschiede in den Positionen, etwa wenn es um die Förderung von Innovationen oder um die Ausweitung der aktiven Arbeitsmarktpolitik geht. Hier wird der Staat in einem Maße in die Pflicht genommen, das ihn überfordert. Es kann nicht außer acht gelassen werden, daß Staats- und Abgabenquote ebenso wie die Belastung der öffentlichen Haushalte einen Stand erreicht haben, der zurückgeführt werden muß. Sparen ist dabei kein Selbstzweck, sondern notwendiges Fundament für mehr Investitionen und Arbeitsplätze in Deutschland. Die Frage der Gegenfinanzierung muß deshalb für die Summe der Vorschläge Ihres neuen Programms beantwortet werden.

Ich würde mich freuen, wenn im Fortgang der Diskussion des Programmentwurfs die besonderen Aufgaben und der positive Beitrag der Gewerkschaften bei der Herstellung der inneren Einheit Deutschlands eine angemessene Beachtung finden könnten.

Zur Bewältigung der aktuellen Probleme und Herausforderungen des Zukunftsstandortes Deutschland tragen der Deutsche Gewerkschaftsbund wie die Christlich Demokratische Union Deutschlands Verantwortung.(...)

gez. Dr. Helmut Kohl

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

(...)
Der Programm-Entwurf zeigt die große inhaltliche Übereinstimmung zwischen der deutschen Sozialdemokratie und der deutschen Gewerkschaftsbewegung: Freiheit und Demokratie, Solidarität und Gerechtigkeit - bei der Vertretung dieser elementaren Grundwerte werden SPD und Gewerkschaften auch künftig Seite an Seite stehen.

Die wichtigste Aufgabe, für die SPD wie für die Gewerkschaften, ist die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen steht im Mittelpunkt unserer Bemühungen.

Dabei muß die Politik Rahmenbedingungen schaffen für mehr Investitionen in neue Arbeitsplätze und für mehr Innovation. Hohe Produktivität und ein hoher Beschäftigungsstand sind der Schlüssel für Wohlstand und soziale Sicherheit.

Die Gewerkschaften haben durch eine beschäftigungsorientierte Tarifpolitik immer wieder unter Beweis gestellt, daß sie sich ihrer Mitverantwortung für Wachstum und Beschäftigung bewußt sind. Dabei verfolgen die Gewerkschaften nicht nur eine beschäftigungswirksame Lohnpolitik. Der Programm-Entwurf weist darauf hin, daß zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit auch die Chancen der Arbeitszeitverkürzung in ihrer ganzen Vielfalt genutzt werden müssen. Das Programm zeigt, daß der DGB im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch künftig an dieser Tarifpolitik der ökonomischen Vernunft festhalten wird.

Zur Flankierung einer beschäftigungsorientierten Lohnpolitik halte ich die stärkere Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Gewinn und am Kapital der Unternehmen für ein zentrales Reformprojekt unserer Gesellschaft. Es verbessert auch die materielle Grundlage für den weiteren Ausbau der Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Sowohl die SPD als auch die Gewerkschaften müssen sich den neuen Herausforderungen globalisierter Märkte offensiv stellen. Der von der konservativen Wirtschaftspolitik praktizierte realwirtschaftliche Abwertungswettlauf bei Löhnen, Sozialleistungen, Unternehmenssteuern und Umweltstandards ist ein verhängnisvoller Irrweg. Zu Recht weist der Programm-Entwurf darauf hin, daß Umwelt-, Sozial- und Lohndumping zu den gefährlichsten Risikofaktoren einer gerechten Weltwirtschaftsordnung zählen. Die defensive Strategie des internationalen Abwertungswettlaufs geht vor allem zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Sie werden die Opfer steigender Arbeitslosigkeit, sozialer Ungerechtigkeit und wachsender Zukunftsangst.

Sozialdemokratie und Gewerkschaften sind gemeinsam aufgefordert, den Menschen wieder Zuversicht zu geben und neue Hoffnung. Dazu brauchen wir ein neues Denken in der Wirtschaftspolitik. Die richtige Antwort auf die Internationalisierung der Wirtschaft ist das Konzept der internationalen Zusammenarbeit: Es geht darum, für die Weltwirtschaft einen politischen Ordnungsrahmen zu schaffen, der sich an den Grundsätzen der sozialen und

ökologischen Marktwirtschaft orientiert. Ebenso wie die SPD müssen die deutschen Gewerkschaften auf internationaler Ebene dafür sorgen, daß durch eine bessere internationale Zusammenarbeit die Voraussetzungen geschaffen werden für gerechten Leistungswettbewerb und fairen Welthandel zum Wohle aller Beteiligten.

In begrüßenswerter Klarheit stellt der Programm-Entwurf fest, daß die soziale Marktwirtschaft besser als andere Wirtschaftsordnungen geeignet ist, die Ziele der Gewerkschaften zu erreichen. Auch die SPD ist der Auffassung, daß sich der Markt als das wirksamste Instrument für eine möglichst optimale Verwendung der knappen Produktionsfaktoren erwiesen hat. Wir wissen aber auch, wo dieses Instrument seine Grenzen hat und wo es der staatlichen Moderierung bedarf, um soziale Gerechtigkeit und einen hohen Beschäftigungsstand zu erreichen. Darum setzen wir auf die soziale Marktwirtschaft. Markt und Sozialstaat gehören untrennbar zusammen. Deshalb werden wir die soziale Marktwirtschaft gegen die verteidigen, die ihr jetzt das Soziale rauben wollen.

Besonders freuen mich auch die klaren Aussagen des Programm-Entwurfs zum Umweltschutz. SPD und Gewerkschaften sind gemeinsam der festen Überzeugung, daß eine ökologische Modernisierung der Industriegesellschaft notwendig ist, um die natürlichen Lebensgrundlagen für kommende Generationen zu sichern.

Auch bei den meisten anderen Vorschlägen und Positionen im Programm-Entwurf erkenne ich eine große Übereinstimmung mit den Zielen und der Politik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.(...)

Wenn für unser Land die Weichen in eine gute Zukunft gestellt werden sollen, dann ist dafür ein breiter Konsens der gesellschaftlichen Kräfte erforderlich. Der Programmentwurf bietet eine gute Grundlage dafür, daß Gewerkschaften und SPD ihre Kraft für die berechtigten Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch in Zukunft gemeinsam einsetzen können.

gez. Oskar Lafontaine

Stellungnahme des SPD-Parteivorstandes:

Der Deutsche Gewerkschaftsbund bekennt sich mit seinem vom Bundesvorstand verabschiedeten Entwurf des neuen Grundsatzprogramms zum sozialen Miteinander und zur eigenen Verantwortung bei der Bewältigung der anstehenden gesellschaftlichen Herausforderungen. Klar bezeichnet der Entwurf die soziale Marktwirtschaft als am ehesten geeignet, den notwendigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbau zu bewältigen. Gleichzeitig könnten mit diesen Reformen die gewerkschaftlichen Ziele umgesetzt werden.

Vor dem Hintergrund der immer rasanter fortschreitenden technologischen Entwicklung und den zunehmenden globalen Verflechtungen der Wirtschaft beschreibt der Entwurf die hieraus entstehenden Probleme, zeigt aber auch die Chancen auf. Diese Chancen gilt es zu nutzen, indem die unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen den Dialog miteinander pflegen und um die nötigen Kompromisse ringen.

In einer Zeit, in der konservative und liberale Politiker und einzelne Arbeitgeber offen den bisher einvernehmlichen sozialen Konsens aufkündigen, ist das Bekenntnis des DGB zum gesellschaftlichen Dialog mutig und wichtig. Dabei bedeutet das Suchen nach einem Konsens sicher nicht automatisch, zur Durchsetzung berechtigter Interessen der Arbeitnehmer auf gewerkschaftliche Druckmittel zu verzichten.

Die Gewerkschaften wollen ihre Gestaltungsfähigkeit sichern und gleichzeitig neue Kooperationsformen entwickeln. Wir halten gerade diese Botschaft mit Blick auf die gesamtpolitische Gestaltungsfähigkeit in Deutschland für einen Kernpunkt des Programmentwurfs. Denn nur starke Gewerkschaften werden als ernsthafter Verhandlungspartner akzeptiert. Außerdem sollte das neue Grundsatzprogramm des DGB als eine mittelfristige Zielbestimmung verstanden werden.

Weder die Gewerkschaften noch die Unternehmer oder die Parteien werden die Weichen für die Zukunft allein stellen können. Die notwendigen Reformen erfordern ein breites gesellschaftliches Bündnis sowie die Fähigkeit und den Willen aller Beteiligten zu einem Kompromiß.

Der DGB nimmt mit dem Programmentwurf seine gesellschaftliche Verantwortung wahr und zeigt sich zu Wandel und Reformen für das Land bereit. Nur so kann er, im Interesse seiner Mitglieder und im Interesse aller Menschen in Deutschland, den anstehenden Herausforderungen gewachsen sein. Im Entwurf wird festgeschrieben, was heute schon gewerkschaftliche Praxis ist. Damit wird die Lücke zwischen politischer Theorie und gewerkschaftlichem Handeln geschlossen und darauf aufbauend das Bild einer partizipativen Gesellschaft entworfen.

Arbeit schaffen und Arbeit teilen

In den wesentlichen Punkten des Programmentwurfs stimmen SPD und DGB überein. Für die SPD ist Arbeit in einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft ein Recht für alle. Die entscheidende Frage in Deutschland und in der gesamten Europäischen Union ist die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, sie ist zugleich der Schlüssel zur Konsolidierung der Staatsfinanzen und zur Sicherung der sozialen Systeme. Das Hauptziel sozialdemokratischer Politik ist deshalb die Sicherung und Schaffung von mehr Arbeit. Wir stimmen der Feststellung zu, daß sich der globale Standortwettbewerb um Arbeitsplätze und Investitionen durch tiefgreifende Veränderungen der Weltwirtschaft und den damit verbundenen Umbrüchen unseres Produktions-, Arbeits- und Gesellschaftssystems verschärft. Die Beschäftigungsprobleme in Deutschland werden aber nicht nur durch weltwirtschaftliche Entwicklungen, sondern durch falsche wirtschaftspolitische Weichenstellungen der Bundesregierung verursacht. Die konservativ-liberale Wirtschaftsstrategie, die allein darauf abzielt, soziale Leistungen zu kürzen und Löhne zu senken, ignoriert den Zusammenhang von Angebot und Nachfrage: Sie verkennt, daß die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch über ausreichendes Einkommen verfügen müssen, um die hergestellten Produkte kaufen zu können.

Mit Wachstum allein kann die hohe Arbeitslosigkeit nicht beseitigt werden. Notwendig ist eine intelligentere und gerechtere Organisation der Arbeit und die Verkürzung der Arbeitszeit. Die von den Gewerkschaften gegen harte

politische Widerstände von Bundesregierung und Arbeitgeberverbänden durchgesetzten Arbeitszeitverkürzungen der letzten Jahre haben neue Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen und bestehende Arbeitsplätze sicherer gemacht. Mit flexibleren Arbeitszeiten können teure Maschinen länger laufen, ohne daß die Menschen länger arbeiten müssen. Flexiblere Arbeitszeiten bedeuten mehr Zeitsouveränität. Mit Arbeitszeitkonten, die sich auf die Jahres- oder die Lebensarbeitszeit beziehen, kann sowohl den betrieblichen Notwendigkeiten wie den sozialen Interessen der Beschäftigten Rechnung getragen werden.

Wir stimmen der Feststellung zu, daß gesellschaftlicher Wohlstand nicht nur durch Erwerbsarbeit entsteht, sondern auch Familien- und Erziehungsarbeit sowie ehrenamtliches Engagement dazu einen wichtigen Beitrag leisten. Die Erwerbsarbeit wird jedoch ihre zentrale Bedeutung für die Menschen behalten.

Es ist unbestreitbar, daß strukturelle Veränderungen der Weltwirtschaft und technisch-organisatorischer Wandel die Arbeit in den vergangenen Jahren tiefgreifend verändert haben. Auch wir wollen einen gesellschaftlichen Dialog und verstärkte Forschungsaktivitäten darüber, wie sich diese Veränderungen auf Arbeitsplätze, Betriebe und Unternehmen auswirken.

Die Arbeit der Zukunft gestalten

Die menschengerechte Gestaltung der Arbeitswelt gehört zu den Grundforderungen gewerkschaftlicher wie auch sozialdemokratischer Politik. Dementsprechend gehörte die Humanisierung der Arbeit zu den Schwerpunkten sozialdemokratischer Regierungspolitik in den 70er Jahren: Ausbau des Arbeits- und Gesundheitsschutzes, flexible Altersgrenze, Betriebsärzte- und Arbeitssicherheitsgesetz, Reform des Betriebsverfassungsgesetzes, Humanisierungsforschung. Im Gegensatz zur Bundesregierung bleibt die Humanisierung der Arbeit für uns weiterhin eine große Zukunftsaufgabe im Rahmen einer umfassenden Technologie-, Innovations- und Bildungsoffensive.

Gestalten durch rechtliche Absicherung und Tarifvertrag

Für SozialdemokratInnen bleibt die Tarifautonomie ein Grundpfeiler der sozialen Marktwirtschaft - sie muß verteidigt werden. Tarifverträge sind ein zentrales Ordnungsinstrument nicht nur der industriellen Beziehungen, sondern der Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland. Der Flächentarifvertrag setzt für alle Betriebe verbindliche Mindeststandards. Wir ermuntern die Tarifvertragsparteien, auf der Grundlage der Flächentarifverträge durch differenzierte und flexible Vereinbarungen weitere Handlungsspielräume für die Betriebe und Beschäftigten zu öffnen.

SozialdemokratInnen wollen die Unternehmensmitbestimmung der Arbeitnehmer, ihrer Interessenvertreter und Gewerkschaften sichern und weiterentwickeln. Mitbestimmungsrechte dürfen durch Unternehmensspaltungen und Konzernstrukturen oder durch Verlagerungen von Unternehmenszentralen ins Ausland nicht eingeschränkt werden. Wir wollen das Betriebsverfassungs- und Personalvertretungsrecht dort weiterentwickeln, wo neue Arbeitsorganisationen und neue Produktions- und Informationstechnologien dies erfordern.

Starke und handlungsfähige Gewerkschaften sind für die Gestaltung der sozialen Demokratie notwendig, ebenso wie das Streikrecht. SozialdemokratInnen werden deshalb bei Regierungsübernahme den Aussperrungsparagraphen 116 AFG wieder in seine alte Form zurückführen, um die Verhältnismäßigkeit im Arbeitskampf wiederherzustellen.

Die SPD teilt die Auffassung, daß die globalisierte Wirtschaft auch in der Tarifpolitik von den Gewerkschaften eine verstärkte internationale Zusammenarbeit verlangt. Die Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping gehört zu den wichtigsten Aufgaben. Wir wollen verhindern, daß es zwischen den einzelnen Staaten zu einem verhängnisvollen Wettlauf um die Senkung von Löhnen und Sozialleistungen kommt. Die Beschäftigungskrise ist nur mit einem gemeinsamen Pakt für Wachstum und Beschäftigung durch mehr internationale Zusammenarbeit zu überwinden.

Beteiligung und Mitbestimmung ausbauen

Politische Demokratie muß durch Demokratie in der Arbeitswelt ergänzt und gefestigt werden, d. h. die Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu verbessern. Dazu gehört ein verbessertes Betriebsverfassungsgesetz, das um die Belange des betrieblichen Umweltschutzes ergänzt wird. Wir unterstützen nachdrücklich die Forderung, daß die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Interessenvertretung auch auf europäischer Ebene an unternehmenspolitischen Entscheidungen beteiligt sind. Neue Mitbestimmungsmodelle einzuführen ist eine Möglichkeit, gemeinsame Lösungen für die drängenden wirtschaftlichen Probleme unseres Landes zu finden.

Durch Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an den Entscheidungen und am Eigentum der Betriebe kann mehr Gerechtigkeit erreicht werden. Das fördert auch die Motivation und Leistungsbereitschaft der Beschäftigten.

Gestaltung der Ökonomie

Das Hauptziel sozialdemokratischer Politik ist die Sicherung und Schaffung von mehr Arbeit. Dabei setzen wir auf eine Doppelstrategie aus Angebots- und Nachfragepolitik: Wir brauchen gute Standortbedingungen für mehr Investitionen und eine Belebung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage. Dazu ist eine enge Kooperation von Wirtschaft, Gewerkschaften, Staat und Bundesbank notwendig. SozialdemokratInnen fordern einen Beschäftigungspakt für umweltverträgliches Wachstum und neue Arbeitsplätze.

Für SozialdemokratInnen gilt der Grundsatz: So viel Markt wie möglich - so viel Staat wie nötig. Die SPD setzt auf die soziale und umweltgerechte Marktwirtschaft. Das ist unser Weg, mehr Beschäftigung und mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Wir unterstützen ausdrücklich die Forderung nach einer langfristig orientierten Innovationsoffensive, um neue Märkte und Wachstumsfelder zu erschließen und die nachhaltige Entwicklung zu fördern. Wenn Arbeit und Wohlstand in Deutschland gesichert werden sollen, wird auch künftig eine leistungsfähige Industrie benötigt, die den Standort Deutschland stark macht. Der industrielle Sektor, Rückgrat des Wirtschaftsstandortes Deutschland, braucht eine dauerhafte Perspektive. Die kleinen und mittleren

Unternehmen brauchen gezielte Unterstützung. Der wirtschaftliche Mittelstand und das Handwerk sind Motor für Beschäftigung, Innovation und technischen Fortschritt. Deshalb fordert die SPD eine Existenzgründungs- und Mittelstandsoffensive.

Ökologisch wachsen und umsteuern

Die Forderungen des DGB stimmen weitestgehend mit der Forderung der SPD nach einer ökologischen Modernisierung der Wirtschaft überein. Das gilt auch für eine umfassende sozial-ökologische Umgestaltung des Steuersystems, mit der einerseits der Faktor Arbeit durch schrittweise Senkung von Steuern und Abgaben entlastet werden soll und andererseits marktwirtschaftliche Anreize für Umweltschutz und Energieeinsparung durch maßvolle, schrittweise Belastung des umweltschädlichen Energie- und Ressourcenverbrauchs gegeben werden sollen. Dabei gilt für die SPD das Prinzip der strikten Aufkommensneutralität: Durch volle Rückgabe des Steueraufkommens an Bürger und Wirtschaft muß sichergestellt werden, daß die ökologische Steuerreform nicht zu einer Erhöhung der Steuer- und Abgabenbelastung führt.

Mehr soziale Gerechtigkeit verwirklichen

Wir wollen wie die Gewerkschaften mit Hilfe von Tarif- und Vermögenspolitik sowie gesellschaftspolitischen Maßnahmen mehr Verteilungsgerechtigkeit durchsetzen. Die ungerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen wollen wir nicht länger akzeptieren. Die SPD fordert deshalb eine stärkere Beteiligung der Arbeitnehmer am Gewinn und am Kapital der Unternehmen. Die Arbeitnehmerbeteiligung ist ein Beitrag zur Stärkung der Wirtschaft und zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Dieses Thema werden wir zu einem Kernprojekt unserer zukünftigen Politik machen.

Gleichwertige Lebensbedingungen in den Regionen schaffen

Für die Menschen in allen Regionen wollen wir gleichwertige Lebensbedingungen schaffen. Die Herstellung der sozialen Einheit in Ost- und Westdeutschland gehört zu unseren zentralen Zielen. Die ostdeutsche Wirtschaft hat noch nicht das Produktivitätsniveau erreicht, das für eine leistungsfähige Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft notwendig ist. Die Hilfe für den Aufbau Ost muß deshalb fortgesetzt werden. Es widerspricht dem Ziel einer raschen Verwirklichung der sozialen und wirtschaftlichen Einheit, wenn die Mittel für AB-Maßnahmen drastisch gekürzt und die Arbeitslosigkeit damit erhöht wird.

Die bisherigen Initiativen zur Schaffung von mehr Ausbildungsplätzen sind unzureichend. Es bedarf zusätzlicher Anstrengungen von Staat und Wirtschaft, um dem hohen Defizit an Ausbildungsplätzen in Ostdeutschland zu begegnen. Qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind Voraussetzung für den Aufbau eines leistungsfähigen Wirtschafts- und Lebensstandortes.

Markt und Staat

Die SPD unterstützt die Feststellung, daß die soziale Marktwirtschaft besser als andere Wirtschaftsordnungen geeignet ist, die Ziele auch der Gewerkschaften zu erreichen. Für die SPD sind Markt und Wettbewerb innerhalb des demokratisch gesetzten Rahmens unentbehrlich. Der Markt ist ein Instrument zum Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage, er sichert jedoch nicht Vollbeschäftigung, Verteilungsgerechtigkeit und den Schutz der Umwelt. Das ist Aufgabe staatlicher Rahmensetzung.

Für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung

Nur durch eine intensivere Zusammenarbeit der Staaten wird es möglich sein, die Vision einer sozialen Gestaltung der Weltwirtschaft im Rahmen eines ökonomischen, ökologischen und sozialen Wettbewerbs zu verwirklichen. Die SPD unterstützt ausdrücklich die Forderung nach einer gerechten Weltwirtschaftsordnung. Umwelt-, Sozial- und Lohndumping sind die großen Risikofaktoren für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung. Die richtige Antwort auf die Globalisierung der Wirtschaft heißt: Internationale Zusammenarbeit. Die internationale Beschäftigungskrise ist nur mit einem gemeinsamen Pakt für Wachstum und Beschäftigung zu überwinden. Im Zeitalter der Globalisierung kann der verhängnisvolle realwirtschaftliche Abwertungswettlauf der Nationalstaaten nicht die Lösung sein .

Bei der Überwindung der Arbeitslosigkeit müssen die einzelnen Staaten miteinander kooperieren. Das heißt für die SPD in Europa, daß

* die Wirtschafts- und Währungsunion realisiert werden muß,
* in Europa soziale Mindeststandards eingeführt werden müssen,
* eine Steuerharmonisierung unverzichtbar ist, und zwar vor allem bei den Kapitalertragssteuern, den Energiesteuern und den Unternehmenssteuern.

Die Währungsunion muß der Wohlfahrt der Menschen in Europa dienen und zu mehr Wachstum und Beschäftigung führen.

Den Sozialstaat durch Reformen sichern

Die politischen Grundideen und Werte, die im Sozialstaat zum Ausdruck kommen, sind wichtiger als je zuvor. Sie stoßen bei den Bürgern auf hohe Zustimmung, sie sind Grundelement einer sozialen Demokratie.

SozialdemokratInnen wollen die Modernisierung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. Auch der Sozialstaat muß modernisiert werden. Zielgenauigkeit und Wirtschaftlichkeit können und müssen verbessert werden. Zum einen muß die Sozialversicherung von versicherungsfremden Leistungen befreit werden; zum anderen müssen die sozialen Leistungen aber auch daraufhin überprüft werden, ob sie wirklich notwendig sind und die wirklich Hilfsbedürftigen erreichen.

Wir stimmen der Feststellung zu, daß der Sozialstaat durch die Folgen der Globalisierung, der anhaltenden Arbeitslosigkeit und falsch verteilter Lasten der Deutschen Einheit finanziell an seine Grenzen gestoßen ist. Neue Herausforderungen ergeben sich durch den demographischen Wandel. Eine Politik de. Modernisierung des Sozialstaates muß die solidarische Finanzierung der Sicherungssysteme dauerhaft gewährleisten und sich auf die solidarische Absicherung der großen Lebensrisiken konzentrieren.

SozialdemokratInnen stehen zu dem Grundsatz der paritätischen Finanzierung der Beiträge durch Arbeitgeber einerseits und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer andererseits. Der moderne Sozialstaat hat zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf beizutragen und sie im Rahmen seiner Familienpolitik aktiv zu fördern.

Anforderungen an unsere demokratische Gesellschaft

Das Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie als einzige Regierungsform, die Freiheit und Demokratie gewährleistet, entspricht sozialdemokratischen Grundüberzeugungen. Das gilt auch für die geforderten Volksentscheide und Volksbefragungen als Ergänzung der repräsentativen Demokratie.

Die SPD unterstützt nachdrücklich die Forderung nach politischer und gesellschaftlicher Chancengleichheit und damit die Gleichstellung von Frauen und Männern. Es ist das Verdienst der Sozialdemokratie, durch ihre Politik die Gleichstellung von Frauen und Männern maßgeblich befördert zu haben. Dieser Prozeß muß fortgesetzt werden.

Wir unterstützen die Forderung nach einer Integration der bei uns lebenden Ausländerinnen und Ausländer und deren staatsbürgerliche Gleichstellung.

Bildung ist der Schlüssel zur Zukunft

Daß der DGB in seinem Programmentwurf die Bildungspolitik, von der allgemeinen Bildung bis zur beruflichen Bildung, Weiterbildung, Reform der Hochschulen wie auch den Bereich Forschung und Wissenschaft so ausführlich behandelt, begrüßen wir ausdrücklich. Nicht nur die Würde des Menschen und sein Anspruch auf Selbstverwirklichung verlangen das Recht auf Bildung. Bildung und Ausbildung, Forschung und Wissenschaft sind gleichermaßen Investitionen in unsere Zukunft. Ihre Qualität entscheidet über die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und über die demokratische Stabilität unserer Gesellschaft.

Der gegenwärtige Reformbedarf im dualen Ausbildungssystem muß sowohl qualitative wie quantitative Maßnahmen umfassen. Die Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung muß in die Praxis umgesetzt werden. Das entscheidende Ziel von Aus- und Weiterbildung muß die dauerhafte qualifizierte Beschäftigung sein. Für neue Berufsfelder müssen neue Berufsbilder geschaffen und definiert werden. Wir wollen die Berufsvorbereitung in allen Schulstufen intensivieren und die Berufsschule modernisieren. Notwendig sind regionale Zentren der Aus-, Fort- und Weiterbildung. Schließlich muß das Berufsbildungssystem für den europäischen Integrationsprozeß weiterentwickelt werden.

Zur Finanzierung der beruflichen Bildung fordert der DGB einen überbetrieblichen Lastenausgleich zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Unternehmen. Auch wir wollen für die Finanzierung der Berufsbildung ein Finanzierungssystem, das unabhängig von aktuellen, konjunkturellen und strukturellen Entwicklungen ist. Die SPD wird für eine solidarische Berufsausbildungsfinanzierung eine gesetzliche Regelung vorbereiten.

Zukunft der Gewerkschaften

Um auch weiterhin als gleichwertiger und starker Partner gegenüber einzelnen Arbeitgebern und ihren Interessenverbänden für die Belange der Arbeitnehmer aufzutreten, haben der DGB und seine Gewerkschaften bereits interne Reformen eingeleitet.

So engagieren sich die Gewerkschaften unmittelbar für ihre jeweiligen Branchen und Mitglieder, kümmern sich um Betriebs- und Tarifpolitik. Der DGB organisiert und vertritt die aus der Arbeit der Gewerkschaften entstehenden gesamtpolitischen Forderungen gegenüber allen parlamentarischen Ebenen, von der regionalen bis zur europäischen Ebene, sowie vor der Öffentlichkeit. Durch Aufgabenverteilung entsteht Klarheit und Konzentration auf den jeweiligen Arbeitsbereich.

In den nächsten Jahren wird es für alle Gewerkschaften von großer Bedeutung sein, ein dichtes Netz in den Regionen aufzubauen, um vor Ort Ansprechpartner präsent zu sein und um ihre sozial- und gesellschaftspolitischen Aufgaben wahrzunehmen.

Natürlich gibt es im jetzt vorliegenden Programmentwurf des DGB noch offene Fragen. So müssen branchenspezifische Antworten gefunden werden, um auf neue Entwicklungen in der Arbeitswelt zu reagieren. Wie sollen die Gewerkschaften sich beispielsweise organisieren, wenn sich die bisherigen Grenzen zwischen den einzelnen Branchen weiter verwischen oder wenn immer größere Teile der abhängig Beschäftigten in scheinbarer Selbständigkeit arbeiten? Es bleibt weiterhin eine anspruchsvolle Aufgabe, für die Fragen einen tragfähigen Kompromiß für alle Beteiligten zu finden.

Gemeinsame Aufgaben

Die deutschen Gewerkschaften stehen vor den gleichen Aufgaben wie die SPD: Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Modernisierung und Sicherung des Sozialstaates, Herstellung der wirtschaftlichen und sozialen Einheit Deutschlands, die ökologische Modernisierung der Wirtschaft und ein soziales und demokratisches Europa. Indem beide - SPD und Gewerkschaften - ihren Part übernehmen, können diese Aufgaben mit Erfolg angegangen werden

Gemeinsame Vision von DGB und SPD ist eine Gesellschaft, die allen Menschen gleichberechtigt die Möglichkeit gibt, ihr Leben selbst zu bestimmen. Der Entwurf des neuen DGB-Grundsatzprogramms ist hierzu ein wichtiger Beitrag.

Prof. Dr. Lothar Bisky (PDS)

Eckpunkte einer Reformstrategie

Im Zentrum des Entwurfs für ein neues Grundsatzprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes steht eine sozial-ökologische Reformstrategie. Mit diesem Reformplädoyer dokumentieren die Gewerkschaften, daß sie ganz und gar nicht zu jenen gesellschaftlichen Dinosauriern zählen, die nicht - befangen in Besitzstandsdenken und verknöcherten Tarifritualen - über den engen Horizont der eigenen materiellen Interessen hinausschauen.

* Die Zunahme der ökologischen Zerstörung kann im Interesse der Erhaltung und Sicherung einer zukunftsoffenen Arbeits- und Lebenswelt nicht hingenommen werden. "Wer das Leben der Menschen für die Zukunft sichern will, muß ökologisch umsteuern. Der Ressourcen- und Energieverbrauch muß erheblich reduziert werden. Das bedeutet auch, unsere Konsum- und Lebensgewohnheiten zu ändern."

* Der DGB verfährt dabei nicht nach dem Prinzip des Heiligen St. Florian, sondern erklärt sich bereit, die Lebensgewohnheiten der eigenen Mitglieder auf den Prüfstand zu stellen. Dies gilt insbesondere auch in der Auseinandersetzung mit den patriarchal geprägten Herrschaftsverhältnissen; Solidarität ist eine entscheidende Voraussetzung für Emanzipation: "Der Einsatz der Gewerkschaften wird künftig noch stärker darauf zielen, gleiche Chancen für Frauen und Männer im Arbeitsleben tatsächlich zu erreichen. Kürzere Arbeitszeiten können helfen, die Arbeit zwischen Frauen und Männern gerechter zu verteilen. Frauenförderung und Quotenregelung müssen dazu beitragen, Benachteiligungen abzubauen und beiden Geschlechtern gleiche Karrierechancen zu ermöglichen."

In diesen Punkten gibt es weitgehende Übereinstimmung. Auch die PDS weiß sich einer sozial-ökologischen Reformstrategie verpflichtet. Und auch wir haben nach einer selbstkritischen Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit begriffen, daß zur Entwicklung von innerparteilicher Demokratie eine bewußte Absetzung von patriarchalen Strukturen gehört. Die anfänglich umstrittene Quotenregelung hat mit dazu beigetragen, daß Frauen ein bedeutendes Gewicht auf allen Ebenen unserer Politik haben. Kritisch müssen wir aber vermerken, daß wir bei feministischen Politikansätzen noch immer am Anfang stehen.

Ein dritter - entscheidender - Punkt kommt hinzu: Ebenso wie der DGB unterstreicht die PDS, daß die soziale Existenzgrundlage unserer Gesellschaft durch Arbeitslosigkeit und Armut zunehmend gefährdet wird. Fortschritte in der sozial-ökologischen Reform der Gesellschaft und bei der Überwindung der Geschlechterdiskriminierung lassen sich dauerhaft nur erzielen, wenn wir die in aller Schärfe aktualisierte soziale Frage lösen können.

Gestaltung statt Sachzwang "Globalisierung"

Die PDS hatte wie viele andere politische Kräfte in Ost- und Mitteleuropa die geschichtliche Zäsur von 1989/90 als Chance für eine neue Reformpolitik gewertet. Die damaligen Hoffnungen finden sich noch im DGB-Programmentwurf wieder: "Mit dem Ende einer in Ost und West gespaltenen Weltordnung sind nicht nur neue Märkte und Konkurrenten um Arbeitsplätze entstanden, sondern auch Chancen einer friedlichen Entwicklung, auf Völkerverständigung und kulturellen Ausgleich eröffnet worden. Gleichzeitig bietet die globale Integration neue Chancen einer erweiterten weltwirtschaftlichen Zusammenarbeit, des sozialen Ausgleichs, der politischen Gestaltung und der ökologischen Erneuerung." Mitte der neunziger Jahre müssen wir jedoch resümieren, daß diese Hoffnungen wenig real waren. Von einer Friedensdividende, einem Zeitalter ohne Rüstungswettlauf und Krieg, auf internationaler Kooperation über kulturelle und ethnisch-religiöse Unterschiede hinweg basierend, sind wir heute auf eine andere Weise wieder ebensoweit entfernt wie ehedem. "Massenarbeitslosigkeit, neue Armut und die Demontage von sozialen Leistungen, die als gesichert galten", und eskalierende Auseinandersetzungen - das sind die schlechten nationalen und weltweiten Ausgangsbedingungen, die wir heute "an der Schwelle zum 21. Jahrhundert" vorfinden.

Massenarbeitslosigkeit und Armut betreffen die ostdeutsche Bevölkerung in besonderem Maße. Es konnte im Ernst niemand davon ausgehen, daß die komplizierten Transformationsprozesse von einem staatssozialistischen Entwicklungstyp in eine moderne kapitalistische Gesellschaft ohne schwerwiegende Übergangs- und Anpassungsprobleme abgehen würden. [illegible] heute müssen wir die Folgen einer Politik tragen, die schon in der Anlage falsch war: falsch darin, gleichsam über Nacht die ostdeutsche Wirtschaft in den Weltmarkt zu "entlassen", und falsch darin, für die Transfers nahezu ausschließlich die abhängig Beschäftigten und die sozialstaatlichen Institutionen zahlen zu lassen. Als Partei, die sich im besonderen Maße der Vertretung der ostdeutschen Bevölkerung verpflichtet weiß, unterstreichen wir den Gestaltungsbedarf für die neuen Bundesländer. "Vorrangiges Ziel aller Bemühungen in den neuen Ländern ist, neue Arbeitsplätze aufzubauen. Öffentlich geförderte Beschäftigung muß besonders in Ostdeutschland helfen, Phasen der Arbeitslosigkeit zu überbrücken."

Die aktuelle Entwicklung macht die Größe dieser Aufgabenstellung deutlich. Trotz beträchtlicher Transfers und Förderungsmittel aus den westdeutschen Bundesländern sind in den neuen Bundesländern keine sich selbst tragenden Wertschöpfungs- und Einkommenskreisläufe entstanden. Vom Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und von Wirtschaftsforschungsinstituten wird in den jüngsten Gutachten darauf verwiesen, daß mit dem langsamen Auslaufen der Baukonjunktur und den wachsenden Finanz- und Wirtschaftsproblemen vieler kleinerer und mittlerer Unternehmen eine gefährliche Konstellation entstanden ist. Um so deutlicher müssen wir jedoch hervorheben, daß aktive Beschäftigungspolitik heute und auf absehbare Zeit mehr sein muß als die Überbrückung temporärer Unterbeschäftigung. Hier wird exemplarisch ein entscheidendes Defizit des Grundsatzprogrammentwurfs deutlich: In ihm wird nicht aufgezeigt, welche Wege zur Erreichung des Ziels der Herstellung von Vollbeschäftigung gegangen werden können und müssen. Nun ist ein Grundsatzprogramm kein Aktions-

programm. Aber in einer Zeit, in der der "herrschende politische und wirtschaftliche Sachverstand" Vollbeschäftigungspolitik als ein unrealistisches, populistisches Heilsversprechen denunziert und in der wir unsere Augen nicht davor verschließen können, daß sich Teile der Bevölkerung bereits mit der Perspektive einer sozial gespaltenen Gesellschaft abgefunden haben, dürfen die Gewerkschaften nicht bei der bloßen Zielproklamation stehen bleiben, sondern müssen sagen, wie wir es gemeinsam erreichen und durchsetzen können.

Dieser Mangel in der Skizzierung der politischen Alternativstrategie scheint mit einem analytischen Mangel einherzugehen. Gegenüber dem Erklärungsversuch von verfestigter Massenarbeitslosigkeit und der Zerstörung des Sozialstaates, wie er an vielen Punkten des Programmentwurfs durchschimmert, möchten wir erhebliche Zweifel und gründlichen Diskussionsbedarf anmelden. Immer wieder wird auf die Globalisierung der kapitalistischen Wirtschaft und auf die damit verbundenen Umbrüche des Produktions-, Arbeits- und Gesellschaftssystems verwiesen. So heißt es beispielsweise: "Durch die Folgen der Globalisierung, der anhaltenden Arbeitslosigkeit und durch die falsch verteilten Lasten der deutschen Einheit ist der Sozialstaat finanziell an seine Grenzen gestoßen." Auch aus der Sicht der PDS hat die Politik der leichtfertigen Zerstörung des Wirtschaftspotentials der ehemaligen DDR, haben ein fragwürdiges Konzept der Modernisierung durch überstürzte Privatisierung und Deregulierung sowie eine bedrückende Schieflage bei der Finanzierung und Verteilung der Transfers zu einer Gefährdung des Sozialstaates beigetragen.

Aber was besagt in diesem Zusammenhang das Stichwort von der "Globalisierung"? Zunächst doch nicht mehr, als daß die Politik der entschiedenen Förderung des nationalen Wirtschaftsstandortes keineswegs auf die Bundesrepublik Deutschland beschränkt ist. Die Beschäftigungskonferenz der G7-Staaten in Lyon und die Beratung der Wirtschafts- und Gewerkschaftsverbände der Europäischen Union unter der Präsidentschaft des Kommissionspräsidenten Santer haben jüngst erst wieder verdeutlicht, daß nahezu alle kapitalistischen Hauptländer einer Politik anhängen, die glaubt, einen Ausweg aus der Krise durch verstärkte Förderung des nationalen Wirtschaftsstandortes zu finden. Das Ergebnis dieser Bemühungen führt kein Land auf den versprochenen Prosperitätspfad, wie man im Grunde aus eineinhalb Jahrzehnten praktizierter neokonservativer Standortpolitik lernen kann. Das Ergebnis ist aber auch kein konsequenzloses Nullsummenspiel, in dem sich Gewinne und Verluste ausgleichen. Resultate der internationalen Standortpolitik sind erstens die fortwährende Schwächung der Binnenmärkte in der Hoffnung auf expandierende Exportmärkte, zweitens die Schwächung der sogenannten Stabilitätsfaktoren entwickelter kapitalistischer Länder, die infolge von Deregulierungspolitik und Nachfrageschwächung zunehmend ausfallen, und drittens Langzeitarbeitslosigkeit auf Höchstniveau.

Standort-Ideologie

Ohne eine Politik der Rückkehr zur Vollbeschäftigung droht eine schwere gesellschaftliche Zerreißprobe, bei der die gesellschaftlichen Grundlagen des demokratischen Gemeinwesens gefährdet werden. Soziale Sicherheit, bezahlbare Wohnungen und ein Mindestangebot an öffentlichen Dienstleistungen in den Bereichen Gesundheit, Aus- und Weiterbildung sowie

gehören zu den grundlegenden Bedürfnissen, die in den reichen Gesellschaften für alle Bürgerinnen und Bürger garantiert werden können. Aber wird diese Zielsetzung wirklich durch das Auftreten neuer Konkurrenten und durch die Globalisierung der Weltökonomie gefährdet? Mit der These von der vermeintlichen Notwendigkeit einer Verteidigung und Sicherung des nationalen Wirtschaftsstandortes wird im Grunde zweierlei akzeptiert:

Zum einen eine Strategie, wonach es auf längere Sicht vertretbar ist, rund ein Drittel des gesamten Bruttoinlandprodukts für den Export zu erwirtschaften und zudem dauerhaft Außenhandelsüberschüsse für die nationale Ökonomie zu realisieren. Nach wie vor ist die Position der Bundesrepublik Deutschland als führende Exportnation einzigartig, und dies soll nun noch ausgebaut werden. Über das Problem, daß wir damit einen beträchtlichen Teil unserer Arbeitslosigkeit anderen Nationen aufzwingen und daß die überlieferte Weltwirtschaftsordnung letztlich wegen dieser Einseitigkeit einzelner Nationen einer grundlegenden Korrektur bedarf, wird überhaupt nicht mehr geredet. Die PDS betrachtet mit großer Sorge, daß parallel zu dem nationalistischen Wettbewerb der Wirtschaftsstandorte der kapitalistischen Hauptländer die einst beschlossene Selbstverpflichtung, wenigstens 0,75 Prozent des Bruttosozialprodukts für öffentliche Entwicklungshilfe aufzuwenden, dramatisch vernachlässigt wird. Überhaupt konstatieren alle Beobachter einen beträchtlichen Rückgang gegenüber den Anforderungen der Entwicklungspolitik und der Unterstützung internationaler Organisationen wie der UNO. Es existiert in der PDS überwiegend die Auffassung, daß eine Reform der unsozialen und ungerechten Weltwirtschaftsordnung und die Reform unserer nationalen Ökonomie zwei Seiten der gleichen Medaille sind. Es kann auf Dauer keine friedliche und sozial-ökologische Entwicklung auf dieser Welt geben, wenn bestimmte Wirtschaftsstandorte sich dauerhafte Wettbewerbs- und Konkurrenzvorteile sichern können.

Zum anderen werden die Arbeits- und Sozialeinkommen systematisch auf die Niveaus von Ländern mit großen Niedriglohnsektoren herabgedrückt. In der kapitalistischen Weltökonomie existierten vom Zeitalter des Kolonialismus und des Imperialismus an beträchtliche Unterschiede in den Einkommens- und Lebensverhältnissen. Es ist wenig überzeugend, daß ausgerechnet jetzt die Konkurrenz der sogenannten Billiglohnländer uns zu einem raschen Abbau des Sozialstaates veranlassen soll. Zudem läßt sich der Anpassungsdruck angesichts der realexistierenden Wohlstandsunterschiede in der Welt beliebig ausweiten und radikalisieren. Mit einer Kürzung der Arbeits- und Sozialeinkommen, mit weniger Gesundheitsschutz, geringeren Renten und längeren Arbeitszeiten kommen wir nicht aus der Krise heraus, sondern trudeln umgekehrt noch tiefer in sie hinein. Dadurch, daß sich viele in ihren Ausgaben noch mehr einschränken müssen, entstehen keine neuen Arbeitsplätze. In immer hektischeren Spar- und Streichungsaktionen werden die Grundlagen für eine stabile wirtschaftliche Entwicklung und für eine zukünftige soziale Regulierung zerstört.

Die Standort-Ideologie beherrscht das öffentliche Leben. Aus Sicht der Partei des Demokratischen Sozialismus müßte der Deutsche Gewerkschaftsbund mit einem neuen Grundsatzprogramm gegen diese falsche Sichtweise entschieden Position beziehen. Nach wie vor glauben große Teile der Wahlbevölkerung, da es weniger Arbeitslosigkeit nur geben wird, wenn die Beschäftigten zu noch mehr Leistung bei noch geringeren Löhnen und weiter gekürz-

ten Sozialeinkommen bereit sind. Doch es ist schlicht grotesk, angesichts einer Unterbeschäftigung von sieben Millionen von einer Verlängerung der Wochen- und der Lebensarbeitszeit irgendeine Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt zu erwarten.

Binnenmarktorientierung - Reform des Steuersystems - Gemeinnütziger Sektor

Die Wirtschaftsmotoren der kapitalistischen Hauptländer laufen seit geraumer Zeit nicht mehr rund. Die Bundesrepublik findet seit zwei Jahrzehnten keinen Ausweg aus der strukturellen Akkumulationsschwäche: Die Realinvestitionen sind viel zu gering, um die durch Rationalisierungseffekte abgebauten Arbeitsplätze durch neue zu ersetzen. Aber der Grund liegt nicht in einem Verlust der Wettbewerbsfähigkeit infolge zu hoher Einkommen der Lohnabhängigen oder überzogener sozialer, kultureller und ökologischer Ansprüche. Der Kernpunkt der gesellschaftlichen Auseinandersetzung liegt an anderer Stelle: Die "politische Kultur der Integration" der Nachkriegszeit (R. Dahrendorf) ist durch die neokonservative facettenreiche Wirtschaftspolitik sozialer Ausgrenzung und Spaltung abgelöst worden. Seit 1982 fördern die Kohl-Kabinette die Gewinne und kürzen die Lohn- und Sozialeinkommen. Auf über 60 Mrd. DM pro Jahr belaufen sich mittlerweile die kumulierten Einsparungen im Sozialbudget, die in der Ära Kohl vorgenommen wurden. Vom Sozialstaat als einem "Fundament" - wie es im Programmentwurf in einer zuspitzenden Formulierung fälschlicherweise heißt - der kapitalistischen Gesellschaftsordnung kann nicht mehr gesprochen werden. Die Regierenden haben diesen in den ersten Jahrzehnten der Nachkriegsentwicklung in Westeuropa maßgeblich von den Gewerkschaften erkämpften Klassenkompromiß längst aufgekündigt.

Wir sollten in den Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzungen mit den neokonservativen Konzeptionen der Systemveränderung stellen, daß der Binnenmarkt immer stärker als Impulsgeber für die ökonomischen Kreisläufe ausfällt. Die Realeinkommen der Beschäftigten, die Altersruhegelder und die Mindesteinkommen der Unbeschäftigten müssen - gerade in Krisenzeiten, denn da stehen sie massiv von rechts unter Druck- entschieden verteidigt werden. Die politische Erfahrung lehrt uns: Solange der Widerstand gegen die Umverteilungspolitik zugunsten der Kapital- und Vermögenseinkommen zwischen Gewerkschaften und Politik wie auch zwischen den verschiedenen Strömungen der Linken - SPD, Bündnis 90/Grüne, PDS - zersplittert bleibt, werden wir mit immer neuen Sparrunden überzogen werden.

Die Polarisierung der Verteilungsverhältnisse verstärkt den Entsolidarisierungsprozeß in der Gesellschaft. Nicht die elementaren Lebensbedürfnisse der Sozialhilfebezieher, der Obdachlosen der Arbeitslosen überfordern diese Republik. Der empörende Skandal liegt im wachsenden Steuerwiderstand und in der Steuerflucht der Besitzenden: privater Reichtum und öffentliche Armut sind die Kehrseiten einer Medaille. Die Defizite der öffentlichen Kassen werden bewußt instrumentalisiert, um eine weitere Magerkur für den Sozialstaat öffentlich schmackhaft zu machen.

Wer für ein Umsteuern durch Verteuerung von Rohstoffen und Energie eintritt, der muß an der Durchsetzung eines tatsächlich reformierten Steuer- und Abgabensystems interessiert sein. Jeder Versuch einer Lenkung von Ressourcenverbrauch und Konsum muß scheitern, wenn sich die höheren Einkommen systematisch der Finanzierung der öffentlichen Angelegenheiten entziehen können. Öko-soziale Reformen bedeuten eine andere Richtung der technologisch-wissenschaftlichen Entwicklung. Viele ökologische Problemkonstellationen werden sich nur mit einer radikalen Veränderung von Produktions- und Fertigungsmethoden und einer anderen Organisation der gesellschaftlichen Arbeit bekämpfen lassen. Jede gründliche Reform der entwickelten kapitalistischen Länder zielt neben einem ökologischen Umbau daher auf eine Ausweitung des Non-profit-Bereiches. Es geht darum, alle jene Aufgaben anzupacken, die von Markt und staatlicher Verwaltung nur unzureichend oder schlecht gelöst werden können. Umweltschutz, Wohnen, Gesundheit, Bildung und Kultur sind die Sektoren, in denen schon heute ein beträchtliches Engagement von gemeinnützigen oder Non-profit-Organisationen festzustellen ist.

Eine effiziente gesellschaftliche Wertschöpfung muß mit einem Einkommens- und Investitionstransfer in diese Bereiche verknüpft werden. Statt uns immer tiefer in der gesellschaftlichen Sackgasse eines wachsenden Gegensatzes von Reichtum und Armut zu verlieren, sollten wir den Reichtum und die Fähigkeiten in dieser Gesellschaft nutzen, einen attraktiven dritten Sektor mit öffentlich geförderten, unbefristeten Beschäftigungsverhältnissen zu tariflichen Bedingungen aufzubauen. Mit einem solchen Weg könnte sich ein Einstieg in einen anderen sozialen, kulturellen und ökologischen Gesellschaftsentwurf eröffnen.

gez. Lothar Bisky

Die Ministerpräsidentin des Landes Schleswig-Holstein

Gerade in einer Zeit rasanter Strukturveränderungen, hoher Arbeitslosigkeit und der Verunsicherung breiter Bevölkerungsschichten ist es wichtig, programmatische Zukunftsperspektiven aufzuzeigen, die die Kurzatmigkeit der aktuellen Tagespolitik überwinden.

Ich freue mich, daß viele Positionen des DGB-Programmentwurfs mit der Linie der schleswig-holsteinischen Landesregierung übereinstimmen. Drei Bereiche möchte ich wegen ihrer besonderen Bedeutung hervorheben.

1. Arbeit:

Zu Recht stellt der DGB die Zukunft der Arbeit in den Mittelpunkt seines Programms. Wir dürfen die Massenarbeitslosigkeit nicht hinnehmen, auch wenn es in der Bundesregierung immer mehr Verantwortliche zu geben scheint, die sie als Naturphänomen betrachten. Zur Schaffung wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze müssen wir die staatlichen Rahmenbedingungen entscheidend verbessern. Und die Arbeit, die vorhanden ist und die geschaffen wird, muß

gerechter verteilt werden: beispielsweise durch den Abbau von Überstunden, durch Arbeitszeitkonten, durch mehr Teilzeit und flexiblere Übergänge in die Zeit nach dem Arbeitsleben.

Immer mehr Bedeutung gewinnt auch das vom DGB angesprochene Problem der ungerechten Aufteilung zwischen Erwerbs- und unbezahlter Arbeit. Erwerbsarbeit ist nicht nur etwas für junge Männer, und unbezahlte Arbeit ist nicht nur etwas für Frauen und Alte. Diese Kluft zu überwinden, wird für einen gerechten Ausgleich zwischen den Generationen immer wichtiger

2. Soziale Sicherung

Die Bundesregierung sieht die soziale Sicherung offensichtlich zunehmend als Steinbruch für die Sanierung öffentlicher Haushalte an. Sie sieht nicht, daß sie damit einen der wesentlichen Standortvorteile des Wirtschaftsstandortes Deutschland gefährdet.

Wir stärken die sozialen Sicherungssysteme nicht durch Beitragserhöhungen auf Kosten der Beschäftigten und noch höhere Lohnnebenkosten. Was wir brauchen, ist eine Ursachenbekämpfung sozialer Probleme und nicht deren Reparatur. Die Bekämpfung vereinzelten Mißbrauchs von Sozialleistungen darf nicht dazu führen, undifferenziert soziale Standards und Leistungen abzusenken.

Es gibt genügend Vorschläge: die endlich ernsthafte Bekämpfung von illegaler Beschäftigung und Schwarzarbeit, die Einbeziehung geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse in die sozialen Sicherungssysteme, Organisationsreformen bei den Versicherungsträgern, Versicherungs- und Beitragspflicht für Scheinselbständige, das Erschließen neuer Beschäftigungsfelde. und insbesondere die Umfinanzierung versicherungsfremder Leistungen, damit die Last gesamtgesellschaftlicher Aufgaben auch allen und nicht nur den Beitragszahlern auferlegt wird.

3. Ökologische Steuerreform

Ich freue mich darüber, daß gerade auch die Aussagen im Abschnitt "Ökologisch wachsen und umsteuern" weitgehend mit den energie- und umweltpolitischen Zielen und Konzepten der schleswig-holsteinischen Landesregierung übereinstimmen. Insbesondere freut mich das Bekenntnis zu der "hohen Bedeutung (...) einer umfassenden sozialökologischen Umgestaltung des Steuersystems".

Auch ich bin der Auffassung, daß die ökologische Steuerreform aufkommensneutral sein muß, daß energieintensive Industrien Sonderregelungen brauchen und daß Arbeitnehmer, die von der Entlastung des Faktors Arbeit nicht direkt profitieren, angemessen berücksichtigt werden müssen. Allerdings erscheinen mir wettbewerbsneutral ausgestaltete Ermäßigungsregelungen sachgerechter als Steuerbefreiungen.

Ich darf Sie in diesem Zusammenhang auf ein von den sechs Ländern Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Brandenburg, Hessen und Saarland vergebenes Gutachten an das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin (unter Mitwirkung der Prognos AG in Basel) aufmerksam machen, das schwerpunktmäßig die Fragen der Ausgestaltung solcher Sonderregelungen zum Untersuchungsgegenstand hat. Der voraussichtliche Fertigstellungstermin liegt im September 1996.

gez. Heide Simonis

NORDELBISCHE EVANGELISCH - LUTHERISCHE KIRCHE

Das Bischofskollegium der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche begrüßt den Versuch des DGB, gerade in Zeiten des Umbruchs zu einer Neuorientierung zu kommen und ein neues Grundsatzprogramm "Stark durch Wandel" zu verabschieden. (...)

Zwischen dem neuen Grundsatzprogramm und kirchlichen Verlautbarungen wie der EKD-Denkschrift Gemeinwohl und Eigennutz. Wirtschaftliches Handeln in Verantwortung für die Zukunft" und dem Diskussionspapier der Kirchen "Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der Bundesrepublik" gibt es eine Reihe von inhaltlichen Bezügen, die in unserem Gespräch eine Rolle spielen könnten: die bedrängende Frage der Arbeitslosigkeit und Ansätze zu ihrer Überwindung, die Frage nach der sozialen Gestaltung der Zukunft in Deutschland und die wachsende Armut in unserem Land, die Frage der Zukunftsfähigkeit wirtschaftlichen Handelns unter Einschluß ökologischer Gesichtspunkte, die Rolle der Frauen. Wenn im DGB-Programmentwurf plebiszitäre Elemente als Ergänzung der parlamentarischen Demokratie genannt werden. dann trifft das auch auf Aussagen der Demokratiedenkschrift der EKD zu. Gleiches gilt für die Forderungen, die im Blick auf unter uns lebenden ausländischen Frauen und Männer und Flüchtlinge erhoben werden.

Gerade weil der Entwurf des DGB-Grundsatzprogramms so breit angelegt ist und viele Berührungspunkte zu kirchlichen Aktivitäten und Stellungnahmen bestehen, stellt sich uns die Frage, warum in dem gesamten Entwurf kein Wort zur Rolle der Kirche zum Verhältnis des DGB zu den Kirchen gesagt wird. Andere gesellschaftliche Institutionen und Organisationen werden benannt. Dem DGB ist ja bekannt, in welcher Weise Kirchen praktisch und konzeptionell einen kompetenten Beitrag zur Entwicklung unserer Gesellschaft leisten. Ist es nicht an der Zeit, auch und gerade in einem Grundsatzprogramm das Verhältnis zu den Kirchen zu definieren?

gez. Karl Ludwig Kohlwage
Bischof

gez. Maria Jepsen
Bischöfin

gez. Dr. Hans Christian Knuth
Bischof

Dr. Josef Homeyer, Bischof von Hildesheim

UNSERE ZUKUNFT-AUFFORDERUNG ZUR MITARBEIT

1. Übereinstimmende Bewertungen

In diesen, den Einzelausführungen des Programm-Entwurfs vorangestellten Grundsatzteil geht es um eine Ortsbestimmung gegenwärtiger und zukünftiger Aufgaben der Gewerkschaften unter den Bedingungen der heutigen Gesellschaft und ihrer sich abzeichnenden morgigen Entwicklung. Alle später aufscheinenden Einzelfragen werden hier zunächst grundsätzlich angesprochen. Einerseits macht der Entwurf die "Grundwerte" deutlich, von denen aus dies geschieht, andererseits versucht er eine Analyse der gegenwärtigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Situation, um daraus Weichenstellungen für die künftige Arbeit der DGB-Gewerkschaften abzuleiten. Positiv sind dabei vor allem die Aussagen zu folgenden Bereichen zu würdigen:

a) Grundwerte: Der Entwurf bekennt sich eindeutig zu den Grundwerten des demokratischen und sozialen Rechtsstaates. Dies impliziert die "ökologische Verantwortung", die Bereitschaft zum friedlichen Ausgleich sozialer Interessengegensätze und zu "gegenseitiger Toleranz" zwischen den "freiheitlich-sozialistischen" und den "christlich-sozialen Richtungen" innerhalb der Einheitsgewerkschaft. Bemerkenswert ist auch der Hinweis, daß diese Grundwerte, insbesondere aber auch der "Wohlstand" nur durch eine "Reform der Industriegesellschaft dauerhaft gesichert werden" können. (S. 2)

b) Globalisierung: Besonders hervorzuheben ist das Bekenntnis des Entwurfs zu einer "erweiterten weltwirtschaftlichen Zusammenarbeit". Zwar führt dies auch zu neuen "Konkurrenten um Arbeitsplätze", höher bewertet werden aber offensichtlich die damit gegebenen "neuen Chancen" einer "friedlichen Entwicklung" und einer "sozial gerechten Weltwirtschaftsordnung, in der auch Entwicklungs- und Schwellenländer ihre Chancen entfalten können". Die Aussagen werden ausdrücklich im Blick auf die Länder des Ostens, die Europäische Union und eine "globale Integration" gemacht und zu recht unter die Bedingung einer " sozial gerechten Weltwirtschaftsordnung" gestellt (S. 5).

c) Wertewandel: Der Entwurf registriert "veränderte Lebenserfahrungen und Wertorientierungen" und würdigt ihre Ambivalenz: die Gefahr zu mehr "Selbstbezogenheit, Vereinzelung und sozialer Kälte", aber auch die "Wünsche der Menschen nach Selbstentfaltung und Eigeninitiative, nach selbstbestimmter Arbeit, Beteiligung und Mitbestimmung". Hervorzuheben ist die Feststellung, daß "Solidarität" nicht von selber entsteht, sondern "geweckt und gestärkt" werden muß und daß "Individualität und Selbstentfaltung nur auf der Grundlage kollektiver Sicherungssysteme" möglich sind. Deshalb müssen wir "die sozialen und rechtlichen Rahmenbedingungen für die Entfaltung der Persönlichkeit erhalten und weiterentwickeln" (S. 5).

2. Kritische Rückfragen

a) Soziale Marktwirtschaft: Etwas unklar wirken in ihrer Gesamtheit die Aussagen zur "Sozialen Marktwirtschaft". Sie sei "besser als andere Wirtschaftsordnungen geeignet, die Ziele der Gewerkschaften zu erreichen. Der hohe materielle Wohlstand unserer Gesellschaft beruht auf ihrer Leistungsfähigkeit und auf der Leistungskraft der Menschen" (S. 18). Man wundert sich zunächst, daß diese Aussage sich nicht innerhalb des Grundwerteteils findet, sondern daß, dort von "kapitalistisch verfaßten Marktwirtschaften" (S. 3) gesprochen wird, was sich offensichtlich auch auf unsere Gesellschaft bezieht. Die weiteren Feststellungen, die soziale Marktwirtschaft habe "weder Massenarbeitslosigkeit noch Ressourcenverschwendung verhindert" und "soziale Gerechtigkeit nicht hergestellt" (S. 18), könnte die Vorstellung erwecken, als ob es irgendeine Wirtschaftsordnung gäbe, die letzteres könne. Genauso wenig wie es die ideale Demokratie gibt, ist eine ideale Wirtschaftsordnung möglich. Dies sollte aber das Programm nicht daran hindern, sich mit gleicher Eindeutigkeit für die soziale Marktwirtschaft als grundlegende Idee einer Verbindung von Freiheit und sozialer Gerechtigkeit wie für die rechtsstaatliche Demokratie einzusetzen. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf die in der Enzyklika Centesimus annus des gegenwärtigen Papstes in den Nummern 19, 42 und 44 gemachten Aussagen zu den Kriterien einer sozial orientierten Marktwirtschaft.

b) Kapital und Arbeit: Seit dem grundlegenden Satz: "So wenig das Kapital ohne die Arbeit, so wenig kann die Arbeit ohne das Kapital bestehen", den Leo XIII. 1891 in Nr. 15 der Enzyklika Rerum novarum ausgesprochen hat, hält es die kirchliche Sozialverkündigung für eine vor allem auf Karl Marx zurückgehende Irreführung, wirtschaftliche Interessenunterschiede und Konflikte auf einen quasi natürlichen "Interessengegensatz von Kapital und Arbeit" zurückzuführen. Richtig und wichtig erscheint dagegen der im Kontext dieser Aussage im Programm vorgenommene Hinweis auf "Konflikte zwischen den Geschlechtern, Widersprüche zwischen ökonomischer Entwicklung und Raubbau an Natur und Rohstoffen". Zuzustimmen ist auch der Formulierung "soziale Gerechtigkeit bei ökologischer Erneuerung ergibt sich nicht aus dem Selbstlauf des Marktes". Weniger hilfreich dürfte dagegen die Feststellung sein, "Marktradikalismus und Deregulierung tragen zur Entfesselung gerade der zerstörenden Kräfte bei". Denn zum einen wird nicht gesagt, was man unter "Marktradikalismus" versteht, zum anderen muß nicht jede Form von Deregulierung zerstörend sein, im Gegenteil: In einer überregulierten Wirtschaftsgesellschaft können nur durch gewisse Deregulierungen bestimmte positive Veränderungen erreicht werden. Es dürfte auch nicht zutreffen, daß grundsätzlich ein "Widerspruch von einzelwirtschaftlicher Rationalität und gesellschaftlicher Vernunft" (S. 3) besteht.

c) Krisenszenario: Die Beschreibung des gegenwärtigen Zustands unserer Gesellschaft bzw. der ökonomischen Situation in der Welt sollte behutsamer erfolgen und nicht den unzutreffenden Eindruck eines totalen Krisenszenarios erwecken. Dies gilt insbesondere für den zusammenfassenden letzten Abschnitt auf der Seite 4. Wer die "Demontage von sozialen Leistungen, die als gesichert galten" (S. 3) beklagt, sollte mindestens an gleicher Stelle die Bereitschaft aufbringen, hier zwischen unbedingt notwendigen und wünschenswerten Leistungen zu unterscheiden. Was schließlich die "Verpflichtung" angeht, "das Recht auf Arbeit zu verwirklichen" (S. 6), so ist

die kirchliche Sozialverkündigung der Auffassung, daß hier gemäß dem Subsidiaritätsprinzip die erste Verantwortung bei jedem einzelnen liegt, sodann bei den Tarifpartnern und erst an dritter Stelle beim Staat (vgl. Centesimus annus Nr. 48).

I. DIE ZUKUNFT DER ARBEIT

1. Übereinstimmende Bewertungen

Besonders positiv zu würdigen ist zunächst die Feststellung des Entwurfs, daß Wohlstand "nicht nur durch Erwerbsarbeit" entsteht, sondern auch durch "Familien- und Erziehungsarbeit sowie ehrenamtliches Engagement" (S. 7). Zu unterstreichen ist die in diesem Zusammenhang gemachte Feststellung einer "mangelhaften gesellschaftlichen Unterstützung bei der Kinderbetreuung" und der Hinweis auf die "Doppelbelastung" vieler Frauen durch Erwerbs- und Hausarbeit. Ebenso wichtig ist die Aussage, daß "Massenarbeitslosigkeit" nicht hingenommen werden darf und daß deren Abbau "nicht nur den Betroffenen" hilft, sondern eine gemeinsame Aufgabe aller Kräfte der Gesellschaft darstellt. Eine ganze Reihe der im Entwurf gemachten Aussagen und Anregungen, um dieses Ziel besser zu erreichen, verdienen Aufmerksamkeit und Unterstützung. Dies gilt insbesondere für das gut formulierte "Leitmotiv" im Blick auf die "Arbeit der Zukunft": "Chancen nutzen, Risiken begrenzen" und das Ziel "solidarischen Ausgleichs" zwischen "Gewinnern" und "Verlieren" der "neuen Rationalisierungsstrategien" als "herausragendes Gestaltungsprinzip" (S. 9). Äußerst wichtig ist auch die Feststellung: "Wir streben ein neues Verhältnis von Flächentarifverträgen und der jeweiligen Umsetzung in den Betrieben an. Flächentarifverträge müssen so gestaltet werden, daß sie den unterschiedlichen Realitäten in den einzelnen Branchen und Unternehmen entsprechen" (S. 12).

2. Kritische Rückfragen

Die kritische Rückfragen zu diesem Abschnitt beziehen sich weniger auf das, was gesagt wird, als auf das, was man vermißt, was nicht gesagt wird. Im Blick auf die Überwindung der Arbeitslosigkeit werden folgende Fragen nicht gestellt: Inwieweit haben zu hohe Entlohnungen für einfache Arbeiten zum Export bzw. zur "Wegrationalisierung" entsprechender Arbeitsplätze geführt? Warum wird nicht die steuerliche Förderung von Arbeitsplätzen in der Familie verlangt, was sich ja gerade im Zusammenhang mit dem ersten Abschnitt auf Seite 7 nahegelegt hätte? Warum wird generell nicht der Zusammenhang zwischen Höhe der Entlohnung und Anzahl der Arbeitsplätze als Problem anerkannt, wie dies grundsätzlich von gewerkschaftlicher Seite an anderer Stelle bereits getan wurde? Warum wird an dieser Stelle nicht die zu hohe Belastung der Arbeit durch die sog. "Lohnnebenkosten" kritisiert? Warum wird nicht, insbesondere im Bereich der sicheren Arbeitsplätze des öffentlichen Dienstes, im Zusammenhang mit dem Wort "Personalabbau" (S. 8) gefragt, ob die vorhandene Arbeit - bei entsprechender "Verteilung" der dafür verfügbaren Finanzierungsmasse - auf mehr Beschäftigte verteilt werden könnte? Durch solche Fragen könnte man den Eindruck vermeiden, als ob "Arbeitszeitverkürzung" das wichtigste Mittel zur Verringerung der Arbeitslosigkeit sei, eine wohl kaum zutreffende Analyse.

II. GESTALTUNG DER ÖKONOMIE

1. Übereinstimmende Bewertungen

Der Programmentwurf will das Ziel der Vollbeschäftigung durch einen "Wettbewerb" erreichen, "der sich auf die Qualifikation und Kreativität der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stützt". Auf diese Weise sollen "hochwertige, ökologisch verantwortbare Güter" und "zusätzliche Dienstleistungen" auf der Basis fairer Wettbewerbsbedingungen angeboten werden. Für all das sind "Bildung, Forschung und Technologie...Schlüsselfaktoren". Wichtig für dieses Ziel ist ebenso, daß "kleine und mittlere Unternehmen"... "gezielte Unterstützung" erhalten. Mit diesen Feststellungen liegt der Entwurf sicher sachlich richtig. Er offenbart zugleich die Bereitschaft, daß sich die Gewerkschaften den Herausforderungen einer immer mehr globalen Wirtschaft stellen, ohne die Verantwortung für ethisch unverzichtbare Werte aus den Augen zu verlieren. Dazu wird im einzelnen unter der Überschrift "ökologisch wachsen und umsteuern" (15f) und "mehr soziale Gerechtigkeit verwirklichen" (S. 16f) vieles gut und richtig festgestellt. In diesem Zusammenhang erfolgt auch die bereits erwähnte Vorzugsaussage zugunsten der sozialen Marktwirtschaft (S. 18). Wichtig ist in diesem Abschnitt besonders auch der Hinweis, daß man sich in der Gesellschaft darüber verständigen muß, "welche Werte Vorrang für unser Handeln bekommen", eine Aufgabe, die im hohen Maße "von der Dialog- und Konsensfähigkeit gesellschaftlicher Gruppen" abhängt. Die in diesem Kontext ausgesprochene Bereitschaft, "an der Modernisierung von Produktion und Dienstleistungen aktiv mitarbeiten" (S. 18) zu wollen, erscheint besonders wichtig. Positiv hervorzuheben ist auch die ausführliche Beschäftigung mit dem Problem einer "gerechten Weltwirtschaftsordnung" (S. 19f). Die Forderungen, "Ausbeutung und einseitige Abhängigkeiten von Entwicklungsländern abzubauen" und dabei insbesondere die "Ausweitung der Exportchancen und Stabilisierung der Exporterlöse" (S. 19) der Entwicklungsländer zu fördern, liegt ganz auf der Linie ähnlicher Aussagen der kirchlichen Sozialverkündigung. Dies gilt insbesondere auch für die "Gegenforderung" an bestimmte Entwicklungsländer, "demokratische Freiheitsrechte" zu gewährleisten und "unabhängige Gewerkschaften" (S. 29) zu ermöglichen.

2. Kritische Rückfragen

Bei der Frage nach der Zukunft des "Wirtschaftsstandorts Deutschland" genügt es nicht, auf Niedriglohnländer und Sozial-Dumping hinzuweisen. Es muß vielmehr darauf aufmerksam gemacht werden, daß Deutschland im Wettbewerb mit anderen vergleichbaren westlichen Industriegesellschaften durch ein insgesamt zu hohes Kostenniveau in Schwierigkeiten geraten ist.

Die Aussagen über eine verantwortliche Zukunft der Energieversorgung erscheinen etwas plakativ und inhaltsleer. Wie soll die Ablehnung der Kernenergie und ein umweltgerechter "Einsatz sicherer fossiler Energieträger" angesichts der bestehenden Knappheiten und technischen Fakten miteinander vereinbart werden? Die in diesem Zusammenhang geforderte Verteuerung des Energie- und Rohstoffverbrauchs (S. 16) und die zugleich wieder in bestimmten Fällen geforderten "Steuerbefreiungen" davon dürften zu einer

weiteren Zunahme der Regulierungsdichte führen. Wenn man schon eine "umfassende sozial-ökologische Umgestaltung des Steuersystems" fordert, dann kann dies von vornherein nur auf europäischer bzw. globaler Ebene erfolgen.

Die Feststellung "das Volkseinkommen ist ungerecht zugunsten der Gewinne und zu Lasten der Arbeitnehmereinkommen verteilt" (S. 16), wird nicht begründet und läßt sich in dieser allgemeinen Form sicher auch bestreiten. Die für die kirchliche Sozialverkündigung von Anfang an wichtige Frage der Verteilungsgerechtigkeit kann nur dann angemessen diskutiert werden, wenn sie sämtliche Einkommens- bzw. Vermögensformen berücksichtigt, einschließlich der Rechtsansprüche an das System der sozialen Sicherung. Die in diesem Zusammenhang geforderte breitere Teilhabe möglichst aller Glieder der Gesellschaft am Produktivkapital (vgl. 17, Abschnitt 2) ist besonders begrüßenswert.

Die Formulierung dagegen, "Die Steuervorteile des Ehegattensplittings müssen begrenzt werden" (S. 17), ist in dieser generellen Form nicht ungefährlich. Sachlich ist das Ehegattensplitting ein Nachteilsausgleich für den Verzicht eines Ehegatten auf vollberufliche Inanspruchnahme von Erwerbsarbeit. Seine Beschränkung würde dazu führen, daß der Arbeitsmarkt quantitativ noch stärker belastet würde. Außerdem ist das Ehegattensplitting im Blick auf den besonderen staatlichen Schutz von Ehe und Familie (Art. 6 GG) angemessen.

III. DEN SOZIALSTAAT DURCH REFORMEN SICHERN

1. Übereinstimmende Bewertungen

Die im ersten Abschnitt dieses Kapitels (S. 20) erfolgende Qualifizierung des Sozialstaats als eines Fundaments unserer Gesellschaftsordnung ist in jeder Hinsicht zu unterstreichen. Sie entspricht fast bis in den Wortlaut hinein den grundsätzlichen Ausführungen zur Wirtschaftsordnung, wie sie die kirchliche Sozialverkündigung bereits seit der Enzyklika Quadragesimo anno (1931) vertritt. Dort wird in Nr. 88 das ökonomische Konkurrenzprinzip unter der Voraussetzung für berechtigt und nützlich angesehen, daß es durch "die soziale Gerechtigkeit und soziale Liebe", also innerhalb eines entsprechenden Ordnungsrahmens, praktiziert wird. Schon im frühen 19. Jahrhundert wurde die innere Verbindung von demokratischer Freiheit und sozialer Gerechtigkeit in Frankreich mit dem Namen "Christliche Demokratie" belegt. Die Verantwortungsträger für die Verwirklichung dieser Verbindung sind neben dem Staat die freien gesellschaftlichen Kräfte und Organisationen und auf der untersten Ebene der einzelne Betrieb. Insofern ist der Staat weder "Minimalstaat", noch kann und darf er "alles regeln", wie richtig festgestellt wird (S. 21). Die im vorletzten Abschnitt auf dieser Seite ausgesprochenen Kriterien, unter denen es einen "fairen Wettbewerb zwischen öffentlichen und privaten Diensten" geben soll, erscheinen richtig und wichtig. Dies gilt auch für die im 2. Abschnitt (S. 22-25) aufgezählten Gründe für die Notwendigkeit einer Reform unseres sozialen Sicherungssystems. Dabei ist freilich zu fragen, ob die aufgezählten Ursachen dafür, daß "der Sozialstaat finanziell an seine Grenzen gestoßen" sei, nicht noch ergänzt werden müßten.

Unter den angegebenen Einzelmaßnahmen zur Festigung und Erneuerung des sozialen Sicherungssystems sind die Ausführungen über einen "flexibleren Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand", über "Teilzeitarbeitsplätze" (nicht nur für Ältere) und die schrittweise Ablösung von "bislang abgeleiteten Ansprüchen von nicht Erwerbstätigen aus der Sozialversicherung durch eigenständige Ansprüche" (S. 25) besonders hervorzuheben

2. Kritische Rückfragen

Innerhalb der vielfältigen Vorschläge, die der Entwurf zur Reform des Sozialstaats macht, stoßen zwei Tendenzen auf Bedenken:

Zum einen die Idee, das Sozialversicherungssystem durch zusätzliche Steuerlasten zu sanieren. Angesichts der hohen steuerlichen Gesamtbelastung erscheint dies weder realistisch noch wünschenswert. Vielmehr müßte überlegt werden, inwieweit die gesamten Sozialversicherungsleistungen, die wir heute haben, tatsächlich durch das Solidaritätsprinzip begründet sind und nicht durch mehr zumutbare Eigenleistungen im Sinne des Subsidiaritätsprinzips eine Entlastung erfolgen könnte. Leider macht der Programmentwurf in dieser Frage keinerlei Vorschläge. Zum anderen erscheint es nicht ungefährlich, die Familie in ihrer Bedeutung und Lebenskraft dadurch zu schwächen, daß man "andere Formen gemeinschaftlichen Lebens" (S. 22) ihr als gleichberechtigt gegenüberstellt bzw. die "Anerkennung neuer Lebensformen" (S. 24) durch den Gesetzgeber fordert.

Der Satz: "Mit abnehmender Bedeutung gemeinschaftlicher Lebensformen sind die Menschen um so mehr auf den Schutz durch den Sozialstaat angewiesen" (S. 24) weist in eine illusionäre Richtung. Für die Lebenskraft der Familie und der ihr nahestehenden gemeinschaftlichen Lebensformen gibt es keinen Ersatz, vor allem kann der Staat ihn nicht schaffen. Es müßte im Gegenteil alles getan werden, was die Familie und die primären sozialen Lebensformen stärkt.

IV. ANFORDERUNGEN AN UNSERE DEMOKRATISCHE GESELLSCHAFT

1. Übereinstimmende Bemerkungen

Innerhalb des IV. Kapitels, das sich mit "Anforderungen an unsere demokratische Gesellschaft" befaßt, halten wir zunächst die Aussage für wichtig: "Der Staat braucht die Beteiligung und kompetente Beratung von großen gesellschaftlichen Organisationen, die bereit sind, notwendige Kompromisse mitzutragen" (S. 26). Sehr wichtig sind auch die grundlegenden Aussagen darüber, daß Bildung der "Schlüssel zur Zukunft" unserer Wirtschaftsgesellschaft darstellt. Dabei ist sozialethisch besonders zu unterstreichen, daß als Maßstab ein "neuer Fortschrittsbegriff" (S. 28) nötig ist, der sich über die "Endlichkeit stofflicher Ressourcen" klar geworden ist. Allerdings dürfen dabei nicht nur die "stofflichen", sondern müssen auch die humanen Ressourcen in den Blick genommen werden. Positiv zu werten ist auch die ausdrückliche Feststellung, daß es im gesamten Bildungsbereich ein "Nebeneinander von privaten und staatlichen Trägern" (S. 31) geben muß.

2. Kritische Rückfragen

Hinsichtlich des Unterabschnitts "Politische Freiheitsrechte erweitern" (S. 25-27) ist kritisch zu fragen, ob alle geforderten Wege, um dieses Ziel zu erreichen, unbedenklich sind. Hier scheint eine zu mechanistische Gesellschaftsvorstellung am Werk zu sein, die zu wenig die Bedeutung kultureller und ethischer Vorgaben für den Zusammenhalt einer Gesellschaft bedenkt. Die Vorstellung etwa, daß es im Verhältnis zwischen den Geschlechtern primär um ein "Teilen der Macht" gehe, und daß dies am besten durch "Quotenregelungen für Frauen" erfolgen könne, ist ein Indiz für diese Feststellung. Auch die Idee, man könne die "beginnende Überalterung unserer Gesellschaft" durch ein schlichtes Öffnen der Grenzen mit der Zielvorgabe einer "multikulturellen" Gesellschaft lösen, geht von illusionären Voraussetzungen aus. Insofern müßte das Programm auch genauer sagen, welche Forderungen es mit der "staatsbürgerlichen Gleichstellung der Zugewanderten" (S. 26) verbinden möchte. Eine "multikulturelle" Gesellschaft ist nur insoweit denkbar und möglich, als alle ihre Glieder die staatlich-gesellschaftliche Kultur der betreffenden Gesellschaft anerkennen und beachten, wie sie in den tragenden Werten und den rechtlich gesicherten Institutionen und Lebensformen dieser Gesellschaft sich ausdrückt. Darüber müßte das Programm zumindest andeutungsweise reflektieren.

Verwundert ist man, wenn im Abschnitt über "Bildung ist der Schlüssel zur Zukunft" die sehr zweifelhafte These beibehalten wird: "Die integrierte Gesamtschule wirkt sozial ungleich verteilten Chancen entgegen" (S. 29). Wirklichkeitsfremd wirkt auch die Forderung, die "Öffnung der Hochschulen" unter der Voraussetzung der abgeschlossenen Berufsausbildung "ohne zusätzliche Auflagen und Studieneingangsprüfungen" zu ermöglichen.

V. DIE ZUKUNFT DER GEWERKSCHAFTEN

1. Übereinstimmende Bewertungen

Hier erhebt sich zunächst die Frage, wie modern und zukunftsorientiert sich die im Entwurf vertretene "Gewerkschaftstheorie" darbietet. Dabei sind die diesbezüglichen Ausführungen im Einführungsteil (S. 2f) mit den Darlegungen des hier behandelten Abschnittes zusammen zu sehen. Hier ist zunächst positiv zu bemerken, daß sich die Gewerkschaften im ersten Satz des Entwurfs als "Interessenvertreter der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer" (S. 2) verstehen. Damit kommt zum Ausdruck, daß sie hierfür kein Monopol beanspruchen, allerdings "die handlungs- und durchsetzungsfähigen Interessenvertreter für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bleiben" (S. 31) (wollen). Eine gewisse Einschränkung eines möglicherweise zu umfassend verstandenen Vertretungsanspruchs ergibt sich aus der Formulierung, die Gewerkschaften wollen "auch zukünftig die humanen und sozialen, ökonomischen und ökologischen Interessen der Menschen, für die Erwerbsarbeit Grundlage ihrer Lebensplanung und Lebensgestaltung ist, vertreten" (S. 3). Diese sehr weit reichende Formulierung kann man unter der Voraussetzung akzeptieren, daß sie sich der Grenzen einer innerhalb der parlamentarischen, repräsentativen Demokratie wirkenden Gewerkschaftsbewegung bewußt ist, die die politische Selbstbestimmung ihrer Mitglieder nicht bevormunden möchte. Es wäre freilich wünschenswert, wenn dies auch an irgendeiner Stelle deutlicher ausgesprochen würde.

Besonders zukunftsträchtig gerade angesichts des Wandels unserer Wirtschaftsgesellschaft und der Zunahme an Mündigkeit bei allen Bürgern, auch bei den Gewerkschaftsmitgliedern, erscheint der Satz: "Zur Unterstützung ihrer Arbeit werden die Gewerkschaften ihr Angebot an Beratung verbreitern". Ähnlich weitblickend ist der kurz danach folgende Satz: "Im Dialog mit Kirchen und Wissenschaft, Wirtschaft und Politik, mit Bürgerinitiativen und anderen gesellschaftlichen Gruppen werden wir für unsere Positionen werben. Dabei werden wir uns neuen Fragen stellen, eigene Positionen überprüfen und weiter entwickeln" (S. 32). Gerade diese Sätze zeigen, wie die Selbstdefinition der Gewerkschaften zu verstehen ist.

Daß hier auch - es ist die einzige Stelle im Programm - die "Kirchen" genannt werden, ist zu begrüßen.

Insbesondere der Abschnitt "3. Organisationskultur erneuern" (S. 33) enthält Aussagen, die nicht nur für die Gewerkschaften, sondern auch für die Kirchen von Bedeutung sind: Alle gesellschaftlichen Organisationen und Institutionen müssen sich in Zukunft mehr um die "Individualität und Vielfalt" der Interessen kümmern, ihre inneren Entscheidungsstrukturen "transparenter" machen und mehr auf Menschen zugehen, "die sich nicht kontinuierlich engagieren und 'vereinnahmen' lassen wollen."

Besonders positiv zu werten sind die Ausführungen im [illegible] (S. 33f), wo der Entwurf dafür plädiert, "nationale Engs[illegible] zu überwinden und sich für die Schaffung eines einheit[illegible] setzen" und in diesem Europa zugleich "einen Fortsc[illegible] einer friedvollen Welt" zu sehen

2. Kritische Rückfragen

Eine gewisse Unklarheit, eventuell sogar Widersprüchlichkeit [illegible] Selbstverständnisses der DGB-Gewerkschaften ergibt sich bei dem Versuch, deren Selbstdefinition auf einen Nenner zu bringen. Die Selbstdefinition als "Interessenvertreter", als "Schutz- und Gestaltungsmacht" steht in einem Spannungsverhältnis zu der eher überholten und klassenkämpferischen Aussage von der "sozialen Gegenmacht" (S. 3), auf die der Programmentwurf offensichtlich nicht verzichten möchte. Auch scheint die Formulierung im gleichen Abschnitt sehr weitgehend, "die humanen und sozialen, ökonomischen und ökologischen Interessen der Menschen, für die Erwerbsarbeit Grundlage ihrer Lebensplanung und Lebensgestaltung ist" (S. 3) vertreten zu wollen. Dies könnte als Universalvertretungsanspruch verstanden werden ("Gewerkschaft als Lebensform"), der anderen politischen, kulturellen, religiösen Organisationen und Institutionen mit einer gewissen Monopolisierungstendenz gegenübertritt. Eine kleine sprachliche Korrektur könnte diesen Eindruck verwischen

Schlußbemerkungen

Der abschließende Versuch einer Gesamtbewertung möchte drei Eindrücke hervorheben, die jeweils sowohl ein bejahendes wie ein kritisches Moment enthalten. Sie sollen jeweils mit einer schlagwortartigen Frage und einem knappen Antwortversuch ausgedrückt werden:

1. Wie *analytisch* ist der Entwurf

Die gegenwärtige gesellschaftliche Umbruchsituation macht es nicht leicht, eine zutreffende Analyse unserer Gesellschaft zu erbringen. Der Programmentwurf hat dazu - etwa unter dem Stichwort "Standort Deutschland" und "gesellschaftlicher Wandel" - einiges an guter Arbeit geleistet. In vielen Fällen legt sich jedoch der Eindruck einer "halbierten" Analyse nahe. Man bleibt sozusagen auf halbem Weg stehen. So wird etwa kaum etwas gesagt über die Auswirkungen der Höhe der Entgelte und der Lohnnebenkosten auf die Arbeitslosigkeit und die Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaftsgesellschaft.

2. Wie *futurisch* ist der Entwurf?

Hier ist zunächst positiv ein grundlegend zukunftsorientierter Gesamtduktus hervorzuheben, insbesondere was die Bejahung von Modernisierung und Internationalisierung des Wirtschaftens betrifft. Weitergehende und genauere Ausführungen wären freilich in einer ganzen Reihe von Bereichen wünschenswert. Dies gilt insbesondere für die Bedingungen, unter denen die hohe Arbeitslosigkeit allmählich abgebaut werden könnte. Hier müßte z.B. noch mehr zu einer größeren Differenzierung der Einkommen und zu mehr Flexibilisierungen im Bereich des Tarifrechts gesagt werden. Auch die Gewerkschaftstheorie als solche ist zwar in einigen Ansätzen, aber doch noch nicht konsequent genug "futurisch" geprägt. Gerade angesichts zunehmender Mündigkeit und gleichzeitig rückläufiger Mitgliederzahlen müßte sich eine moderne Gewerkschaft nicht nur als klassischer "Interessenvertreter" vorstellen, sondern als treuhänderischer und vertrauenswürdiger Berater ihrer Mitglieder in allen wirtschaftlichen Angelegenheiten. Anders gesprochen: Die Gewerkschaften müßten selber weniger "Interessenvertreter" und mehr "Dienstleister" ihrer Mitglieder sein. In Spannung zu einem solchen Verständnis steht die in unserer Gesellschaft überholte Vorstellung von der "sozialen Gegenmacht".

3. Wie *ethisch* ist der Entwurf?

Der Programmentwurf macht an vielen Stellen deutlich - wir haben dies auch im einzelnen gewürdigt -, daß eine des Menschen würdige Gesellschaft nicht ohne ein klares Bekenntnis zur Würde des Menschen und damit untrennbar verbundenen Werten, Pflichten und Rechten auskommt. Wenig reflektiert wird allerdings darüber, worin letztlich die ethischen Grundlagen des demokratischen und sozialen Rechtsstaats verankert sind und was nötig ist, um den Grundwertkonsens darüber in unserer Gesellschaft zu erhalten. Es fehlt ein ausdrücklicher Hinweis auf die christlich-soziale Tradition und deren Beitrag zum Sozialstaat; auch die "Kirchen" werden nur an einer Stelle eher beiläufig als "Dialogpartner" (S. 32) erwähnt. In eher "linksliberaler" Diktion erfolgen relativierende Aussagen über die Familie. Sie ist in Wirklichkeit die wichtigste Grundwertinstitution unserer Gesellschaft, in der vor allem Toleranz und Solidarität als persönliche Lebenshaltungen unverzichtbar vermittelt werden, ohne die gerade gewerkschaftliches Selbstverständnis und Engagement nicht bestehen können. Es wird auch nicht darüber reflektiert, daß gerade die wachsende Auszehrung dieser ethischen Grundlagen unserer Gesellschaft mit dafür verantwortlich ist, daß sich "soziale Kälte" und antisolidarische Haltungen verbreitern. Hier hat das Programm noch einen gewissen Nachhol- und Ergänzungsbedarf.

(...)

1. Leitidee soziale Marktwirtschaft

Der Entwurf des DGB für ein neues Grundsatzprogramm orientiert sich an der Leitidee der "sozialen Marktwirtschaft". Diese wird ausdrücklich anerkannt. Der DGB versteht sich von seinem Selbstverständnis her als Mitgestalter der sozialen Marktwirtschaft. Diese Grundlage des Programmentwurfs wird vom Bundesverband der Katholischen Arbeitnehmer Bewegung (KAB) ausdrücklich begrüßt. Gleichzeitig bleibt aber darauf hinzuweisen, daß die in der Nachkriegsphase in unterschiedlichen Varianten - insbesondere von der christlichen Gesellschaftslehre - entwickelte Vorstellung einer sozialen Marktwirtschaft heute keineswegs umgesetzt sind. Die Grundideen einer sozialen Marktwirtschaft harren noch der Umsetzung. Erinnert sei in diesem Zusammenhang an die Forderungen nach einer breiten Vermögensstreuung, einer grundlegenden Beteiligung der lohnabhängig Beschäftigten am Produktivkapital sowie Fragen des Wohneigentums und der Mitbestimmung. In den letzten Jahrzehnten sind erfolgreich Schritte unternommen, um die Leitideen einer sozialen Marktwirtschaft Gestalt werden zu lassen. Der Kapitalismus konnte - um eine Formulierung des Nestors der kirchlichen Soziallehre, Oswald von Nell-Breuning, aufzugreifen - "temperiert" werden. Für die KAB bleibt der Gedanke einer "sozialen Marktwirtschaft" grundlegende Handlungsorientierung - gerade angesichts der Versuche aus Wirtschaft und Politik - bereits erreichte Schritte wieder rückgängig zu machen. Im analytischen Befund zu Wirtschaft und Gesellschaft kann der Begriff "soziale Marktwirtschaft" allerdings aus den o.g. Gründen nicht als Beschreibung der derzeitigen Realität dienen. Um Mißverständnisse zu vermeiden und nicht den Eindruck aufkommen zu lassen, als ginge es ausschließlich um die mit den Konzepten zur "sozialen Marktwirtschaft" angestrebten Zielsetzungen, um deutlich zu machen, daß es seit den 1950er Jahren neue Herausforderungen (etwa im Bereich der Ökologie) gibt, spricht die KAB in ihrem Entwurf zu einem neuen Grundsatzprogramm von dem Ziel der Verwirklichung einer "demokratisch legitimierten, sozial regulierten und ökologisch ausgerichteten Marktwirtschaft". Unbeschadet dessen, sind die Zielsetzungen einer "sozialen Marktwirtschaft" noch nicht erreicht, sondern müssen jetzt nach dem Bekenntnis des DGB zur "sozialen Marktwirtschaft" gemeinsam vorangebracht und politisch vertreten werden. Der Entwurf zu einem Grundsatzprogramm des DGB benennt an unterschiedlichen Stellen Forderungen, die der Leitidee einer "sozialen Marktwirtschaft" zum Durchbruch verhelfen wollen (Beteiligung am Produktivkapital, Mitbestimmung etc.). Die KAB unterstützt diese grundlegenden Forderungen.

2. Zum Verhältnis von Kapital und Arbeit

Das Verhältnis von Kapital und Arbeit wird in dem Entwurf des DGB grundlegend nur an eine Stelle angesprochen (S. 3). Dort wird von einem "Interessengegensatz" gesprochen, der "nach wie vor die wirtschaftliche wie die gesellschaftliche Entwicklung kapitalistisch verfaßter Marktwirtschaften" prägt. Dieser Interessengegensatz müßte deutlich benannt werden. Die

kirchliche Sozialverkündigung, der sich die KAB verpflichtet weiß, hat im Hinblick hierauf deutlichere Worte gefunden und aufgrund des Mißverhältnisses einen "Vorrang der Arbeit vor dem Kapital" eingefordert (vgl. Laborem exercens 12.1ff). Zudem handelt es sich nicht nur um einen Interessengegensatz, sondern um die Verfügung über Machtmittel im wirtschaftlichen Geschehen und der gesellschaftlichen Auseinandersetzung. Bis heute gibt es ein strukturelles Machtgefälle zwischen Kapital und Arbeit, das sich auch unter den Bedingungen eines "temperierten Kapitalismus" perpetuiert. Gerade in Konfliktsituationen (Entlassungen, Mitbestimmung am Arbeitsplatz etc.) wird diese strukturelle Machtungleichheit zwischen Besitzern des Produktivkapitals und den lohnabhängig Beschäftigten immer wieder sichtbar. Zwar kam es - nicht zuletzt durch den Einsatz der Gewerkschaften und der Sozialverbände - zu einer Einbettung der sozialen Frage in rechtliche bzw. "öffentliche" Verfahrensweisen (gesetzliche Regelungen, Tarifautonomie etc.), das strukturelle Machtgefälle konnte dadurch aber nicht aufgelöst werden. Die KAB ist mit der kirchlichen Soziallehre der Auffassung, daß der Interessengegensatz von Kapital und Arbeit durch Verfahrensweisen in der Geschichte der Bundesrepublik einem Ausgleich näher gebracht werden konnte, aber Machtstrukturen und -ausübung davon nur teilweise betroffen worden sind. Dieser Zusammenhang zwischen Interessenlage und Machtstrukturen sollte in dem Entwurf des Grundsatzprogramms des DGB deutlicher akzentuiert werden.

3. Globalisierung differenzieren

Die Analyse von Wirtschaft und Gesellschaft in dem Entwurf des DGB stellt Gefahren und Chancen der derzeitigen Entwicklung heraus und gegenüber. Gefahren müssen begrenzt und Chancen genutzt werden. Dabei wird in unterschiedlichen Zusammenhängen auf die Globalisierung der Wirtschaft und dadurch erforderliche Veränderungen oder notwendige Anpassungsleistungen verwiesen. Damit wird im Entwurf ein Faktor und ein "Schlagwort" benannt, das in der immer noch anhaltenden und nun verschärft geführten Standortdebatte als Druckmittel für falsch verstandene Deregulierungs- und Flexibilisierungsprozesse sowie zur Einschränkung bzw. zum Abbau sozialstaatlicher Standards immer wieder in die öffentliche Auseinandersetzung eingebracht wird. Gerade aufgrund dieses politischen Kontextes ist es deshalb erforderlich, die Fragen der Globalisierung differenziert und ideologiekritisch zu behandeln. Nicht alle Teile der Wirtschaft sind dem internationalen Wettbewerbsdruck gleichermaßen ausgeliefert, nicht alle politischen Einschnitte lassen sich durch Globalisierungsbestrebungen rechtfertigen. Der analytische Befund und die Beschreibung von Folgewirkungen ist deshalb differenziert vorzunehmen.

4. Analytischer Befund: gespaltene Gesellschaft

Der Programmentwurf spricht an verschiedenen Stellen zur Kennzeichnung der aktuellen Lage von gesellschaftlicher Spaltung (vgl. z.B. S. 3). Der Begriff "gespaltene Gesellschaft" und der dahinterstehende analytische Befund hat mittlerweile in der KAB breiten Niederschlag gefunden. Der Entwurf zu einem Grundsatzprogramm der KAB geht grundlegend von diesem Begriff und dieser Realität aus. Die KAB hat diesen Begriff aus der Weltbewegung christlicher

Arbeitnehmer (WBCA) Ende der 1980er Jahre zur Kennzeichnung der internationalen und nationalen Realität übernommen und in die politische Diskussion eingebracht. Deshalb begrüßt es die KAB ausdrücklich, daß auch der Entwurf des DGB sich diesen Sprachgebrauch zu eigen macht und damit die analytische Verständigungsbasis zwischen DGB und KAB ausweitet.
Angesichts einer gespaltenen Gesellschaft und der wirtschaftlichen Veränderungen betont der DGB-Entwurf die Schutz- und Gestaltungsfunktion der Gewerkschaft(en). Soziale Gegenmachtbildung und gesellschaftliche Gestaltungskraft werden als Aufgaben und Funktionen einer kollektiven Interessenvertretung angeführt und beschrieben. Dies sind Aufgaben und Funktionen, die der KAB gemeinsam mit dem DGB als Herausforderungen für die Zukunft gestellt sind.
Die KAB teilt den analytischen Befund im Hinblick auf Massenarbeitslosigkeit und Armut.

5. Arbeit hat zentralen Stellenwert

Der zentrale Ansatzpunkt des Programmentwurfs des DGB erfolgt über die Arbeit. Da die KAB für ihr neues Grundsatzprogramm ebenfalls diesen Zugang gewählt hat, um der zentralen Stellung der Erwerbsarbeit in unserer Gesellschaft gerecht zu werden, begrüßt die KAB diese Vorgehensweise ausdrücklich, insbesondere das Einfordern des Rechts auf Arbeit als Menschenrecht (vgl. S. 7). Gleichzeitig unterstützt die KAB in dem Programmentwurf den hohen Stellenwert, der der gesellschaftlich notwendigen Arbeit eingeräumt wird. Dies macht es aber erforderlich, den Arbeitsbegriff deutlicher zu fassen und in seinen unterschiedlichen Dimensionen zu entwickeln. Die KAB arbeitet derzeit in vielen Bereichen mit der Unterscheidung von Erwerbs- und Privatarbeit, wobei sie sich bewußt ist, daß auch dieser Sprachgebrauch seine Grenzen hat. Hier sollte der Dialog zwischen dem DGB und der KAB auch über die Verabschiedung der beiden Grundsatzprogramme hinaus fortgesetzt werden.

6. Mitbestimmung / Betriebsverfassung

Die Fragen der Mitbestimmung und der Betriebsverfassung sind seit jeher ein originäres Betätigungsfeld der KAB. Bereits 1993 wurde unter Beteiligung des DGB, der Hans-Böckler-Stiftung und der KAB der Dialog über diesen Themenkomplex durch eine Fachtagung über die Unternehmensverfassung fortgesetzt. Die KAB ist an einer kritischen Einbeziehung des Modells der KAB zur Unternehmensverfassung interessiert. Der Wissenschaftliche Beirat der KAB Westdeutschlands zur Unternehmensverfassung wird in den nächsten Wochen zu den Überlegungen des Entwurfs des DGB eine Stellungnahme erarbeiten.
Auch die KAB hält eine Ausweitung des Begriffs "Arbeitnehmer" für unerläßlich (vgl. S. 10), um damit nicht zuletzt alle gesellschaftlichen Gruppen nicht nur in dem Geltungsbereich des Betriebs- und Personalvertretungsrechts, sondern auch in die Finanzierung der sozialen Sicherung miteinbeziehen zu können.

7. Verhältnis Flächentarifverträge und Umsetzung in den Betrieben

Der DGB spricht in seinem Entwurf an, daß er "ein neues Verhältnis zwischen Flächentarifverträgen und der jeweiligen Umsetzung in den Betrieben" anstrebt. Angesichts der derzeitigen Entwicklungen ist diese neue Verhältnisbestimmung eine große Herausforderung. Das Verhältnis muß nach Auffassung der KAB auch in dem Entwurf des DGB-Programms so formuliert werden, daß die Verhältnisbestimmung nicht zu Lasten der Flächentarifverträge geht, da sonst kollektive und überregionale Interessenvertretungen gefährdet sind.

8. Gewerkschaftliches Motto

Im Zusammenhang mit der Verwirklichung der Vollbeschäftigung wird mehrmals auf den Wettbewerb Bezug genommen. Als gewerkschaftliches Motto wird formuliert: "Wettbewerb durch Innovation auf der Grundlage fairer Wettbewerbsbedingungen." (S. 14) Dieses Motto könnte ebenso in einem Papier von Arbeitgeberverbänden stehen und muß in einem Programm des DGB zumindest mit entsprechenden Konditionen versehen werden, da das Motto sonst eher Mißverständnisse denn Klarheiten schafft. Die unterschiedlichen Funktionen des Wettbewerbs innerhalb des Marktgeschehens bedürfen einer kritischen Würdigung, geht es doch letztendlich auch um ein Strukturelement, das durchaus zum Nachteil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eingesetzt werden kann und eingesetzt wird. Dies gilt insbesondere für die internationalen Handelsbeziehungen. Gegenüber dem Wettbewerbs- und Konkurrenzgedanken sollte die Kooperation als Gestaltungselement von wirtschaftlichem Handeln in dem Programm des DGB stärker betont werden. Durch Kooperationsverfahren und die Kooperation sichernde gesellschaftliche Akteure (Staat, soziale Bewegungen) kann gerade das qualitative Wachstum, das in dem Programmentwurf des DGB als Ziel angestrebt wird, erreicht werden. Zumindest sollte diese Alternative, auf die jüngst der Frankfurter Sozialethiker Friedhelm Hengsbach[1] aufmerksam gemacht hat, in ihrem Verhältnis zum Wettbewerb und zur Konkurrenz als Strukturprinzip der Wirtschaft in das Blickfeld geraten. Aus der Anerkennung des Marktgeschehens als Steuerungsinstrument muß jedenfalls nicht "automatisch" eine Anerkennung des Wettbewerbs (auch unter fairen Bedingungen - wobei zu klären wäre, was dies im einzelnen heißt) geschlußfolgert werden. Kooperation kann ebenso als Steuerungsinstrument angeführt werden.

9. Ökologisches Reformprojekt

Das ökologische Reformprojekt ("sozial-ökologische Reformstrategie"), das in dem Entwurf zum Grundsatzprogramm des DGB in verschiedenen Zusammenhängen angesprochen wird, stellt auch für die KAB eine dringende Notwendigkeit dar. Innerhalb der KAB werden zur Durchsetzung einer ökologischen Orientierung der Wirtschaft unterschiedliche Modelle diskutiert. Der DGB-Grundsatzprogrammentwurf vertritt ein Modell der "kommunizierenden Röhren" (Entlastung des Faktors Arbeit, Belastung des Energie- und Rohstoffverbrauchs). Diesem Modell sind enge Grenzen gesetzt und bei einer

[1] vgl. F. Hengsbach, Abschied von der Konkurrenzgesellschaft. Für eine neue Ethik in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, München 1995

strikten Koppelung ist der Steuerungseffekt fraglich. Eine Arbeitsgruppe innerhalb der KAB Westdeutschlands, die sich mit der ökologischen Steuerreform beschäftigt, hat sich deshalb für eine einseitige schrittweise Verteuerung des Energie- und Rohstoffverbrauchs ausgesprochen, um so eine effektive Marktsteuerung und Produktanpassung erreichen zu können. Die erhobenen Abgaben sollen zweckgebunden für ökologische Innovationsprojekte verwendet werden. Zur ökologischen Reform müssen zudem Steuerungselemente auf der kommunalen Ebene besonders miteinbezogen werden. Dazu gehören u.a. Abwasser- und Müllgebühren. Gleichzeitig ist der soziale Ausgleich für denjenigen Bevölkerungsteil zu regeln, der nur über ein geringes Einkommen verfügen kann. In diesem Zusammenhang verweist die KAB auf das wissenschaftliche Gutachten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), das grundlegende Möglichkeiten in ihrer Steuerungs- und Verteilungswirkung verdeutlicht. Weiterhin sollte auch der DGB die Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" im Auftrag von Misereor und dem BUND, die am Wuppertaler Institut für Klima, Umwelt und Energie durchgeführt wurde, einbeziehen.

10. Herstellung sozialer Gerechtigkeit

Die Herstellung sozialer Gerechtigkeit wird in dem Entwurf des DGB als Maxime für die Verteilungspolitik eingefordert. Mit der Zielvorstellung "soziale Gerechtigkeit" wird ein grundlegender Begriff und ein Paradigma aus der kirchlichen Sozialverkündigung aufgegriffen, der bzw. das innerhalb der KAB eine lange Tradition hat. In diesem Zusammenhang spricht sich der Entwurf auch für "Anstrengungen für eine bessere Beteiligung der Beschäftigten am Produktivkapital" (S. 17) aus. Dies ist eine alte Forderung der Kirchen und der KAB, deren Aufnahme in den Programmentwurf von der KAB nachdrücklich unterstützt wird. Gleichwohl müssen der DGB und die KAB sich aber bewußt sein, daß unter den Bedingungen der derzeitigen Schieflage in der Einkommens- und Vermögensverteilung der Effekt dieser Maßnahme "nur" eine Korrektur, aber keine grundsätzliche Änderung einleitet. Dennoch bleibt die Forderung nach der Beteiligung der Beschäftigten am Produktivkapital unerläßlich.

11. Regionale Entwicklung

Der Zusammenhang zwischen wirtschaftlichen Leitvorstellungen und Zielsetzungen auf der einen Seite und der regionalen Entwicklung bzw. der Schaffung von gleichwertigen Lebensbedingungen in den Regionen auf der anderen Seite muß deutlicher herausgearbeitet werden. Die KAB diskutiert u.a. das Prinzip der wirtschaftlichen Dezentralisierung, das sich in erster Linie an den regionalen Bedarfen ausrichtet. Der DGB und die KAB sollten über diesen Themenbereich stärker als bisher einen Dialog führen, der die Fragen einer regionalen Strukturentwicklung unter Beteiligung der in einer Region lebenden Bürgerinnen und Bürger und deren Interessenvertretungen sowie Möglichkeiten für eine ökologische Reformstrategie unter Berücksichtigung der Bedeutung von Regionen aufgreift.

12. Weltwirtschaftsordnung

Der Entwurf des DGB setzt sich für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung ein und formuliert diese als Leitidee und Zielvorstellung. Gerade unter der Zielsetzung der Erreichung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung müßte der analytische Befund zugespitzt werden. Angesichts der Entwicklungen ist eine Marktintegration in den Welthandel für viele Staaten (fast für den gesamten afrikanischen Kontinent!) zu einer Illusion geworden. Zu unterstreichen sind die Aussagen, die die besondere Verantwortung der Industrienationen und deren "Vorreiterrolle" betonen. Viele Lösungsansätze für die fortschreitenden Verarmungstendenzen liegen in den Industrienationen (vgl. z.B. Energieverbrauch). Auch im Zusammenhang mit Überlegungen zur internationalen Weltwirtschaft bleibt anzufragen, ob der Programmentwurf nicht stärker den Kooperationsgedanken gegenüber bzw. als Ergänzung zu einer Integration in die internationalen Märkte und dem dortigen Wettbewerb sowie der Setzungen von Rahmenbedingungen hervorheben müßte.

13. Sozialstaat

Die Ausführungen zum Sozialstaat in dem Entwurf greifen ebenfalls den Leitgedanken der sozialen Gerechtigkeit auf. Die soziale Ausgleichsfunktion sozialstaatlichen Handelns sollte als Ausdruck sozialer Gerechtigkeit deshalb bereits eingangs deutlich benannt werden. Äußerst zurückhaltend und abmildernd ist zudem die Formulierung, daß "das ökonomische Konkurrenzprinzip ... durch soziale Gerechtigkeit und Sicherheit *ergänzt* werden" (S. 20) muß. Nach dem ursprünglichen Modell der "sozialen Marktwirtschaft" ging es (einheitlich in den unterschiedlichen Varianten von Konzepten zur "sozialen Marktwirtschaft") darum, soziale Gerechtigkeit und Sicherheit nicht "von außen" als Ergänzung dazukommen zu lassen, sondern im wirtschaftlichen Prozeß selbst zu verankern. Angesichts der derzeitigen Realitäten scheint dies - zumindest als Zielbestimmung - zu betonen, dringender denn je. Über staatliche Initiativen und Regulierung allein wird diese Verankerung nicht zu erreichen sein, da ein Eintreten staatlicher Instanzen für soziale Sicherheit, soziale Gerechtigkeit und sozialen Frieden zwar Verfassungsauftrag bzw. verfassungsgemäßer Auftrag ist, aber in der konkreten Politik dem Interessenkonflikt unterliegt. Hinzukommt, daß der Staat selbst Interessen als wirtschaftspolitischer Akteur verfolgt (vgl. öffentlicher Dienst). Gleichwohl sind staatliche Interventionsmaßnahmen und Rahmensetzungen notwendige Bedingungen für die Schaffung von sozialer Gerechtigkeit und Sicherheit.
Aufgrund der oben gemachten Ausführungen zur Rolle und zur Chance für staatliche Interventionsmöglichkeiten ist es um so wichtiger, die unmittelbare Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an Entscheidungsprozessen sicherzustellen und einzufordern. Der Entwurf des DGB spricht dies an unterschiedlichen Stellen an. Die KAB begrüßt, daß der Entwurf (implizit) das Bild einer "Bürgergesellschaft" bzw. "Zivilgesellschaft" vor Augen hat (vgl. S. 25ff) und den Selbsthilfegedanken besonders herausstellt. Erst die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an allen Entscheidungen ist Ausdruck einer gefestigten Demokratie und einer Wirtschaftsordnung, die sich demokratischen Verfahrensweisen verpflichtet weiß und diese nicht konterkariert.

14. Reformvorschläge zum Sozialstaat

Die strukturellen Reformen der sozialen Sicherung, für die sich der DGB einsetzt, müssen im Programm des DGB deutlicher herausgearbeitet werden, geht es hier doch um den eigentlichen Kernpunkt der andauernden Zukunftsdebatte zum Sozialstaat. Die KAB begrüßt ausdrücklich den Einsatz des DGB für eine aktive Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, den Versicherungsschutz und die Versicherungspflicht für alle Formen von Erwerbsarbeit (einschließlich der geringfügigen Beschäftigungen), eine Steuerfinanzierung versicherungsfremder Leistungen, Präventionsmaßnahmen zur vorbeugenden Gesundheitssicherung (wobei allerdings unter dem Gesichtspunkt der sozialen Gerechtigkeit höhere Einkommen und Vermögen berücksichtigt und stärker belastet werden könnten) und für die Aufhebung der Versicherungspflichtgrenzen in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung. Um der Armut entgegenzuwirken, kann sich auch die KAB ein Sockelungsmodell in den Sozialversicherungen vorstellen, wobei der Sockelungsbetrag steuerfinanziert wird.
Die KAB unterstreicht ebenfalls die Forderung nach einer Harmonisierung der verschiedenen Alterssicherungssysteme, die einen wichtigen Schritt hin zu mehr Gerechtigkeit und zur Sicherung der Altersversorgung darstellt und zudem ohne größere Probleme umgesetzt werden könnte. Die Selbstverwaltungsorgane sind an einer solchen Harmonisierung entsprechend zu beteiligen. Ihre Einflußnahme nach der Harmonisierung ist sicherzustellen und auszubauen. Die KAB unterstützt darüber hinaus, den Bundeszuschuß zur Rentenversicherung zu erhöhen, eine Verringerung der Sozialabgabequote, eine Erweiterung der Wirkungsmöglichkeiten der Selbstverwaltung in den einzelnen Zweigen der sozialen Sicherungssysteme, einen flexibleren Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand sowie mehr Teilzeitarbeitsplätze für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Darüber hinaus sollte eine Erhöhung des Renteneintrittsalters für Frauen und Männer abgelehnt und auf dem derzeitigen Stand gesichert werden. Eine Ausweitung des Renteneintrittsalters - wie derzeit geplant - lehnt die KAB ab, da Arbeitsplätze fehlen und so eine Absenkung der Rentenbezüge vorgenommen wird, wodurch sich das Problem der Altersarmut verschärft.

15. Gleichstellung von Frauen und Männern

Die Gleichstellung von Frauen und Männern und der Ausbau von Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein gemeinsames Anliegen des DGB und der KAB. Gesetzliche Regelungen sind erforderlich. Die KAB verweist in diesem Zusammenhang insbesondere auf den Frauenförderplan der KAB Westdeutschlands. Daß dem Wandel der Lebensformen bei der Ausgestaltung des sozialen Sicherungssystems Rechnung getragen werden muß, ist eine Notwendigkeit, die sich aus gesellschaftlichen Veränderungsprozessen, insbesondere durch die Individualisierung und Pluralisierung, ergibt. Die KAB erachtet die Forderung nach einer eigenständigen Rentenversicherung für Frauen anstelle der bisherigen Hinterbliebenenversorgung als einen Schritt in die richtige Richtung.

16. Integration von Ausländerinnen und Ausländern

Bei der Integrationsfrage für bei uns lebende Ausländerinnen und Ausländer setzt sich die KAB für die doppelte Staatsbürgerschaft ein. Der DGB-Programmentwurf wirkt an dieser Stelle eher "unklar" ("staatsbürgerliche Gleichstellung der Zugewanderten"). Eine deutliche Positionsfestlegung ist gerade in dieser Frage erforderlich. In dem Entwurf des DGB-Programms sollte stärker herausgestellt werden, daß der DGB sich besonders als Interessenvertretung für die ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer versteht.

17. Medien

Das "Medienkapitel" ist ebenfalls durch die Spannung von Gefahren und Chancen geprägt. Die Gefahren für die demokratische Grundordnung und die Teilhabe- und Teilnahmemöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger müßte deutlicher herausgestellt werden. Zwar stellt die Medienkonzentration auch eine Gefahr dar, aber der Hinweis auf die Konzentration reicht als "Gefahrenanzeige" nicht aus. Der Zusammenhang von politischer Einflußnahme und bzw. über Medien ist ein weiterer entscheidender Punkt, der benannt werden müßte.

18. Bildung

Die KAB begrüßt die ausdrückliche und starke Betonung und Herausstellung von Bildung für die zukünftige Entwicklung Die KAB versteht sich selbst als eine Bildungs- und Aktionsbewegung. Fähigkeiten vermitteln, Orientierung aufzeigen, Qualifikation fördern und eine "Gesinnungsänderung" bewirken, sind auch Aufgaben und Ziele der Bildungsarbeit innerhalb der KAB. Dabei geht es in dem bundesdeutschen Bildungswesen um die Herstellung von Chancengleichheit und den Abbau von sozialen Benachteiligungen für diejenigen Gruppen in unserer Gesellschaft, die an den Rand gedrängt werden. Bildung ist eine wichtige Voraussetzung für die Wahrnehmung bürgerlicher Rechte und Pflichten und damit der entscheidende Faktor für die Stabilisierung und den Ausbau unserer demokratischen Grundordnung. Dabei sieht der DGB-Entwurf Bildung auf den unterschiedlichen (institutionalisierten) Ebenen, wodurch es zu keiner einseitigen Verengung des Bildungsbegriffs kommt. Die KAB hält mit dem DGB am dualen Ausbildungssystem fest und setzt sich für eine Stärkung und Erneuerung ein. Die Trennung zwischen beruflicher und allgemeiner sowie politischer Bildung markiert auch nach Auffassung der KAB eine "Grenzziehung", die an den Realitäten jugendlicher Lebenswelten und gesellschaftlicher Realität vorbeigeht. Eine Umlagefinanzierung ("überbetrieblicher Lastenausgleich") ist ebenso erforderlich wie die Schaffung eines bundeseinheitlichen Rahmenbildungsgesetzes. Die KAB sieht hier mit dem DGB eine genuine Aufgabenstellung des Staates, insbesondere des Gesetzgebers. Deutlich sollte die Forderung erhoben werden, die Mittel für die Bildung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern unter Wahrung der freien Trägerlandschaft zu erhöhen.

19. Zukunft der Gewerkschaften

Die KAB begrüßt, daß auch die Gewerkschaften kritisch über ihre Zukunft und ihre zukünftige Aufgabenstellung, Aufgabenteilung und Organisation nachdenken. Die KAB hat sich bei unterschiedlichen Gelegenheiten in diesen Dialog eingeschaltet. Die Zukunft der Gewerkschaften wird in einem entscheidenden Maße davon abhängen, *wie* es den Gewerkschaften gelingt, die Interessenvertretung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit Öffnungsprozessen hin zu Arbeitslosen, Vorruheständlern und älteren Menschen zu verbinden.

20. Europa

Die europäische Ebene / Regelungsebene wird an unterschiedlichen Stellen des Programmentwurfs angesprochen. Die Gestaltung Europas ist unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger wirtschaftliche und politische Zukunftsaufgabe. Eine entsprechende Betonung der Notwendigkeiten auf europäischer Ebene wird durch den Textentwurf des DGB gewährleistet. Kritisch müßte allerdings auf die derzeitige Lage in Europa eingegangen werden. Interessenlagen und Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern kommen immer noch zu kurz bzw. werden unter wirtschaftspolitischen Überlegungen subsummiert, wodurch eine notwendige Berücksichtigung nach Auffassung der KAB nicht sichergestellt ist. Die KAB trägt die Aussagen des Entwurfes uneingeschränkt mit, die der Bundesrepublik eine "Vorreiterrolle" als Beispiel für soziale Standards und Mitbestimmungsmöglichkeiten - auch wenn diese weiterhin verbesserungswürdig sind - einräumt. Ein innereuropäisches "Sozialdumping" führt zu einer europäischen "Abwärtsspirale", die alle europäischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie deren Organisationen trifft. Als Mitglied des Europäischen Bundes christlicher Arbeitnehmer (EBCA) ist auch die KAB gemeinsam mit dem DGB durch diese Entwicklung und zur sozialen, gerechten und demokratischen Gestaltung Europas herausgefordert.

gez. Karl Nothof
Bundesvorsitzender

BUND FÜR UMWELT UND NATURSCHUTZ DEUTSCHLAND (BUND)

I. DIE ZUKUNFT DER ARBEIT

Zu Recht steht Arbeit als zentrale Kategorie an der Spitze des Entwurfs. Es wäre aber sinnvoll, bereits in diesem Abschnitt die Kategorie "Arbeit" mit dem Konzept einer "nachhaltigen Entwicklung" in Verbindung zu setzen, da die Möglichkeiten künftiger Arbeitsgestaltung sehr stark von den Perspektiven einer nachhaltigen Wirtschaftsweise bestimmt werden.

Deutlicher müßte unseres Erachtens der schmerzhafte, aber wohl unvermeidliche "Abschied vom 'Normalarbeiter'" vollzogen werden, nicht im Sinne eines Verzichtes auf Normalarbeitsverhältnisse, sondern als klarere Anerkenntnis der Tatsache, daß im Zuge künftiger Entwicklungen das "Normalarbeitsverhältnis" und der/die "Normalarbeiter(in)" relativ an Gewicht verlieren werden.

Im Kontext des "Wandels der Arbeit" sollte auch stärker auf Wandlungsprozesse außerhalb der Erwerbsarbeit, z.B. im informellen Sektor, in Selbsthilfeorganisationen usw., eingegangen werden.

Dem Ansinnen ist zuzustimmen, wenn in dem Entwurf "Freiheit und Selbstentfaltung in der Arbeit" angestrebt und angemahnt werden; es müßte aber auch der Tatsache Rechnung getragen werden, daß sich heute auch die Arbeitnehmer(innen) nicht nur als Produzenten sehen, sondern auch als Verbraucher(innen) und als politische Bürger(innen). Daher sind Teilhabemöglichkeiten in diesen Bereichen stärker deutlich zu machen, auch wenn sie zwangsläufig nicht im Kern gewerkschaftlicher Argumente stehen sollten. Auch gewerkschaftlich organisierte Menschen leben heute in verschiedenen "Rollen" und es wäre nicht zielführend, der wohl zunehmenden Bedeutung anderer Rollen als der des Arbeitnehmers nicht Rechnung zu tragen. Die Anerkenntnis dieser Bereiche bedeutet selbstverständlich nicht, daß Tarifverträge und Mitbestimmungsrechte obsolet geworden sind; sie bedeuten vielmehr eine Erweiterung des Partizipations- und Arbeitsbegriffs. Letzterer - der Begriff der "Arbeit" - wird übrigens in Abschnitt I nicht hinreichend deutlich expliziert und eher negativ definiert ("mehr als bloße Existenzsicherung wesentliche Voraussetzung für die Selbstverwirklichung der Menschen und ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, Arbeit schafft gesellschaftlichen Wohlstand und Lebensqualität"). Gerade weil diese Kategorie aus gutem Gründen so zentral ist, sollte sie auch ausführlicher expliziert werden. Während auf S. 7 kritisch angemerkt wird, daß sich die Gestaltung der Erwerbsarbeit noch immer am "Normalarbeiter" orientiere, trifft dies auch immer wieder für den Entwurf selbst zu. Vielleicht könnte man diesem Problem dadurch Rechnung tragen, daß man zunächst den Begriff Arbeit weitgehend faßt und später Gründe dafür gibt, warum man sich stärker an Erwerbs- und Normalarbeit orientiert. Aber selbst bei dieser Vorgehensweise sollten "aus gegebenem Anlaß" in den folgenden Passagen die erforderlichen Modifikationen vorgenommen werden.

II. DIE GESTALTUNG DER ÖKONOMIE

Das Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft sollte direkt mit der Forderung nach ihrer Erweiterung zu einer "ökologisch-sozialen Marktwirtschaft" verknüpft werden. Im zweiten Abschnitt von II.1 entsteht zudem der wahrscheinlich unzutreffende Eindruck, man versuche, dem Wettbewerb mit moralischen Appellen beizukommen. Deutschland steht, ob es will oder nicht, in Konkurrenz mit Ländern, die niedrige Löhne und schlechtere Arbeitsbedingungen vorzuweisen haben. Daher sollte der zweite Satz vielleicht lauten: Die Gewerkschaften plädieren *gerade unter den Bedingungen einer Globalisierung der Markte für einen Wettbewerb, der keine aussichtslose Billiglohnkonkurrenz versucht, sondern sich stattdessen auf die traditionellen Stärken der deutschen Wirtschaft, insbesondere die Qualifikation und Kreativität der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, stützt...*

Friedrich-Ebert-Stiftung Bibliothek

Im Abschnitt II.2: "Ökologisch wachsen und umsteuern" wird zwar der vorsorgende Umweltschutz hervorgehoben, aber die Vorstellungen bleiben sehr allgemein und gelegentlich voluntaristisch. Selbstverständlich ist es richtig, sich für den ökologischen Umbau an den bestehenden Standorten einzusetzen, aber eine Verlagerung umweltschädlicher Produktionen ins Ausland wird solange nicht ganz zu vermeiden sein, als nicht allen relevanten Standorten einigermaßen gleiche Umweltstandards gelten, es sei denn, der ökologische Umbau bestehender Arbeitsplätze an bestehenden Standorten läßt sich ohne Mehrkosten durchsetzen, eine im Regelfall zumindest kurzfristig kaum verallgemeinerbare Voraussetzung. Dieser Gedanke findet sich zwar implizit im folgenden Abschnitt, aber man sollte zumindest den Zusammenhang der beiden Abschnitte etwa dadurch kenntlich machen, daß man schreibt: "Die Gewerkschaften treten *daher* dafür ein..."

Auf S. 16, 2. Absatz: Der Übergang zur Nachhaltigkeit ist kein Wachstumsprogramm, daher sollte die ökologische Reform nicht "angekurbelt", sondern "gestützt" werden. Man könnte daran denken, auch explizit die Kreativität der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre betriebliche und gewerkschaftliche Interessenvertretung als eine weitere Stütze des ökologischen Umbaus zu erwähnen.

Da im Rahmen einer "nachhaltigen Entwicklung" Wachstum - bei Einhaltung ökologischer Grenzen - allenfalls ein Ergebnis, keinesfalls jedoch Ziel des Wirtschaftens sein kann, wäre es wünschenswert, die Überschrift von II.2 in "Ökologisch umsteuern" zu kürzen.

Die Ausrichtung an "nachhaltiger Entwicklung" sollte außerdem bereits zu Beginn des Programms deutlich werden, nicht erst auf Seite 5. Es böte sich an, bei dem Ziel der "solidarischen Gesellschaft (auf S. 2) auch die Solidarität zwischen Nord und Süd sowie zwischen heutigen und künftig lebenden Menschen einzubringen, denn genau dann hätte man nachhaltige Entwicklung als Erweiterung von Solidarität an der Spitze des Programms. Vor allem aber ist eine inhaltliche Definition dieses Begriffs und eine Aussage zur Relevanz ökologischer Grenzen der Belastbarkeit der Erde für die Gewerkschaftspolitik erforderlich.

Eine wichtige Rolle bei der (Neu-)Gestaltung der Ökonomie spielen Veränderungen in den Verbrauchergewohnheiten und im Verbraucherverhalten. Notwendig ist daher eine ökologische Strukturveränderung von Produktion und Konsum, d.h. Produzieren und Konsumieren kann sich nicht darin erschöpfen, immer mehr und bessere Produkte auf den Markt zu bringen, die dann durch gezielte Werbung auch konsumiert werden (müssen). Der Konsum hat sich vielmehr an den Kriterien der Nachhaltigkeit zu orientieren. Für die Ökonomie kann dies zur Folge haben, daß wesentliche ökonomische Begriffe wie Wachstum, Gewinn, Umsatz, Konkurrenz und Konsumentensouveränität neu definiert werden müssen. Hochentwickelte Industriegesellschaften werden nicht umhin kommen, sich mit den Fragen der Suffizienz - den Fragen des Genug und der Sättigung - auseinanderzusetzen. Die Effizienzrevolution, so richtig sie auch ist, wird nur ein interimistisches Stadium darstellen.

III. AUSWEITUNG DER MITBESTIMMUNG UM ÖKOLOGISCHE BELANGE

In den Kapiteln I.4 "Gestalten durch rechtliche Absicherung und Tarifvertrag" und I.5 "Beteiligung und Mitbestimmung ausbauen" wird mit keiner Silbe auf eine Erweiterung der *Mitbestimmung durch eine ökologische Betriebs- und Tarifpolitik* eingegangen.

Zwar werden für Betriebs- und Personalräte "Mitbestimmungs- und Initiativrechte bei der Entwicklung und Gestaltung von Produkten und Dienstleistungen, bei der Produktionsplanung und bei der Standortauswahl" (S. 13) gefordert. Ausgeblendet wird allerdings, wie dies konkret aussehen und umgesetzt werden soll. Die Umwelt- und Sozialverträglichkeit von Produkten und Produktion kann mittlerweile unseres Erachtens im Betrieb nur gemeinsam von Management und Beschäftigten erreicht werden. Die tarifpolitische und betriebliche Ebene muß eine andere Qualität erhalten, indem Ansätze zum Umweltschutz von den Gewerkschaften unterstützt und auch als notwendig anerkannt werden. Die gegenwärtige Krise in Wirtschaft und Gesellschaft könnte durchaus dazu genutzt werden, einen Tarifvertrag abzuschliessen, in dem nicht nur eine prozentuale Lohnerhöhung vorgesehen ist, sondern auch eine immaterielle Verbesserung in der Form von mehr Eigenverantwortlichkeit und Mitverantwortung des einzelnen Beschäftigten in Fragen des Umweltschutzes. Das Tarifritual ist durch mehr Kreativität zu ersetzen.

Immer mehr Unternehmen entdecken den Umweltschutz als betriebliches Thema, indem sie aus Kostenerwägungen oder aus Imagegründen Umweltinformationssysteme im Betrieb einführen. Darüber hinaus findet sowohl in der Bundesrepublik und der Europäischen Gemeinschaft als auch weltweit eine breite Diskussion über geeignete Informationskonzepte statt, mit denen die (möglichen) Umweltbelastungen von Unternehmen sinnvoll abgebildet werden können:

So existiert seit 1993 die "EG-Verordnung über die freiwillige Beteiligung gewerblicher Unternehmen an einem Gemeinschaftssystem für das Umweltmanagement und die Umweltbetriebsprüfung", die oft auch als EG-Verordnung (VO) zum Umwelt-Audit bezeichnet wird. Ziel dieser VO ist es, die vom Unternehmen ausgehenden Umweltbelastungen zu reduzieren, Ressourcen und Energie einzusparen, die Einhaltung der Umweltvorschriften betriebsintern zu kontrollieren, die Öffentlichkeit über die betrieblichen Aktivitäten zum Umweltschutz zu informieren und ein entsprechendes Umweltmanagementsystem aufzubauen. Das Öko-Audit-System könnte ein Instrument für die notwendige nachhaltige Modernisierung der Industrie sein, wenn es von den Gewerkschaften als Chance angesehen wird, betriebliche Mitwirkungsoptionen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu erschließen und umzusetzen, um die Arbeitswelt nach ökologischen Gesichtspunkten zu gestalten. Gleichzeitig muß auch die soziale Absicherung von Beschäftigten bei ökologisch bedingten Änderungen in Produktionsprozessen gewährleistet werden.

Sind die Gewerkschaften und die Betriebsräte nicht bereit, sich diesen neuen umweltpolitischen Entwicklungen zu stellen und sie aktiv gestaltend zu

beeinflussen, kann es sehr leicht dazu kommen, daß sie bei umweltpolitischen Entscheidungsprozessen im Unternehmen abgeschnitten und auch das Interesse und die Initiative der Beschäftigten für den betrieblichen Umweltschutz nicht wecken und mobilisieren können.

IV. VERHÄLTNIS VON FORMELLER ERWERBS- UND INFORMELLER EIGENARBEIT

Arbeitszeitverkürzung ist das wichtigste Mittel im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Das wird auch in dem DGB-Programm deutlich: "Die Gewerkschaften werden all ihre Kräfte darauf konzentrieren, die Massenarbeitslosigkeit abzubauen. Dazu wollen wir auch die Chancen zur Arbeitszeitverkürzung in ihrer ganzen Vielfalt nutzen." (S. 7) Da das kapitalistische Wirtschaftssystem nicht nur aus konjunkturellen, sondern vor allem aus strukturellen Gründen immer mehr lebendige Erwerbsarbeit überflüssig macht, scheint eine auch nur annähernde Vollbeschäftigung letztlich nur durch Umverteilung der vorhandenen Erwerbsarbeit erreichbar. Vor allem der technologische Fortschritt spart im Produktionsprozeß immer mehr Arbeit ein ("joblost growth"). Die Rede ist hier selbstverständlich von Erwerbsarbeit, die im Sinne der Kapitalverwertung profitabel eingesetzt wird. Gesellschaftlich notwendige Arbeit gibt es zuhauf.

Selbst bei einem Wirtschaftswachstum von 3,5 Prozent würde es in Deutschland im Jahre 2000 nach Prognosen noch über drei Millionen Arbeitslose geben (vgl. Seifert 1993, S. 746). Ein derartiges Wachstum ist aber nicht nur sehr unwahrscheinlich, sondern aus ökologischen Gründen auch gar nicht wünschenswert.

Die Gewerkschaften haben in den vergangenen Jahren gegen den heftigen Widerstand aus Wirtschaft und Politik wichtige Schritte zur Arbeitszeitverkürzung unternommen. Im Metallbereich wurde die 35-Stundenwoche in einem Stufenmodell durchgesetzt. Von 1984 bis 1989, den Jahren, in denen die Arbeitszeit von 40 auf 37 Stunden verkürzt wurde, stieg die Zahl der Beschäftigten in der metallverarbeitenden Industrie der Bundesrepublik um 400.000. Experten gehen davon aus, daß mindestens die Hälfte dieses Beschäftigungsgewinns auf die Umverteilung der Erwerbsarbeit zurückzuführen ist. Die 36-Stundenwoche, die im Wirtschaftsabschwung in Kraft trat, konnte immerhin noch etwa 60.000 Beschäftigungsverhältnisse sichern (vgl. metall vom 26. November 1993, S. 14).

Absehbar ist, daß ohne drastische weitere Schritte in der Verkürzung der Arbeitszeit die Spaltung der Arbeitnehmerschaft in eine immer geringer werdende Zahl regulär Beschäftigter und eine wachsende Zahl von Arbeitnehmern ohne Beschäftigung in einem Maße zunehmen wird, das die bundesrepublikanische Gesellschaft nicht ohne massive soziale Spannungen überstehen kann. Die Arbeitslosigkeit wirkt sich dabei nicht nur für die direkt Betroffenen zerstörerisch aus, sondern auch für jene, die noch Beschäftigung haben.

Das bedeutet für die Gewerkschaften, auch die Teilzeitbeschäftigung (bis zu 35 Stunden wöchentlich) künftig als Regelarbeitszeit anzuerkennen. Damit ist besonders in den kommenden Tarifverhandlungen der Teilzeitbeschäftigung von seiten der Gewerkschaften ein deutlich höheres Gewicht zuzubilligen, vor allem was die soziale Absicherung angeht. Denn große Schritte in der Arbeitszeitreduzierung werden in der Zukunft wohl kaum zusammen mit einem vollen Lohnausgleich erreicht werden können.

Die Zukunft der Arbeit wird auf diesem Hintergrund nicht mehr länger allein in der formellen Erwerbsarbeit liegen, als Ergänzung oder auch Alternative muß die informelle Ökonomie ins Blickfeld treten. Wichtig ist dabei, die informelle Eigenarbeit neu zu gestalten, indem eine größere Durchlässigkeit zwischen formeller und informeller Ökonomie geschaffen wird. Der einseitige Trend, die Identität nur in der Erwerbsarbeit zu suchen, muß aufgehalten werden. Dazu kann die Eigenarbeit dienen, die neue (alte) Tätigkeitsfelder anbietet wie etwa Nachbarschaftshilfe, Familienarbeit, Hausarbeit, Reparaturen, Gartenarbeiten und Do-it-yourself-Aktivitäten. Diesem Trend hat sich allerdings die formelle Ökonomie mit geänderten Rahmenbedingungen (u.a. anders konzipierte Produkte, Verknüpfung von professioneller mit Laienhilfe, finanzielle Neuregelungen) zu öffnen. Bisher gibt es hierauf noch keine eindeutige Antworten, wie sich dies insgesamt auf unsere Ökonomie auswirken wird. Doch insgesamt ist klar, die rückläufige Arbeitszeit muß sich mit der Eigenarbeit in harmonischer Art und Weise verbinden lassen

V. DEN SOZIALSTAAT DURCH REFORMEN SICHERN

Es böte sich hier an, die Finanzierung versicherungsfremder Leistungen des sozialen Sicherungssystems durch Steuern zu finanzieren (S. 23), und man könnte dies auch an dieser Stelle verbinden mit der auf Seite 16 bereits positiv bewerteten sozial-ökologischen Umgestaltung des Steuersystems (etwa die Finanzierung der beitragsfremden Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit aus dem "Ökosteueraufkommen").

Wünschenswert wäre auch eine kurze Thematisierung der Diskussion um die Einführung eines Grundeinkommens und positiv wäre aus unserer Sicht eine Offenheit der Gewerkschaften gegenüber diesen Überlegungen.

VI SCHLUSSBEMERKUNG

Grundsätzlich scheint uns - unabhängig von den Inhalten - generell wünschenswert, daß durch geeignete sprachliche Umformulierung der immer wieder durchschimmernde oder durchtönende "moralische Unterton" zugunsten einer stärker theoretisch analysierenden Formulierung vermieden wird. Die Vermischung von normativer Zielsetzung und positiver Analyse im Rahmen einer "moralisierenden Diktion" wirkt an zahlreichen Stellen eher störend, mitunter auch befremdlich. Das hindert nicht die explizite - aber eben separate - Formulierung normativer Zielsetzungen als Vorgaben, nicht jedoch als Substitute einer gedanklichen Durchdringung der jeweiligen Problemkreise.

gez. Hans G. Nutzinger, Volker Teichert, Angelika Zahrnt

Frauenverband Courage e. V.

Wir sind eine Gruppe von Frauen aus unterschiedlichen Einzelgewerkschaften. Mit zunehmendem Unmut und wachsendem Ärger verfolgen wir Deine Äußerungen in der Öffentlichkeit. Bei uns entsteht der Eindruck, daß Du mehr Verständnis für die Forderungen und "Sorgen" der Unternehmer aufbringst, als für unsere Interessen. Wie anders ist es möglich, daß Du einer Kürzung der Arbeitslosenhilfe zustimmst, Lohnabschlüsse unterhalb der Inflationsrate propagierst oder in der Diskussion um die Karenztage keine eindeutige Stellung beziehst?

Auch wollen wir die undemokratische Vorgehensweise in bezug auf den neuen DGB-Programmentwurf heftig kritisieren. Wie soll in solch kurzer Zeit eine breite Diskussion an der Basis möglich sein oder sollte gerade das verhindert werden? Was ist an einer Organisation noch "demokratisch", wenn sie selbst so entscheidende Dinge, wie die Festlegung eines Grundsatz-Programmes und damit die Weichenstellung für die Zukunft unserer Gewerkschaften, über die Köpfe der Mitglieder hinweg festlegt? Außerdem hat das Durchlesen des Entwurfs gezeigt, daß eine kritische Beteiligung der Basis dringend nötig ist. Nach unseren Erfahrungen sieht die Realität nämlich ganz anders aus. Die "Bündnisse für Arbeit" haben den Konzernen erhebliche Gewinnsteigerungen gebracht, für uns bedeuten sie jedoch eine Spirale nach unten. Diese Politik der Zusammenarbeit hat daher in unseren Augen für uns keine Perspektive. "Stark durch Wandel" ist daher angesagt. Der von Euch vorgeschlagene Weg hat jedoch gezeigt, daß er genau das Gegenteil bewirkt

Darum fordern wir, die Abstimmung zu verschieben, damit die dringend notwendige Diskussion an der Basis stattfinden kann.

i.A. gez. Elke Preetorius, Andrea Lungg

HochschulRektorenKonferenz

[...]
Ich nehme gern Gelegenheit, zu einzelnen Positionen aus der Sicht der Hochschulen Stellung zu nehmen.

In Abschnitt II. Gestaltung der Ökonomie, 1. Vollbeschäftigung verwirklichen (S. 14) heißt es zutreffend, daß Bildung, Forschung und Technologie Schlüsselfaktoren im weltweiten Standortwettbewerb und damit im Kampf um Vollbeschäftigung sind. Für die HRK unterstütze ich die Forderung nach einer langfristig orientierten, staatlich geförderten Innovationsoffensive. Ich halte es allerdings für geboten, zur vorhandenen Infrastruktur, deren Ausbau insbesondere im Energie-, Verkehrs- und Telekommunikationsbereich gefordert wird, auch Hochschulen und öffentlich finanzierte Forschungseinrichtungen zu zählen. Im weltweiten Wettbewerb wird Deutschland nur konkurrenzfähig sein, wenn es als rohstoffarmes Land mit innovativen Produkten und Dienstleistungen hervortritt. Insofern sind Hochschulen und Forschungseinrichtungen Bestandteil öffentlich finanzierter Infrastruktur und Teil der von staatlicher Seite zu gewährleistenden Zukunftsvorsorge.

Den in Abschnitt IV. Anforderungen an unsere demokratische Gesellschaft, 3. Bildung ist Schlüssel zur Zukunft - dargelegten Vorstellungen des DGB kann ich im wesentlichen zustimmen. Die Hochschulrektorenkonferenz hat sich bereits 1992 für eine Durchlässigkeit zwischen beruflicher und allgemeiner Bildung ausgesprochen. Dazu gehört auch ein größeres Angebot an doppelt-qualifizierenden Ausbildungsgängen sowie die Öffnung der Hochschulen für Bewerberinnen und Bewerber mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung. Allerdings hält die Hochschulrektorenkonferenz es im Interesse der Studienbewerberinnen und -bewerber sowie im Interesse der Hochschulen im Hinblick auf das immer gegebene Risiko des Scheiterns für geboten, eine Eignungsprüfung vorzusehen.

Ich teile die Auffassung, daß die Weiterbildung zu einem gleichberechtigten Teil des Bildungswesens ausgebaut werden muß. Allerdings hege ich erhebliche Zweifel, ob es angesichts der Diversifizierung im Bildungswesen, die aufgrund des weltweiten Wettbewerbs in den kommenden Jahren nach Auffassung der Hochschulrektorenkonferenz noch zunehmen wird, angemessen ist, gesetzlich einen bundeseinheitlichen Rahmen für Weiterbildung zu schaffen.

Selbstverständlich ist für die Hochschulrektorenkonferenz, daß die Weiterbildung sich nicht nur auf berufliche Fortbildung und Umschulung beschränken darf, sondern auch allgemeine und politische Weiterbildung einschließen muß.

Ich begrüße es außerordentlich, daß die Gewerkschaften sich dafür einsetzen, daß Bildung als Schlüsselfaktor für die Zukunft in Politik und Gesellschaft hohe Priorität gewinnt. Demzufolge ist über die künftige Gestaltung der Hochschulen und Forschungseinrichtungen ein öffentlicher Dialog zwischen allen Beteiligten und Betroffenen zu führen. Dabei ist es für die Hochschulen selbstverständlich, daß dazu nicht nur Regierungen und Parlamente, sondern auch Gewerkschaften und Arbeitgeber sowie weitere gesellschaftliche Kräfte gehören. Ob allerdings für die weitere Entwicklung eines sich diversifizierenden Bildungs-, Hochschul- und Forschungssystems insbesondere unter Berücksichtigung der Entwicklung in der Europäischen Union ein gemeinsamer Rahmenplan eine angemessene Lösung ist, erscheint im Hinblick auf den zunehmenden Wettbewerb zwischen den Ländern, aber auch innerhalb der Europäischen Union zweifelhaft.

Nachdrücklich stimme ich Ihnen zu, daß die Finanzierung von Hochschule und Forschung Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern ist und die materiellen Rahmenbedingungen des Studiums durch eine kostendeckende Ausbildungsförderung verbessert werden müssen um soziale Chancengleichheit zu sichern. (...)

gez. Prof. Dr. Hans-Uwe Erichsen
Präsident

Michael Fichter, Michaela Hammerbacher, Hauke Laue, Holger Lengfeld, Bodo Zeuner

Sagt den DGB-Kongreß ab!!

Während des letzten Jahres haben wir, Studierende und Lehrende, (am Otto-Suhr-Institut, dem Fachbereich Politische Wissenschaft der Freien Universität Berlin) uns in einem Seminar "Strukturprobleme und Organisationsreformen in Gewerkschaften" an der FU Berlin mit der aktuellen Gewerkschaftsentwicklung auseinandergesetzt. Dabei haben wir nicht nur die gewerkschaftliche und wissenschaftliche Literatur befragt, sondern auch haupt- und ehrenamtliche GewerkschafterInnen eingeladen und mit ihnen diskutiert. Daran knüpften wir die Erwartung, die Stärken und Schwächen der Gewerkschaften im Kontext des gegenwärtigen sozio-ökonomischen und gesellschaftlichen Umbruchs besser verstehen zu können. Und wir gingen davon aus, Anknüpfungspunkte für eine Reformperspektive zu finden.

Statt dessen zeichnete sich ein Bild des DGB ab, das bei uns - vor allem als GewerkschafterInnen - Enttäuschung und Entsetzen hervorrief. Die innere Einheit des DGB als gesamtgesellschaftliche und branchenübergreifende Interessenvertretung der ArbeitnehmerInnen zerfällt zusehends, womit auch die Existenz des DGB als Dachverband immer mehr an Berechtigung verliert. Der als Provokation betitelte Aufsatz des Hattinger Kreises von 1992 "Schafft den DGB ab!" (veröffentlicht in den Gewerkschaftlichen Monatsheften Nr. 1/92) scheint mittlerweile ein Selbstläufer zu sein:

Die Funktionsfähigkeit des DGB wird durch Inbesitznahme branchenübergreifender Politikfelder sowie Organisationsansprüche und -fusionen seiner Mitgliedsgewerkschaften immer weiter unterminiert. Der DGB wird weder als gesamtgesellschaftlicher Repräsentant der Gewerkschaften noch als Schlichter von Konkurrenzkonflikten seiner Mitgliedsgewerkschaften beachtet.

Führende Repräsentanten des DGB haben beschlossen, sich in die Diskussion über die DGB-Reform gar nicht mehr einzumischen. Ihr Beitrag dazu reduziert sich auf die klaglose Durchführung von Sparzwängen und auf den Rückzug aus der - für die kleineren Mitgliedsgewerkschaften wichtigen - "Fläche".

Der DGB fällt in der öffentlichen Diskussion des "Bündnisses für Arbeit" allenfalls durch das Abnicken von Regierungsparolen auf. Statt dessen macht der DGB mit seiner Personalpolitik negative Schlagzeilen, z.B. wenn er in seinem größten Landesverband vor der fristlosen Kündigung der eigenen Betriebsräte wegen Lappalien nicht zurückschreckt und sich dafür vom Arbeitsgericht über Arbeitnehmerrechte belehren lassen muß.

Mit diesem Gang der Dinge wollen wir uns nicht abfinden, weil wir ihn einer zukünftigen wirksamen Interessenvertretung abhängig Beschäftigter für abträglich und für gefährlich halten. Der DGB hat seine Mitglieder und die interessierte Öffentlichkeit aufgefordert, sich an der Programmdiskussion zu beteiligen. Mit den folgenden Überlegungen möchten wir gegen das vorherrschende resignierende Schweigen und geräuschlose Austreten angehen.

1. Ein grundsatzloses Grundsatzprogramm

Der DGB diskutiert seit fünf Jahren ein neues "Grundsatzprogramm", das auf dem Dresdner DGB-Kongreß im November dieses Jahres verabschiedet werden soll. Seit dem 5.3.1996 liegt ein vom DGB-Bundesvorstand beschlossener Entwurf als Ergebnis eines Vorbereitungsprozesses vor, der besonders "offen" organisiert werden sollte. Dieser Programmentwurf läßt jede inhaltliche Orientierung und engagierte Auseinandersetzung mit den sich dramatisch zuspitzenden Problemen der Zukunft der Erwerbsarbeit und der Organisierung von Solidarität durch die Gewerkschaften vermissen. Durchgängiges Merkmal ist die zusammenhangslose Aneinanderreihung einer Vielzahl von Versatzstücken aus derzeit gängigen und modern anmutenden Gedankengebilden sowie auffällig vieler Verbeugungen vor dem vorherrschenden neoliberalen Diskurs der "Standortsicherung", des "Sozialleistungsmißbrauchs" und des "schlanken Staates". In konsequenter Verabschiedung von früheren Positionen wird die soziale Marktwirtschaft hervorgehoben als "besser als alle anderen Wirtschaftsordnungen geeignet, die Ziele der Gewerkschaften zu erreichen". Daneben jedoch ist, wohl zur Besänftigung der Traditionsbewußten, auch die Rede vom nach wie vor gegenwärtigen "Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit" und der "Unverzichtbarkeit sozialer Gegenmacht". Letztere Bekenntnisse jedoch bleiben für den gesamten Programmentwurf ohne Anknüpfung. Gegenmacht und Interessengegensatz werden in die Bedeutungslosigkeit "wegpräambelt", und selbst zum für Gewerkschaftspolitik zentralen Problemfeld der Beschäftigungssicherung fehlt es an richtungsweisenden Überlegungen. Unklar bleibt auch, ob und wie die Gewerkschaften die Interessen der Arbeitslosen vertreten wollen bzw. welche

gewerkschaftliche Strategie gegen die fortwährende Ausspielung von Arbeitslosen gegen Noch-Beschäftigte eingeschlagen werden soll.

Alles in allem scheint es, als wolle der DGB jede Bestimmung von Widersprüchen oder der Frontlinien vermeiden, entlang derer dann von den Gewerkschaften Solidarität zu organisieren wäre. Während sich in der Realität alles zuspitzt, wird die Aufgabe der inhaltlichen Zuspitzung vollständig verfehlt. Es ist ein Programm der Beliebigkeit von Leerformeln, und, dies scheint die "heimliche Botschaft" des Entwurfs, gerade diese Beliebigkeit soll zum Programm erhoben werden.

Auch frühere DGB-Grundsatzprogramme enthielten viele Kompromißformeln. Diese waren in der Regel das Resultat vorangegangener interner Kontroversen. Beim Programmentwurf 1996 hingegen hat sich trotz fünf Jahre andauernden "offenen Prozesses" kein Grundsatzstreit entzündet, und der jetzt beschlossene Text scheint geradezu darauf abzuzielen, auch bis zum November jedes irgendwo aufflackernde Flämmchen des Streits durch weiträumige Oberflächenberieselung zu ersticken.

Welchen Stellenwert hat ein DGB-Grundsatzprogramm für die Gewerkschaften und ihre Mitglieder, wo sich doch längst deutlich ist, daß der DGB jede Bedeutung verloren hat? Seinen symbolischen Ausdruck erfährt dieser Bedeutungsverlust auch darin, daß man im gesamten Programmentwurf die drei Buchstaben "DGB" vergebens sucht. Dies weist darauf hin, daß der DGB für sich keine Rolle mehr für die zukünftige Organisierung der Gewerkschaftsbewegung sieht und daher lust- und lautlos abdankt.

Dabei wird ein funktionierender DGB heute mehr denn je gebraucht. Seine Aufgabe wäre es, Solidarität über Branchengrenzen hinaus zu organisieren und politisch-programmatisch ein Gegengewicht zum herrschenden Konzept von Gesellschaftsspaltung, Deregulierung und Entsolidarisierung aufzubauen.

2. Solidarität und Konkurrenz / Gewerkschaften als Solidaritätsorganisationen

Gewerkschaftliche Solidarität ist das Bemühen, die im Kapitalismus gesetzte Konkurrenz der einzelnen oder der Gruppen von abhängig Arbeitenden durch Organisation zu mindern, die Konkurrenz zumindest partiell aufzuheben. Dazu brauchen die Gewerkschaften von der Gegenseite autonome Ressourcen und ein Organisationsprinzip, das nicht einfach nur die Konkurrenz der Arbeitgeber noch einmal auf der Arbeitnehmerseite nachvollzieht.

Zu den autonomen Ressourcen gehört z.B. ein Solidaritätsbewußtsein, das auf moralischen Überzeugungen von gleichen Menschenrechten und auf der Erfahrung beruht, daß das individuelle Ausnutzen kurzfristiger Vorteile langfristig weniger nützt als das kollektive Dammbauen gegen individuelles Ausgespieltwerden. Zu den autonomen Ressourcen gehört auch die rechtliche Garantie, sich quer zu den von ökonomischer Herrschaft gesetzten Grenzen nach gemeinsamen Interessen zu organisieren und darüber Diskurse zu führen: Meinungsfreiheit, Vereinigungsfreiheit, Koalitionsfreiheit, Streikrecht.

Die gewerkschaftlichen Organisationsprinzipien - wie z.B. "ein Betrieb - eine Gewerkschaft", "Branchen- statt Betriebstarifverträge", "einheitliche Interessenvertretung aller Beschäftigten im Betrieb durch den Betriebsrat", "Einheitsgewerkschaft statt Richtungsgewerkschaften" - drücken aus, daß Solidarität der betroffenen Beschäftigten auch entgegen den durch Arbeitsorganisation, ökonomische Herrschaft oder parteipolitische Orientierungen hervorgebrachten Trennungen organisiert werden kann und muß.

Im Zuge wachsender Massenarbeitslosigkeit ist Solidarität in den Industrieländern heute mehr denn je nur noch dann gewerkschaftlich organisierbar, wenn die Interessen aller auf abhängige Arbeit angewiesenen Menschen, also auch der Erwerbslosen, gleichwertig einbezogen werden. Ebenso stellt sich die Frage nach gewerkschaftlicher Solidarität mit künftigen Generationen, deren Lebensgrundlagen ersatzlos verbraucht zu werden drohen, und nach der weltweiten Solidarität mit Menschen in der "Dritten Welt", die den Konsumstandard der "Ersten Welt" niemals erreichen können, sondern infolge der bestehenden Weltwirtschaftsordnung vielmehr in unerträglicher Armut und Abhängigkeit leben müssen.

In der Geschichte der deutschen und der internationalen Gewerkschaftsbewegung hat sich die Entwicklung zur immer größeren Ausweitung der Solidarität niemals linear vollzogen. Stets gab es durch die ökonomische Konkurrenz bedingte und auch rassistisch-nationalistische motivierte Rückschläge. Der Partikularismus der kleinen - oder größeren - Gruppe, die in der ökonomischen Konkurrenz einen Vorteil gegenüber der anderen Gruppe herausholt, ist ein stets mobilisierbares und auch in den Gewerkschaften wirksames Handlungsmotiv. Aber die DGB-Gewerkschaften der Nachkriegszeit haben es immer wieder verstanden, sich aus solchen Rückschlägen exemplarisch zu lösen und die Logik der Solidarität entgegen der Konkurrenzlogik des Kapitals zu behaupten und auszuweiten. Die Kämpfe der IG Metall und der IG Druck und Papier in den 80er Jahren um Arbeitszeitverkürzung sind eines von vielen Beispielen dafür.

Diese Solidaritätserfahrungen sind heute für die deutschen Gewerkschaften existenziell wichtig. Der DGB und seine Gewerkschaften können weder sich selbst noch auf gesellschaftspolitischer Ebene etwas bewegen, wenn sie sich in ihren eigenen Organisationsstrukturen und bei deren Reform weiterhin vom Konkurrenzprinzip leiten lassen. Es kommt darauf an, daß Solidarität wieder zum Leitmotiv gewerkschaftlichen Organisationsaufbaus wird. Für die Reform der DGB-Gewerkschaften und des Deutschen Gewerkschaftsbundes muß das Ziel sein, Strukturen zu schaffen, die Solidaritäts- und Synergie-Effekte statt Konkurrenz prämieren.

3. Strukturwandel der Wirtschaft und Perspektiven der Gewerkschaftspolitik

Dem DGB und seinen Einzelgewerkschaften stehen Probleme ins Haus, denen der bisherige Verlauf der Organisations- und Programmdebatte in keiner Weise gerecht geworden ist. Die "Globalisierung der Wirtschaft" greift tiefer in den nationalen Wirtschaftsraum ein als jegliche vorangegangene Entwicklung; sie stellt weitaus mehr dar als ein grenzenloses Agieren von multinationalen Unternehmen auf scheinbar entfernten Weltmärkten. Globalisierung eröffnet den Unternehmen prinzipiell die Möglichkeit, jede wirtschaftliche Transaktion international bzw. länderübergreifend zu betreiben, egal ob es

sich um die Beschaffung von Kapital, den Einkauf von Rohmaterialien, die Fertigung von Vor- und Endprodukten, die Montage, die Organisierung des Verkaufs oder die gewinnbringende Anlage von Firmengeldern handelt. Dabei werden sowohl bisher kooperierende Belegschaften desselben Betriebs als auch weit voneinander entfernt lebende und arbeitende Bevölkerungsgruppen, die in keiner kommunikativen Verbindung stehen, zueinander in verschärfte Konkurrenz gesetzt.

Vor allem die Zulieferbetriebe stehen unter einem enormen Konkurrenzdruck untereinander, der den Kernunternehmen eine starke Machtposition einräumt. Das versetzt die Unternehmen in die Lage, den Kostendruck an die Beschäftigten weiter zu geben, so daß diese in den zumeist beschäftigungsintensiven Bereichen zu Bedingungen niedrigerer Löhne, entgrenzter Arbeitszeit und schlechter sozialer Absicherung arbeiten müssen. Mit dieser Trennung der Unternehmensstrukturen in Kern- und Randbereiche geht eine Aufteilung in Hoch- und Niedriglohnbereiche einher. Hier neigen die Gewerkschaften zur Tendenz, vorwiegend die Beschäftigten aus den Hochlohnbereichen zu vertreten - idealtypisch männliche Facharbeiter mittleren Alters.

Auf der nationalen politischen Ebene wird von Seiten neoliberaler Politiker unvermindert die Forderung erhoben, Löhne und Lohnnebenkosten zwecks Erhaltung des "Standorts Deutschland" zu senken. Während die Unternehmen zunehmend global (oder zumindest kontinental) operieren, lassen sich die Gewerkschaften in einen defensiven und partikularistischen Kampf um den Standort Deutschland einbinden. Mit dem Verweis auf angeblich zu hohe Lohn- und Lohnnebenkosten werden von ihnen immer neue Zugeständnisse verlangt, die, wenn sie gemacht werden, anderswo zur Einforderung weiterer Absenkungen von Standards führen. Es entsteht eine Spirale der Unterbietungskonkurrenz. Die Gewerkschaften müssen sich entscheiden, ob sie hier mittun oder gegenhalten wollen. Im übrigen wird im Standort-Deutschland-Diskurs in der Regel übersehen, daß Standortkonkurrenz nicht nur national, sondern auch regional herrscht. Gewerkschaften, die sich auf die Standortlogik einlassen, droht auch intern eine Spaltung in konkurrierende Regional- und Lokalgruppen.

Durchaus umstritten ist, welchen Beitrag die Strategie der Deregulierung für eine funktionierende Wirtschaft und einen allgemein wachsenden Wohlstand leistet. Wenn auf den deregulierten (Welt-)Märkten das Zinsniveau über dem der Kapitalrenditen liegt, ist es nur folgerichtig, daß keine Sachinvestitionen vorgenommen und die Finanzmittel stattdessen zinsbringend angelegt werden. Das schafft zwar keine Arbeitsplätze, aber für einige Wenige große Gewinne.

Auch läßt sich fragen, ob denn durch die Erschließung neuer Märkte das arbeitsmarktpolitische Ziel der Vollbeschäftigung erreicht werden kann. Der durch den internationalen Konkurrenzdruck beschleunigte Einsatz neuer arbeitssparender Technologien läßt erwarten, daß die Produktivität in Zukunft stärker steigt als das Produktionsvolumen. Vollbeschäftigung ist dann nur noch durch eine weitere Umverteilung des Arbeitsvolumens auf mehr Beschäftigte zu erreichen; durch eine weitreichende Arbeitszeitverkürzung also, die solidarisch und gerecht organisiert werden muß.

Das neoliberale Programm fordert einen radikalen Abbau des Sozialstaats, der neben der Tendenz zur Verelendung einer wachsenden Minderheit und der zunehmenden Bereicherung eines kleinen Teils der Bevölkerung auch die Verhandlungsposition der Gewerkschaften in den Tarifauseinandersetzungen erschwert. Dabei steht auch zur Debatte, ob und wie die Produktivitätszuwächse so umverteilt werden können, daß einer weiteren Vertiefung der gesellschaftlichen Spaltung wenigstens entgegengewirkt werden kann. Einer solchen Umverteilung jedoch steht das von der neoliberalen Ideologie wie ein archaisches Götzenbild aufgerichtete Dogma vom erreichten "Ende der Belastbarkeit" für Höherverdienende und Unternehmen entgegen. Die Gewerkschaften müssen sich entscheiden, ob sie sich am Tanz um dieses goldene Kalb beteiligen, oder ob sie für ihre Vision einer solidarischen Gesellschaft Gegenmacht mobilisieren und Gegenöffentlichkeit herstellen wollen. Sicher ist jedenfalls, daß alle Menschen, in welcher Region der Erde auch immer, einen Arbeitsplatz brauchen, um ein menschenwürdiges Leben, um Essen, Kleidung und Wohnung finanzieren zu können, solange dies nicht von der Gesellschaft kostenlos zur Verfügung gestellt wird.

4. Organisationsverständnis der Gewerkschaften

Die Notwendigkeit von Organisationsreformen ist nicht allein mit den gegenwärtigen Schwierigkeiten in Ostdeutschland bzw. mit Ost-West-Integrationsdefiziten zu begründen. Längst bestimmen gesamtgesellschaftliche Strukturveränderungen sowie wirtschaftliche und soziale Modernisierungsprozesse mit noch größerem Nachdruck die Veränderungen: Deutschland im Kontext von EU-Integration, von Transitionsprozessen in Osteuropa sowie von marktwirtschaftlicher Globalisierung und internationalen Krisenerscheinungen des staatlichen Sektors. So war es durchaus plausibel, die neue DGB-Reformdebatte mit dem Ziel zu eröffnen, die Leistungsfähigkeit gewerkschaftlicher Interessenvertretung auf gesamtdeutscher Ebene herzustellen und eine programmatische Perspektive für die nächsten Jahre zu entwickeln. Der damalige Vorsitzende, Heinz-Werner Meyer, wünschte sich in seiner Grundsatzrede zum DGB-Bundeskongreß 1990 einen Gewerkschaftsbund, der nach innen rechtzeitig entscheidet und nach außen seine Entscheidungen offensiv vertritt. Dafür müsse aber "das eigene Haus in Ordnung" sein. Wir möchten ihn dabei so verstehen, daß er damit nicht nur die Dachorganisation DGB meinte, sondern auch seine KollegInnen dazu bewegen wollte, die Organisations- und Politikfähigkeit des DGB von der Basis der Mitgliedsgewerkschaften her grundsätzlich zu überdenken.

Die Bedeutung des DGB als Träger und Initiator gewerkschaftlicher Zielsetzungen ist seit den 50er Jahren kontinuierlich zurückgegangen. Offiziell heißt es noch, die Einzelgewerkschaften leisten die unmittelbare Mitgliederbetreuung, der DGB ist für die übergreifenden gesellschaftspolitischen Aufgabenstellungen verantwortlich. Aber eine offene und grundsätzliche Auseinandersetzung um diese Aufgabenteilung hat bislang in der Reformdebatte gefehlt. Die wiederholten Forderungen der kleineren Gewerkschaften nach einer Stärkung des DGB - zuletzt ist sogar eine direkte Einzelmitgliedschaft im DGB vorgeschlagen worden - werden von den Großen zugunsten ihrer eigenen Fusionsstrategien pauschal zurückgewiesen. Das Resultat: In der Öffentlichkeit wird den Aussagen der großen Einzelgewerkschaften mehr Bedeutung beigemessen, diese werden aber nicht miteinander abgestimmt, ja widersprechen sich häufig. Je mehr die Bereitschaft zu einem einheitlichen und

solidarischen Auftreten im DGB abnimmt, desto aussichtsloser wird es, eine sinnvolle Arbeitsteilung zwischen DGB und den Einzelgewerkschaften zu erreichen.

Die Organisationsreform spiegelt diese Auflösungserscheinung wider: Einzelgewerkschaften fusionieren, um ihre Vertretungsansprüche gegenüber den Schwester- und Brudergewerkschaften zu erweitern, und die Modernisierung des Dachverbandes DGB erschöpft sich in massivem Personalabbau unter dem Banner neuer Farben und eines neuen Logos. Das ist nicht das Ergebnis von gewerkschaftlicher Perspektivlosigkeit und mangelnder Durchsetzungsfähigkeit, denn die Entscheidungsträger in diesem Prozeß sind die DGB-Mitgliedsgewerkschaften selbst. Nicht wenige KollegInnen müssen sich wohl fragen, wozu es noch ein DGB geben soll, wenn nur noch eine Handvoll großer Multibranchengewerkschaften übrigbleibt und diese nichts dafür tun, daß der Dachverband handlungsfähig ist.

Unklarheit und Streit zwischen den Einzelgewerkschaften besteht nicht nur über die zukünftige Rolle des DGB gegenüber seinen Mitgliedern. Heftige Meinungsverschiedenheiten gibt es zwischen Einzelgewerkschaften auch dann, wenn es um die Definition der eigenen Organisationsgrenzen zu benachbarten Gewerkschaften geht. Die Frage, welche Einzelgewerkschaft für welches Branchensegment die Vertretungskompetenz besitzt, hat in den letzten Jahren an Brisanz zugenommen, wie an drei Entwicklungen zu sehen war.

Zu regelrechten Landnahmen einzelner Gewerkschaften kam es bei der Verteilung der Zuständigkeiten für die Betriebe auf dem Gebiet der Ex-DDR. Eine Konfliktlösung durch Verhandlung unter Vermittlung und verbindlicher Schlichtung des DGB gelang dagegen nur in seltenen Fällen.

Verschiebungen der Branchenstrukturen durch neuentstandene Wirtschaftsbereiche wie Multimedia oder Entsorgungswirtschaft führten zu bislang nicht beigelegten Auseinandersetzungen um die Frage, welcher Gewerkschaft diese Betriebe zugeordnet werden sollten.

Infolge von betriebsinternen Umstrukturierungen (Umwandlung von Betriebsteilen zu Subunternehmen, räumliche Integration von Fremdfirmen z.B. in Kaufhäusern und Krankenhäusern) zeigt sich, zu welchen zwischengewerkschaftlichen Problemen es kommt, wenn der Grundsatz "ein Betrieb - eine Gewerkschaft" durch eine Vielzahl nebeneinander bestehender Tarifverträge in derselben Arbeitsstätte untergraben wird.

Derzeit droht in Deutschland das Gestaltungsprinzip der Gegenseite, die Konkurrenzlogik der kapitalistischen Ökonomie, direkt auf die Gewerkschaften überzugreifen und deren eigenes autonomes Organisationsprinzip zu unterminieren. Während einzelne Gewerkschaften, vor allem die IG Metall als mächtigste, noch politische Solidaritätsmodelle ins Werk zu setzen versuchen (so jedenfalls der ursprüngliche Vorschlag zum "Bündnis für Arbeit"), haben sich andere DGB-Gewerkschaften längst zu Anhängseln ihrer Branchenkapitale gemacht. Noch katastrophaler wird es, wenn die ehemaligen Branchenkapitale sich jenseits traditioneller Branchengrenzen neu organisieren und die Gewerkschaften in der Folge gegeneinander um die zahlenden Mitglieder konkurrieren.

5. Konsequenzen für den DGB

Ziel einer Organisationsreform, so sagten wir, muß es sein, Strukturen zu schaffen, die Solidaritäts- und Synergie-Effekte statt Konkurrenz unter dem Dach des DGB als umfassende Gesamtorganisation prämieren. Daher lehnen wir die gegenwärtige Fusionspolitik mit ihrer Zielsetzung ab, nur noch fünf bis acht Großgewerkschaften zu schaffen. Nicht, weil wir Fusionen im Prinzip für untauglich halten, sondern deshalb, weil darin lediglich eine Politik der Standortsicherung gegenüber anderen Gewerkschaften besteht. Aus der Fusionslogik folgt auch, daß der DGB für die zusammengeschlossenen Großgewerkschaften schlichtweg überflüssig würde. Wozu sollte man sich auch noch einen Dachverband leisten, wenn man doch im fusionierten Zustand allumfassende Kompetenz beansprucht und darin das Ziel der eigenen Organisationsentwicklung erblickt?

Zukünftig werden eine Handvoll Großgewerkschaften keinerlei Anlaß mehr sehen, die finanziellen und organisatorischen Strukturen des DGB aufrechtzuerhalten, um diesen beispielsweise zur Abstimmung regional- oder organisationspolitischer Aufgaben - vor allem in der Fläche - oder zur Unterstützung kleinerer Gewerkschaften zu befähigen. So gesehen werden die "Kleinen" um erzwungene Fusionen mit der einen oder anderen übriggebliebenen Gewerkschaft kaum herumkommen. Damit aber würde die branchenübergreifende Solidarität aller Beschäftigten in der Einheitsgewerkschaft nur noch ein Dasein als Worthülse längst vergangener Zeiten fristen.

Für welche Reformstrategie treten wir ein? Der Vorschlag der "Fünf kleinen Tiger" (Gewerkschaften Holz und Kunststoff, Handel, Banken und Versicherungen, Nahrung-Genuß-Gaststätten, Textil-Bekleidung und IG Medien) eine Direktmitgliedschaft im DGB samt DGB-Finanzhoheit vorzusehen - unter Beibehaltung der Tarifhoheit der Einzelgewerkschaften - (vgl. Frankfurter Rundschau v. 24. 10. 1995), scheint uns der vernünftigste von allen. Immerhin kann auf diese Weise "flexibel" auf den Wandlungsprozeß des Kapitals eingegangen werden. Autonomie und Traditionen der Einzelgewerkschaften wären sorgfältig zu berücksichtigen. Dies wäre auch unter einem großen Gesamtdach viel besser möglich als bei den derzeitigen Fusionen qua Marktmacht (es gibt kaum Gewerkschaften mit derart unterschiedlicher Mitgliederkultur wie z.B. die IG Chemie und die IG Bergbau, die jetzt naturwüchsig-ökonomisch fusionieren wollen). Ein gestärkter DGB könnte - auch regional und lokal - die übergreifenden Solidaritätsaufgaben, die in den branchenbezogenen Tarifverhandlungen notwendigerweise zu kurz kommen, besser zur Geltung bringen. Er könnte vielleicht sogar, so schrecklich es klingt und so wenig schrecklich dergleichen in Frankreich oder Italien ist, zu einem ein- oder zweitägigen "Generalstreik" aufrufen, wenn die Regierung mal wieder beschließt, daß der Mensch für die Wirtschaft, nicht aber die Wirtschaft für die Menschen da ist. Ein durch Direktmitgliedschaft gestärkter DGB wäre auch. in der Lage, aktiver in allen Fragen der Struktur- und Umweltpolitik zu agieren und Bündnisfähigkeit mit anderen auf diesem Gebiet aktiven Gruppen und Bewegungen unter Beweis zu stellen.

Es verwundert kaum, daß dieser Vorschlag von den großen Einzelgewerkschaften IG Metall, Gewerkschaft ÖTV, IG Chemie-Papier-Keramik und der neu fusionierten IG BAU nicht ernst genommen wird. Mit pauschalen Schlagwörtern wie "Megafusion", "Wiederbelebung einer Spartenorganisati-

on wie des FDGB", "Allianz der Schwäche" und "Organisationsreform als Syndrom für Finanzumverteilung" wird - unter dem aufschlußreichen Titel "Segeln unter falscher Flagge" (Die Quelle, 12/1995, S. 14-15) - deutlich gemacht, wie wenig Interesse an einer inhaltlichen Diskussion des Vorschlages besteht. Offensichtlich glauben die Großen fest an ihre jeweilige Fähigkeit, gegen Ende des Prozesses zu den Überlebenden zu gehören. Aber sollten dann die Organisationsstreitigkeiten vorbei sein? Werden die Überlebenden ihre eigenen Wege gehen oder doch noch eine letzte "Elefanten-Runde" im Fusionspoker spielen?

Nach dieser Devise scheinen die Einzelgewerkschaften auch mit DGB-Programmentwurf und Bundeskongreß verfahren zu wollen. So beschränkt sich beispielsweise die Industriegewerkschaft Metall in ihrem Info-Dienst direkt ("Einklinken in die Grundsatzdebatte!", Nr. 6/96 v. 21.3.96) auf eine knappe Stellungnahme ihres Vorsitzenden Zwickel zum neuen Entwurf ("geeignete Diskussionsgrundlage", bei der man sich "nicht in allen strittigen Fragen habe durchsetzen können"). Interessierten Mitgliedern bleibt trotz des Abdrucks allgemeiner IGM-Positionen zum Programmentwurf auf der gleichen Seite verborgen, welche Punkte im einzelnen strittig gewesen sind, auch wird ihnen nicht mitgeteilt, wo sie den Text des Programmentwurfs erhalten können. Statt ernsthaftem Willen zum "Einklinken" in die Progammdiskussion ist die Haltung der größten Einzelgewerkschaft von Lustlosigkeit und demonstrativer Mißachtung des DGB geprägt - bezeichnend für den heutigen Zustand vieler Einzelgewerkschaften.

6. Sagt den DGB-Kongreß ab!

Anders als bei den Diskussionen um die DGB-Grundsatzprogramme von 1949, 1963 und 1981 scheint es also bei der gegenwärtigen Programmdiskussion und beim Dresdener Grundsatzprogramm-Kongreß um ein Nichts zu gehen, um einen Placebo-Effekt für die Gewerkschaften und ihre Mitglieder, der, von vornherein so geplant, keinerlei Bedeutung für irgendein Handeln hat, weil der DGB von allen Beteiligten mittlerweile als vollständig unbedeutend angesehen wird und sich selbst auch so einstuft. Ein Grundsatzprogramm mal Null bleibt aber Null. Es ist eine Zumutung für Gewerkschaftsmitglieder, sich mit Null beschäftigen zu sollen.

So schließt sich der Kreis: Weil die Organisationsreform des Dachverbandes unter der Vorgabe des Einsparens läuft und somit aus den alten Bahnen nicht herauskommt, bleibt auch die programmatische Aufgabe des DGB die gleiche wie gehabt: Allgemeine und unverbindliche Positionen zu verabschieden und ordentlich abzuhelfen, damit sie für die nächste Programmdebatte - sofern es dann überhaupt noch einen DGB gibt - zur Verfügung stehen.

Wir fordern den DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften auf, den Bundeskongreß im November 1996 abzusagen. Neben den hier vorgebrachten Argumenten sprechen dafür auch ganz einfache demokratische Grundsätze: Die vom DGB-Bundesvorstand gesetzte Frist für Änderungsanträge von DGB-Kreisen und Einzelgewerkschaften - Mai/Juni - ist viel zu kurz, als daß noch eine ernsthafte inhaltliche Debatte gebührt werden könnte. Man kann

schließlich nicht fünf Jahre lang über "Offenheit", "Diskurs" und "Beteiligung" reden, um dann alle Grundsatzfragen in einem jede Beteiligung ausschließenden Schnellverfahren zu "erledigen". Im Falle eines organisatorischen Selbstlaufs, der die Absage des Kongresses unmöglich macht, sollte Dresden jedenfalls zu einem Diskussionsforum darüber genutzt werden, welche Funktion ein wirklich reformierter DGB im Rahmen einer Solidarität organisierenden Gewerkschaftsbewegung haben könnte.

PROFESSOR Dr. Dr.h.c. CLAUS KÖHLER

(...)

1. Zur Rollenverteilung in der Wirtschaftspolitik

Es sollte betont werden, daß eine wirtschaftspolitische Instanz und das heißt die Finanzpolitik, prioritär für das wirtschaftspolitische Ziel Vollbeschäftigung verantwortlich sein muß. Gegenwärtig überläßt man - einer monetaristischen Strategie folgend - die Lösung des Arbeitslosenproblems weitgehend den Sozialpartnern, während die Finanzpolitik das Ziel einer "soliden Haushaltsgebarung" verfolgt.(...)

Im Entwurf zum Grundsatzprogramm weisen Sie darauf hin, daß soziale Gerechtigkeit bei ökologischer Erneuerung sich nicht aus dem Selbstlauf des Marktes ergibt (S.3). Der Markt schaffe aus sich selbst heraus weder soziale Gerechtigkeit noch soziale Sicherheit (S.21). Man sollte hinzufügen, daß der Markt von sich heraus auch nicht zu Vollbeschäftigung und Preisniveaustabilität führt. Während für die Geldwertstabilität die Verantwortung einer wirtschaftspolitischen Instanz, der Deutschen Bundesbank, geschaffen wurde, fehlt das beim Beschäftigungsziel.

Ein Hinweis auf eine klare Verantwortung für das Beschäftigungsziel gehört in den Abschnitt "Vollbeschäftigung verwirklichen" (S.14). Der Satz "Der Sozialstaat muß Arbeit und Beschäftigung wieder in den Mittelpunkt stellen und seine Finanz- und Steuerpolitik darauf ausrichten" (S.14), halte ich für zu schwach. Gleiches gilt für die Feststellung, daß man von Arbeitgebern und politisch Verantwortlichen erwartet, die Vollbeschäftigung wieder herzustellen (S.7). Man muß sich von der jetzigen Rollenverteilung, die die Hauptverantwortung für die Arbeitslosigkeit den Sozialpartnern auferlegt, klar distanzieren. Davon unberührt ist die Verantwortung der Sozialpartner sich in ihrer Einkommenspolitik strategiegerecht zu verhalten.

2. Zur ökologischen Reform

Ein DGB-Grundsatzprogramm kommt nicht umhin, zu diesem Problem Stellung zu nehmen. Für problematisch halte ich die Forderung, "den Faktor Arbeit zu entlasten, den Energie- und Rohstoffverbrauch hingegen über Steuern und Beiträge zu verteuern."(S.16). Angesichts der Bedeutung, die Energiekosten bei einem Teil der Unternehmen haben, befürchte ich Wettbewerbsnachteile und daraus resultierend zusätzliche Arbeitslosigkeit. Ein Grundsatzprogramm sollte fordern, daß eine solche ökologische Reform von den politisch Verantwortlichen zumindest europaweit durchgeführt wird. Der DGB könnte im Rahmen der ihm gegebenen Möglichkeiten solche Bestrebungen fördern.

3. Quotenregelung zur Frauenförderung

Sie sehen Appelle zum Teilen der Macht zwischen den Geschlechtern als wirkungslos verhallt und "halten deshalb Quotenregelungen für Frauen auf allen Gebieten für erforderlich." (S.26). Ich befürchte, es heißt eines Tages, das war gut gemeint, hatte aber negative Ergebnisse. Man muß nämlich mit Gegenstrategien rechnen. Ein Beispiel. Viele Bundesländer berufen eine Frau zum Professor, wenn sie auf einer der von den Fakultäten dem Kultusministerium einzureichenden Dreierliste steht, und zwar unabhängig davon, auf welchen Platz sie gesetzt ist. Das soll solange geschehen, bis die Frauenquote erreicht ist. In der Praxis aber zeigt sich, daß die Fakultäten Frauen nicht mehr auf die Listen setzen. Da für Berufungen zum Professor auch eine Rolle spielt, wie oft man auf einer Liste gestanden hat, führt in diesem Fall die Quotenregelung zu einer eindeutigen Diskriminierung der Frauen. Ihr Grundsatzprogramm zeigt auf, wo man bei der Förderung von Frauen im Beruf ansetzen könnte: "Kürzere Arbeitszeiten können helfen, die Arbeit zwischen Frauen und Männern gerechter zu verteilen." (S.8).

4. Zur Erweiterung politischer Freiheitsrechte

"Wir wollen die Demokratie festigen, indem wir uns dafür einsetzen, daß die Entscheidungskraft der durch Verfassung und Wahlen legitimierten Institutionen gestärkt werden." (S.25). Diesen Satz kann man nicht dick genug unterstreichen. Einen Widerspruch dazu allerdings sehe ich in Ihrer anschliessenden Forderung nach mehr Beteiligungsrechten der Bürgerinnen und Bürger an politischen Entscheidungen, vor allem durch Volksbefragungen und Volksentscheide. Ja, es sollten "mehr Menschen ihre Kompetenz einbringen, ..." (S.26). Dafür stehen die Parteien zur Verfügung. Wir sind eine repräsentative Demokratie. In den Parlamentsausschüssen werden die heute durchweg diffizilen Probleme hin und her gewendet und schließlich entscheidet das Parlament, wie im Falle Berlin-Brandenburg oder in der Schweiz im Falle des Beitritts zum Europäischen Währungsraum. Volksentscheide sind häufig Zufallsentscheidungen, mehr mit dem Gefühl als mit dem Verstand (Berlin-Brandenburg) oder auch durch sachfremde Argumente, die Emotionen wecken (Schweiz-EWR). Die gewählten Volksvertreter müssen dann versuchen, den Schaden einzugrenzen. Ich befürchte, man sitzt mit Forderungen nach "erweiterten politischen Freiheitsrechten" auf einer populistischen Welle. Es wird schwer sein, von dort herunterzukommen und Ihre Eingangsforderung zu verwirklichen, die Entscheidungskraft der durch Verfassung und Wahlen legitimierten Institutionen zu stärken.

5. Zur Privatisierung öffentlicher Leistungen

Der Entwurf des Grundsatzprogrammes geht auf das Problem der Privatisierung öffentlicher Leistungen nicht ein, obwohl auch das Beschäftigungsauswirkungen hat. Ein Beispiel ist der privatisierte öffentliche Nahverkehr. Aus Rentabilitätsgründen wird in verkehrsschwachen Zeiten das Verkehrsangebot ausgedünnt. Fahrpreise werden heraufgesetzt. Beides ist vor allem für Familien ein Anreiz, das Auto zu benutzen. Ein sinnvolle Steuerung dieses Prozesses wird schwierig, wenn die Verkehrsträger nicht im öffentlichen Eigentum stehen.

6. Zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion

Ich begrüße es sehr, daß der DGB sich für die Schaffung einer Europäischen Wrtschafts- und Währungsunion einsetzt (S.5, 15, 26 und 34). Nur wenn es gelingt, die Währungsunion zu verwirklichen, wird auch die Bundesrepublik ihre Wettbewerbsfähigkeit innerhalb Europas und gegenüber Amerika und dem Pazifik wahren können, werden wechselkursbedingte Störungen in Europa vermieden, werden Kosten gespart, unsere Zahlungsbilanz entlastet und die wirtschaftspolitische Handlungsfähigkeit wieder hergestellt. Das fördert die Beschäftigung. Bei einer zeitlichen Verschiebung der Währungsunion oder gar einem Scheitern muß man mit erheblicher zusätzlicher Arbeitslosigkeit rechnen.

gez. Claus Köhler

Ralf Dahrendorf

Vielen Dank für die Zusendung Ihres Grundsatzprogramms. Ich habe mit Interesse und Sympathie darin gelesen. Zugleich habe ich das deutliche Empfinden, daß in den harten Zeiten, die uns - und mehr noch: Ihnen - bevorstehen, ein Programm dieser Art auf eine schwere Probe gestellt wir . Die Wahrscheinlichkeit einer fundamentalen Veränderung - ich könnte auch sagen: Verringerung - der Rolle der Gewerkschaften ist groß. Ich hoffe, daß Ihr Programm Sie dafür vorbereitet findet.

gez.Ralf Dahrendorf

Werner Apel, Erfurt

(...)

Zunächst zum Grundsatzprogramm überhaupt

Ich freue mich sehr darüber, daß der Bundesvorstand und sein Vorsitzender sehr rechtzeitig die Initiative ergriffen haben, der zahlenmäßig stärksten politischen Kraft unseres Landes ein neues Grundsatzprogramm, nicht nur ihren Mitgliedern, sondern der ganzen Gesellschaft zu unterbreiten. Sehr richtig wird dargestellt, daß sich die Welt im Umbruch befindet und zwar auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens, auch, wenn es einige gesellschaftspolitisch relevante Kreise noch nicht wahrhaben wollen. Ohne jetzt die Ereignisse von 1989/90 zu verallgemeinern, aber Fakt ist, daß sie sehr schnell und umfassend ein ganzes Gesellschaftssystem auflösen können. Deshalb ist von allen Verantwortlichen ein Umdenken notwendig, weil gesellschaftliche und wirtschaftspolitische Entscheidungen gefordert werden, die kurzfristig und zugleich auch weit in die Zukunft reichend sein müssen. Nicht nur Wissenschaft und Technik verändern täglich unser Umfeld, auch im gesellschaftspolitischen Leben sind solche Wandlungen nicht auszuschließen. Deshalb ist es das Gebot der Zeit, sich frühzeitig damit zu befassen, die gesellschaftlichen Prozesse genau zu

analysieren, ihren jetzigen Entwicklungsstand richtig einzuschätzen um mittel- und langfristige Schritte neu zu bestimmen. Das wurde in wichtigen Ansätzen und Aussagen im ( ) Entwurf getan. Darüber mußten sich nicht nur jeder Gewerkschafter, sondern alle Bürger freuen, denen die weitere Zukunft unseres Volkes, Europas und der Welt nicht gleichgültig ist.

Einige Anmerkungen zum Entwurf Grundsatzprogramm DGB

zu Abs. 2 und 68

Ich bitte darüber nachzudenken, ob es richtig ist, daß wir als Gewerkschaft die gleichen Formulierungen "Arbeitgeber - Arbeitnehmer" wie die Unternehmer und die Regierenden gebrauchen. Aus meiner Sicht ist es für die Unternehmer ein Ausdruck der Überheblichkeit und für die Arbeitnehmer eine Diskriminierung ihrer Menschenwürde. Wäre es nicht richtiger, für uns als Gewerkschafter von Unternehmer und Erwerbstätiger zu sprechen. Einige Unternehmer verwenden sogar die Formulierung "Mitarbeiter", aber das hat seine besondere Bewandtnis, auf die ich hier nicht näher eingehen möchte. Fakt ist, daß diese Unternehmen die Erwerbstätigen nie als Mitarbeiter betrachten, aber aus gegebenen Anlaß oder aus der jeweiligen Situation heraus für sie es besser ist, diese Bezeichnung zu verwenden. Ich jedenfalls bezeichne in meiner Öffentlichkeitsarbeit diese genannten Menschengruppen so, was sie im Leben der Gesellschaft sind.

zu Abs. 4

Es wird von einer Reform der Industriegesellschaft gesprochen, um die genannten Ziele zu erreichen. Das ist mir zu wenig. Für meine Begriffe müssen alle wichtigen Bereiche des gesellschaftlichen Lebens einer kritischen Wertung unterzogen werden, wenn wir wollen, daß wir eine menschenwürdige Gesellschaft erreichen. Alle Industrieländer tragen dafür die Hauptverantwortung, wobei ich die anderen gesellschaftlichen Kräfte nicht ausschließen möchte.

zu Abs. 8

Es wird davon gesprochen, daß die Existenz von verschiedenen Richtungsgewerkschaften in geschichtlichen Phasen zu gegenseitigen Behinderungen geführt hat. Das ist richtig. Aber haben wir diese Spaltung wirklich schon überwunden? Wenn ich mir die Realität allein im Verkehrswesen anschaue, muß ich sagen, sie existiert noch heute. Ich kann eine Vielfalt der Einheit noch nicht richtig erkennen. Deshalb würde ich sagen, nicht nur die ideologischen Richtungen sehen, sondern auch die, die unmittelbar in der Praxis wirken. Es sollte also deutlich hervorgehoben werden, daß hier noch Handlungsbedarf notwendig ist und das wir nur als einheitlich handelnde politische Organisation unser Gewicht in den einzelnen gesellschaftlichen Entscheidungen voll zur Geltung bringen können. Das trifft auch auf die einzelnen Gewerkschaften zu.

zu Abs. 11 und 12

Sehr richtig wird der Interessengegensatz von Kapital und Arbeit in der Marktwirtschaft dargestellt. Diese Feststellung allein genügt nicht. Es gilt deutlich zu machen, daß hier der Kern allen Übels liegt. Gewiß, es gibt nichts Besseres. Frage ist, gibt es Rezepte wie dieser Gegensatz abgebaut werden kann. Ist das überhaupt möglich oder ist es nicht so, daß wir heute objektiv dazu gezwungen sind, nach geeigneten Lösungswegen zu suchen? Für meine Begriffe, die Frage aller Fragen und alle sind gefordert, wenn wir zu einer gerechten Menschenordnung kommen wollen.

Mein Vorschlag: Ich würde das als Lösungsaufgabe formulieren.

Die im Absatz 12 getroffene Feststellung betrachte ich als Insellösungen, die gefunden wurden aber nicht die gesamte Marktwirtschaft betreffen.

zu Abs. 14 - 22
Hier wird m.E. sehr richtig alles das aufgeführt, was auf der Tagesordnung steht. Ich habe dem nichts hinzuzufügen, sondern unterstreiche nur, was ich zu Punkt 11 gesagt habe. Entscheidend ist, daß wir als Gestaltungskraft im Grundgesetz anerkannt und verankert werden.(...)

Zu Abs. 42/44/45
Alles richtige Feststellungen. Aber damit dürfen wir es nicht bewenden lassen. Da das Menschenrecht über den Grundrechten steht, müßte es also möglich sein, dies als Grundrecht im Grundgesetz aufzunehmen. Das muß unsere Forderung sein und so sollte es auch formuliert werden.

zu Abs. 47/48
Es stellt das Schlüsselproblem heute und in Zukunft dar. Alle müssen umdenken, Unternehmer, Staat und Erwerbstätiger. Gegenüber den Erwerbstätigen haben wir aufklärend zu wirken, gegenüber Unternehmen und Staat fordernd. So sollte das auch für meine Begriffe gesagt werden.

zu Abs. 90-93 und 118
Was wir wollen ist die eine Seite, was wir können, die andere. Da wir zur Zeit keinen entsprechenden Status im Grundgesetz haben, dürfte unser Wollen auf Sand gebaut sein. Unser Einfluß auf Unternehmen und Staat muß verfassungsmäßig verändert werden. Wir sind nicht irgendwer. Beiden muß stärker als bisher bewußt werden, daß die weitere friedliche soziale Gestaltung unserer Gesellschaft entscheidend mit von uns abhängt.

Das wir unseren Anteil zu bringen haben ist unbestritten. Auch das sollte in aller Deutlichkeit so zum Ausdruck kommen. Jeder der gesellschaftliche Verantwortung trägt, ist gefordert.

zu Abs. 121
Wenn der Ausbau der Mitbestimmung für uns zum Kern der Gesellschaftsordnung gehört, ist es höchste Zeit, daß man uns das grundgesetzlich zusichert. Das muß festgeschrieben werden. Geschieht das, bin ich sicher, daß dann der anhaltende Mitgliederschwund aufgehalten und neue gewonnen bzw. wiedergewonnen werden können. Die Verdrossenheit unserer Mitglieder, als auch nicht wenige anderer Zielgruppen werden wir wieder für unsere Interessen gewinnen.

zu Abs. 122-130
Alles richtig dargestellt, aber mit Zielstellung allein ist es nicht getan. Das ist das Gebot der Stunde. Wenn es in absehbarer Zeit nicht gelingt, erste Schritte für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung zu finden, wird es ein Aufbäumen dieser Länder geben. Die Folgen wären nicht auszudenken. Also klar und eindeutig zum Handeln auffordern. Wir haben auch die Pflicht, dabei aktiv mitzuwirken.

zu Abs. 132
Ich bin erschüttert, daß so etwas vom Bundesvorstand geschrieben und beschlossen wurde. Wenn das alles gesellschaftliche Realität wäre, sind wir das Schlaraffenland Nr. 1 in der Welt. Diese Formulierung könnte bei den Mitgliedern und Nichtmitgliedern großen politischen Schaden anrichten. Es würde zu weit führen, wollte ich zur sozialen Sicherheit, sozialen Gerechtigkeit, sozialen

Frieden, innere Sicherheit und ökonomische Prosperität die Gegenargumente aufführen. Sie sind dem Bundesvorstand genauso bekannt wie mir. Herr Blum würde vor Freude in den Himmel springen, wenn das alles so wäre. Und dann noch die Formulierung "Sozialstaat" das ist der Hammer. Hier muß eine realitätsbezogene Aussage her, im Interesse unserer Organisation und der Mehrheit unseres Volkes. Was die anderen Punkte dieses III. Abschnittes angeht, werden zum großen Teil sehr richtige Aussagen getroffen, die auch zum Teil das in Frage stellen, was im Abs. 132 gesagt wird.

zu Abs. 173
Ein sehr heikles Thema, um nicht zu sagen ein Reizthema. Um es gleich deutlich zu sagen, ich habe nichts gegen Ausländer. Es ist bestimmt auch schwer, Realitäten und die Empfindlichkeit der Menschen zu diesem Thema in wenige Worte zu fassen. Für meine Begriffe sollte der letzte Satz anders formuliert werden. *Vielleicht so: Sollte es nicht gelingen, lösbare arbeitspolitische Regularien zu finden, könnte es sich als notwendig erweisen, die Zuwanderungspolitik gezielt zum Einsatz zu bringen.*

zu Abs. 178
Ob die Informationen der Medien den Realitäten entsprechen, ist mit größter Vorsicht zu genießen. Deshalb ist die Bevölkerung in dieser Beziehung auch sehr mißtrauisch. Aus verständlichen Gründen.

Vielleicht könnte man so formulieren: "Der Einfluß der Medien auf die Menschen ist ungebrochen und nimmt ständig zu."

zu Abs. 186
Im letzten Satz würde ich nicht "das wichtigste Kapitel unseres Wirtschaftsstandortes", sondern *ein wichtiges* ... schreiben. Ich finde das sonst zu absolut.

Zu Abschnitt V:
Nach meiner Ansicht ist dieses Kapitel zu kurz ausgefallen. Es muß stärker herausgearbeitet werden, daß der Einfluß der Gewerkschaft im Umbruchsprozeß national wie international objektiv wächst. Da wir Gestaltungskraft sind, sind auch alle sich verändernde Gesellschaftsprozesse nur mit uns machbar. Das muß sowohl den Erwerbstätigen als auch den Nichterwerbstätigen, den Unternehmen, wie den Regierenden gesagt werden. Ich würde also um Ergänzung bitten.

Eine Anmerkung zu den Seniorinnen und Senioren in unserem Lande
Wie bekannt stellen sie heute schon über 20% der Einwohner. Zur Jahrtausendwende werden es ca 25% sein. Eine Bevölkerungsgruppe, die weit mehr als eine Generation ausmacht. Ihre gesellschafts- und wirtschaftspolitische Stellung ist unbestritten. Frage ist nur, wer kümmert sich um sie. Die finanzielle Absicherung ist bestimmt ein sehr wichtiger Faktor. Aber das allein genügt nicht. Sie wollen den ihr zustehenden Platz in der Gesellschaft einnehmen. Das setzt aber eine Heimstatt voraus. Der Staat kann und will sich offensichtlich dafür nicht verantwortlich fühlen. Ich treffe bewußt keine Aussage zum Ministerium für Jugend, Frauen, Familie und Senioren. Das ist sinnlos. Ausgehend davon, daß ca 30% der Gewerkschaftsmitglieder Senioren sind, ist es einfach die Pflicht des DGB, hierzu eine umfassende Aussage zu treffen. Wie bekannt hat die GdED im Art. 38 ihrer Satzung die Seniorenarbeit als eine wichtige Säule gewerkschaftlicher Arbeit dargestellt. Ich kann auch bestätigen, daß der Hauptvorstand der GdED viel für die Seniorenarbeit tut. Sie zählt zu den wenigen Einzelgewerkschaften die ihre Veteranen der Gewerkschaftsarbeit nicht vergessen

hat. Aber es kann nicht so sein, daß der DGB im Grundsatzprogramm das mit einem Wort im Abs. 208 abtut. Ich bin der Meinung, daß mindestens in einem Abschnitt zur Stellung der Senioren in der Gesellschaft Stellung genommen wird und vor allem, wie es in der Seniorenarbeit nach Auffassung des DGB weitergehen soll.

Noch eine Bemerkung zu den neuen Bundesländern

Nicht weil ich auch ein Beitrittsgebietsbürger bin, kommen nach meiner Meinung die neuen Bundesländer zu kurz. Ich meine diese Problematik ist einfach zu wichtig, sehr langwierig und kompliziert zugleich. Ich teile die Auffassung führender Politiker, daß uns diese Thematik noch mindestens eine Generation beschäftigen wird. Viel Kleinarbeit ist nötig und hier haben wir aktiv teilzunehmen. Hinzu kommt, daß es uns auch nicht egal sein kann, welche politischen Kräfte auf wen, wie Einfluß nehmen. Ich halte deshalb einen gesonderten Abschnitt zu diesem Thema für erforderlich. Genug Stoff gibt es auf alle Fälle. (...)

gez. Werner Apel

Helmut Stöckel - Oberkochen

Im November zum Bundeskongreß wollt Ihr ohne die Basis groß zu fragen, denn diese Befragung soll ja schon im Juni beendet sein, das neue Grundsatzprogramm beschließen. Mit anderen Worten, Ihr seid an einer wirklichen Diskussion nicht interessiert, obwohl die Gewerkschaftsmitglieder ein Recht haben auf ausreichende Diskussionszeit. Im Bundestag wird es auch so gehandhabt, aber wir sollten doch zeigen, daß wir noch demokratisch handeln. Dieser Entwurf steht nicht in der Kontinuität der "Wirtschafts- und Sozialpolitischen Grundsätze" von 1949 und de späteren Grundsatzprogramme des DGB. der neue Entwurf ist ein politischer Richtungswechsel.

Das Grundsatzprogramm von 1981 sagt:
"Als Selbsthilfe- und Kampforganisation bieten die Gewerkschaften ihren Mitgliedern Schutz vor den Folgen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Unterlegenheit. Als soziale und gesellschaftliche Bewegung haben sie die Aufgabe, die Ursachen der wirtschaftlichen Abhängigkeit und gesellschaftlichen Unterlegenheit der Arbeitnehmer zu beseitigen."

"Seit Beginn der Industrialisierung werden die sozialen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen durch den Interessengegensatz von Kapital und Arbeit geprägt. Den Interessen der Unternehmer an maximalen Gewinnen stehen die Interessen der Arbeitnehmer an sicheren Arbeitsplätzen, menschenwürdigen Arbeits- und Lebensbedingungen und ausreichenden Einkommen gegenüber." "Die Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland hat zu einer Wiederherstellung alter Besitz und Machtverhältnisse geführt. Die Konzentration des Kapitals schreitet ständig fort. (...) Die Arbeitnehmer, die übergroße Mehrheit der Bevölkerung, sind noch weitgehend von der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel ausgeschlossen. Die Arbeitskraft ist ihre einzige Einkommensquelle."

Und nun die neuen Vorstellungen dazu aus dem Entwurf '96:
"Neue Herausforderungen und Konflikte erfordern auch zukünftig die Schutz und Gestaltungskraft der Gewerkschaften, ohne daß die traditionellen Fragen an Bedeutung verlieren. Im Widerspruch von einzelwirtschaftlicher Rationalität und gesellschaftlicher Vernunft werden die Gewerkschaften auch zukünftig die humanen und sozialen, ökonomischen und ökologischen Interessen der Menschen, für die Erwerbsarbeit Grundlage ihrer Lebensplanung und Lebensgestaltung ist, vertreten. Sie werden unter den veränderten Bedingungen ihre Konfliktfähigkeit sichern und ihre Kooperationsfähigkeit erweitern. Soziale Gegenmacht und gesellschaftliche Gestaltungskraft bleiben unverzichtbar. Starke und durchsetzungsfähige Gewerkschaften sind auch für die Zukunft unserer Gesellschaft unverzichtbar. Der Interessengegensatz von Kapital und Arbeit prägt nach wie vor die wirtschaftliche wie die gesellschaftliche Entwicklung kapitalistisch verfaßter Marktwirtschaften. Gleichzeitig haben Widersprüche politisches und gesellschaftliches Gewicht bekommen, die nicht auf den Interessengegensatz von Kapital und Arbeit zurückzuführen sind. Konflikte zwischen den Geschlechtern, Widersprüche zwischen ökonomischer Entwicklung und Raubbau an Natur und Rohstoffen, der Widerspruch zwischen zunehmender Weltoffenheit der Menschen und dem Aufbrechen ethnischer Konflikte und dem Wiedererstarken nationalistischen Denkens erfordern nicht nur erweiterte und andere Erklärungen, sondern auch ein erweitertes Verständnis gewerkschaftlichen Handelns. Die Art und Weise, wie Gewerkschaften und Arbeitgeber gegensätzliche Interessen im Konflikt wie in der Kooperation austragen, hat zu Wohlstand, zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft und zur Festigung der Demokratie beigetragen." Auch über die soziale Marktwirtschaft sind Abweichungen nachzulesen.

Es ist doch ganz klar, daß nahezu alle alten sozialen Errungenschaften erkämpft und dem Kapital abgetrotzt werden mußten. Dies gilt besonders für den entwickelten Sozialstaat. Dieser ist keineswegs - wie im Entwurf unterstellt - eine über den Klassen- und Machtverhältnissen stehende neutrale Instanz, sondern selbst das Resultat gesellschaftlicher Auseinandersetzungen. Der Sozialstaat, wie wir ihn heute haben (gehabt haben), ist das Ergebnis einer bestimmten Entwicklungsphase des Kapitalismus, in der die Gewerkschaften auf der Basis ökonomischer Prosperität, aber auch bestehender Systemkonkurrenz entscheidende Fortschritte im Interesse der arbeitenden Menschen durchsetzen konnten.

Der Entwurf geht von einem anderen Interessenbegriff aus. Danach sollen die Gewerkschaften ihre Konfliktfähigkeit sichern und ihre Kooperationsfähigkeit erweitern. So zieht sich die Betonung der Dialog- und Konsensbereitschaft der Gewerkschaften wie ein roter Faden durch den Entwurf. Das Ziel gewerkschaftlicher Politik, als soziale und gesellschaftliche Bewegung die Ursachen der wirtschaftlichen Abhängigkeit und gesellschaftlichen Unterlegenheit der Arbeitnehmer zu beseitigen, wird nicht mehr ausdrücklich verfolgt.

Der Programmentwurf hält auch keiner Plausibilitätsprüfung im Vergleich zu früheren Grundsatzprogrammen stand. Es ist mit Logik kaum zu vermitteln, warum jetzt auf eine grundsätzliche Kritik der kapitalistischen Wirtschaftsweise und auf die Perspektive der Überwindung des Kapitalismus verzichtet

werden soll. Es ist zu befürchten, daß sich die beabsichtigte programmatische Anpassung an die bestehende Gesellschaftsordnung nicht auf die politischen Inhalte des DGB beschränken würden, sondern ihre Wirkung auch auf das gewerkschaftliche Selbstbewußtsein und die betriebliche Gewerkschaftsarbeit hätte. Wir dürfen den Verkauf gewerkschaftlicher Interessen nicht zulassen.

gez. Helmut Stöckel

Alois Blasius, (Essener Druckerverein), Essen

(...)
Ich kann der Programmkommission meine volle Anerkennung zugestehen. Denn die deutsche Sprache ist positiv einsetzbar und variabel. Doch sollte bei allen Lobliedern auch die Kritik nicht fehlen. Aus diesem Grund sende ich heute mein Gedankenergebnis zurück, und wünsche daß vielleicht die eine oder andere Anregung beachtet wird, und es möglich sein wird, unter allen Gewerkschaften eine gemeinsame Sprache und ein gemeinsames Handeln zu ermöglichen.

Meine Vorschläge beginnen mit der Neuordnung der römischen Kapiteln. Römisch V. müßte eindeutig an erster Stelle stehen, und die folgenden entsprechend geordnet werden, damit die Anforderungen an unsere demokratische Gesellschaft an 5. Stelle steht.

Und als Schlußpunkt das 6. Kapitel . Die Zukunft in Europa.
Neuordnung wie folgt:

UNSERE ZUKUNFT - AUFFORDERUNG ZUR MITARBEIT
I. Die Zukunft der Gewerkschaften
II. Die Zukunft der Arbeit
III. Gestaltung der Ökonomie
IV. Den Sozialstaat durch Reformen sichern
V. Anforderungen an unsere demokratische Gesellschaft
VI. Die Zukunft gewerkschaftlicher Interessenvertretung in Europa

Meine erste Kritik bezieht sich aber genau auf den jetzigen Titel - V. Die Zukunft der Gewerkschaften. Dort steht wie eine Präambel diese Floskel, die ich als aktiver Gewerkschafter auf keinen Fall gutheißen kann:

"Darum haben sie sich zum Ziel gesetzt, für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer attraktiver zu werden, auch für die, die den Gewerkschaften bislang abwartend und skeptisch begegnen."

Warum denn soviel Toleranz? Die Gewerkschaften können ihren Aufgaben nur gerecht werden, wenn tarifliche Leistungen nur für Gewerkschaftsmitglieder gelten! Keine Lohngarantie und sonstige Leistungsgarantien für Schmarotzer, Egoisten, und Trittbrettfahrer! (...) Die Gewerkschaften sind keine Gesangsvereine für Egoisten, sondern sind demokratische Organisationen für tolerante und solidarisch denkende und handelnde Menschen!. Sie bekennen sich zu demokratischen Prinzipien in Staat, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur. Sie sind unabhängig von Konfessionen, Unternehmen, Parteien und Regierungen. Sie bekennen sich zu den historisch gewachsenen Prinzipien der Einheitsgewerkschaft.

Diesen Satz kann man in der Satzung der IG Medien nachlesen, und der verpflichtet mich zu einer gewerkschaftlichen Grundüberzeugung.

Wichtig und notwendig ist es, die ehrenamtliche Arbeit der Betriebsräte, Vertrauensleute und der Verwaltungsräte, auch Helfer in Sozialdiensten auch sozialversicherungsmäßig neu zu regeln. Diese unentgeltliche, ehrenamtliche Arbeit gilt es genau so rentenversicherungsmäßig besser zu stellen, damit solche ehrenamtliche Arbeit in Zukunft noch freiwillig geleistet wird.

Zusätzlich möchte ich meine grundsätzlichen Gedanken und Erfahrungen mitteilen. Das wichtigste Ziel ist, die Schwarzarbeit zu verhindern und das Berechnen einer Dienstleistung "ohne Rechnung" unter Strafe zu stellen. Überstunden zu verbieten, und notwendige Überstunden in Ausnahmefällen müssen in Freizeit ausgeglichen werden und die Zuschläge in Höhe des dreifachen Stundenlohnes ausgezahlt werden. Die geringfügigen Arbeitsplätze müssen alle sozialversicherungspflichtig sein. Die entgeltliche Beschäftigung von Beschäftigten über 65 Jahre ist grundsätzlich zu verbieten. Wer dennoch arbeitet, und so den Jugendlichen die Arbeit klaut, der soll alle Versicherungsbeiträge (auch zur Rentenversicherung) und alle Steuern ohne Höchstbemessungsgrenze abführen.

Bei der Schwarzarbeit ist zu differenzieren unter den Personen, die "schwarz" arbeiten, und derjenigen Personen, die "schwarz" arbeiten lassen. Wenn Frauen und Männer "schwarz" arbeiten gehen, dann ist das Notwehr. Sie wehren sich nur gegen diese Gesellschaft und ihre ganzen Verordnungen und Steuerdiebstahl. Wenn aber ein Unternehmer oder sogenannter Arbeitgeber Schwarzarbeiter beschäftigt, dann ist das Betrug am Sozialwesen und muß mit Zuchthaus bestraft werden. Die Grenze sollte bei 100.-- DM im Monat liegen und nicht mehr und sollte auch nie steigen. In Anzeigenkampagnen sollte der DGB massiv gegen die menschenverachtende Schwarzbeschäftigung vorgehen, und Telefon-Nummern angeben, wo man solche Steuerhinterzieher anschwärzen kann. Dann könnten auch Schwarzarbeiter ihren schwarzen Boss mal anscheißen. Diese Schwarzarbeit und Steuerbetrug der kleinen und großen Selbständigen und Unternehmer darf gesellschaftlich nicht mehr toleriert werden, gerade in Zeiten, da die Finanzämter von einem Loch zum nächsten stolpern.

Wir benötigen, heute mehr denn je, den politischen Kampf des DGB, um diese sozialen Verwerfungen der Bundesregierung zu verhindern und wir brauchen einen klaren Kopf und einen geraden Weg, den der DGB uns vorgeben muß.

Wir können die Arbeiter und Angestellten nicht in einen Generalstreik treiben, wenn wir für den nächsten Tag keine Lösung haben. Was ist am Tag danach? Und ich glaube nicht, daß die Deutschen bereit sind, drei Wochen, so wie die Franzosen, ganz ohne Streikgeld zu streiken. Also was sagen Sie den Menschen am Tag danach?

Die Menschen erwarten vom DGB klare politische Vorschläge, wie wir die wenige Arbeit möglichst gerecht auf alle Menschen in Deutschland verteilen. Keine der politischen Parteien ist dazu in der Lage, weil sie fast überall in den Ländern in der Regierungsverantwortung stehen und gleichzeitig viele Koalitionen gebildet haben, in denen nur noch die Verteilungskämpfe über den Länderfinanzausgleich stattfinden.

Noch nie wurden die Menschen durch so massive Gesetzesänderungen bedroht. Als wichtigste Verunsicherung ist das Gehacke um die Renten, um die Rentenbesteuerung, die Rentenbeiträge, das Erhöhen des Rentenalters. Es gibt keinen Vertrauensschutz mehr. Erst in der großen Rentenreform 1989, am gleichen Tag des Mauerfalls, hat die Regierung im Konsens mit der SPD, verabschiedet mit dem Ziel, ab dem Jahre 2001 mit der Anhebung der Altersgrenze für Männer und Frauen zu beginnen. Die Altersgrenze sollte - zeitlich gestreckt bis 2012 - auf 65 Jahre angehoben werden. Jetzt soll ab 1997 innerhalb von nur 5 Jahren - also bis Ende 2001 diese Altersgrenze erreicht sein. Daß dadurch aber auch Arbeitsplätze für unsere Kinder blockiert werden, scheinen die "Grauen" in Bonn nicht zu merken. Außerdem wollen diese noch in diesem Jahr die Beiträge auf 19,9 Prozent erhöhen. Sind die denn verrückt geworden? Sechs Millionen bis sieben Millionen junge Menschen haben und finden keine Arbeit, weil diese Computer-Leitstandgesteuerten Robotermaschinen unsere Arbeitsplätze vernichten, und die "Bonner Saumägen" erhöhen, und kappen und streichen die Vermögenssteuer für Kapitalisten und Multimillionäre.

Ein großes Ärgernis ist die geplante Streichung der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall innerhalb der Sechs-Wochen-Lohnfortzahlung durch den Arbeitgeber. Diese geplante Entlastung für die Unternehmer und die weitere Streichung des Krankengeldes führt aber dazu, daß die Rentenversicherungs- und Arbeitslosenversicherungs- sowie die Pflegeversicherungskassen Millioneneinnahmeverluste haben werden.

Wir brauchen dringend eine Entlastung der Unternehmer- sowie der Arbeitnehmerkosten durch eine gezielte geradlinige Politik. Das bedeutet eine Reform der Renten in einem wichtigen Schritt, der auch die Arbeitsämter und sonstige Sozialkassen wesentlich entlasten würde. Mein Vorschlag: den Rentenanspruch nicht nach dem Lebensalter, sondern nach der Beitragseinzahlungsdauer auszurichten.

Wer 35 Jahre in die Rentenkasse eingezahlt hat - und für Frauen, die zwischen dem 20. und 60. Lebensjahr 121 Monate Beitrage gezahlt haben - muß auf Antrag eine Rente aus der staatlichen Rentenversicherung erhalten.

Die Beitragsjahre nach der bestehenden Rentenformel ergeben von selbst die Rentenhöhe. Wer länger arbeiten kann (gute Gesundheit, fester Arbeitsplatz und gute Motivation) erhält nach der Rentenformel auch eine bessere dynamische Rente. Wer jedoch seinen Arbeitsplatz verliert, seine Gesundheit beeinträchtigt hat, wer krank ist, das entsprechende Alter hat, von der Krankenkasse kein Krankengeld mehr erhält, und seine Jahre in die Rentenkasse eingezahlt hat, der soll seinen Rentenanspruch erhalten, ohne Umweg über

das Arbeitsamt, und ohne rentenmindernde Abzüge von 0,3 % je Monat, den man früher aufhört. Es ist eine Mogelei à la Blüm, den Arbeitern, die schon seit ihrem 14. Lebensjahr an der Werkbank oder als Lehrling in den Fabriken schuften mußten, noch was von der Rente abzuziehen.

Und Menschen, die eine solche Altersrente beziehen, ist jede Beschäftigung und Nebenerwerb wieder von der Rente teilweise abrechenbar. Das ist das Hauptübel unserer jetzigen Gesetzesregelungen, daß Rentner versicherungsfrei schuften gehen, daß Hausfrauen versicherungsfrei nebenbei arbeiten, und unsere Kinder keine gutbezahlte Arbeit finden und entsprechend auch weniger in die Rentenkassen einzahlen werden.

Der DGB muß allen Bürgerinnen und Bürgern klarmachen, daß die Zukunft der Renten eine gerechte, dynamische und beitragsbemessene Rente bleiben muß. Und um die gesetzlichen Renten finanzierbar zu erhalten, ist keine Beitragserhöhung notwendig, sondern alleine der Wegfall der Höchstbemessungsgrenze für gut- und besserverdienende Beamten und Angestellte im öffentlichen und im privaten Sektor. Garantie dabei muß aber die dynamische, angepaßte Rente bleiben, und das Geschwätz vom Kurt Biedenkopf sollte man in die Ablage Papierkorb schmeissen.

gez. Alois Blasius

Karl Mai, Halle

Zum Streit um eine Grundfrage des DGB:
"Konsens oder Klassenkampf"

Die vorstehende Alternative wird dem DGB programmatisch und auch praktisch von verschiedenen Seiten regelrecht aufgedrängt. Aber ist sie deswegen richtig? Zugespitzt lautet sie doch: Konsens um welchen Preis? Klassenkampf um welchen Preis?

Gemeinsame und gesonderte, verbindende und gegensätzliche Interessen von Unternehmer- und Arbeitnehmerschaft sind zweifellos existent. Sie bilden eine Einheit von relativen Gegensätzen, die sich in der gesellschaftlichen Entwicklung ändern, zuspitzen oder abschwächen können. Das Verhältnis dieser Gegensätze ist ein Ausdruck der sozialen Kräfteverhältnisse, der Machtposition von Kapitaleigentum und der Gegenmacht von Arbeitnehmerschaft im gesellschaftlichen Prozeß.

Solange die Gesellschaft im nationalstaatlichen Rahmen agierte bzw. ihre wirtschaftliche, politische und soziale Integrität hierin fand, war der Aspekt nationaler Interessen oft ein wichtiges Bindeglied im Interessenkompromiß von Kapitaleigentum und Arbeitnehmerschaft.

Mit der Globalisierung der Wirtschaft streifte das Kapitaleigentum zunehmend seine national begrenzten Interessen ab. Der staatliche "Patriotismus" verbleibt den Arbeitnehmern, Unterprivilegierten und Ausgegrenzten des Arbeitsmarkts: für sie bildet der eigene Sozialstaat den Rettungsanker vor noch weiterer Ausgrenzung und Verarmung.

Damit lockert sich auch zwangsläufig die bisherige relative Einheit der Interessengegensätze von Kapitaleigentum und Arbeitnehmerschaft, weil das staatliche Band sie nicht mehr fest verknüpfen kann:

Die Unternehmerschaft bzw. das Kapitaleigentum streift den innerstaatlichen Zwang mit Erfolg ab und genießt die Freizügigkeit der globalen Standortwahl im Profitinteresse. Lockt im Ausland ein hinreichender Mehrgewinn, wird staatliche Solidarität sofort zum Unwort - Kapitalflucht aber zur Normalität ohne Rücksicht auf die heimischen Arbeitsplätze.

Das Kapitaleigentum erzwingt einen globalen Wettbewerb um nationale Steuersenkungen auf Gewinne und Vermögen, provoziert den Sozialabbau unter dem Vorwand der Senkung von Arbeitskosten und befreit sich von öko-sozialnormativen Begrenzungen. Wettbewerbspositionen sollen vor allem durch Preiskonkurrenz verbessert werden, wobei jedoch die Senkung von Arbeitskosten durch die Aufwertungseffekte in den Ländern mit einer stärkeren Währung mehr als überkompensiert wird.

Transnationale Konzerne erpressen sich staatliche Subventionen und Präferenzen fast nach Belieben zu Lasten der Steuerzahler - die aber zunehmend nur noch aus den unteren Schichten der Konsumenten gestellt werden. Kapitaleigentümer aber prahlen mit ihrer Fähigkeit, dem Staat alle Steuerzahlungen vorzuenthalten. Steuerflucht, Steuerbetrug und Geldwäsche nehmen grandiose Ausmaße an.

Börsenumsätze erfolgen steuerfrei und ihre Gewinne bleiben der Finanzierung von nationalen Anliegen (Investitionen, Sozialleistungen) zunehmend vorenthalten.

Die fortschreitende Einengung der Finanzierungsbasis für den eigenen Sozialstaat, die aus Kapitalflucht und Steuergeschenken einerseits und permanenter Massenarbeitslosigkeit andererseits erwächst, muß selbst labile Interessengegensätze von Kapitaleigentum und Arbeitnehmerschaft zwangsläufig verschärfen.

Deutschland ist jetzt in eine Periode chronischer Haushaltskrise, zunehmender sozialer Differenzierung, Verschärfung der Einkommensungleichheit und einer nachhaltigen Vermögensungleichheit eingetreten. Soziale Chancen sind weitgehend an die relative Einkommenshöhe der Gruppen gebunden. Die Dynamik der sozialen Kontraste mobilisiert politisch die Gruppen mit eigener Widerstandskraft, was sich auf die gesamte Arbeitnehmerschaft und die sozial Alimentierten auswirkt.

Die Spannung zwischen Kapitaleigentum und Arbeitnehmerschaft wächst an. Nationale Aspekte des Wohlstands werden oft nur noch von den Arbeitnehmern und ihrer Interessenvertretung verbissen verteidigt. Dies um so stärker, je weniger die Prozesse der europäischen Einigung auf abgestimmten öko-sozialen Standards basieren und somit in "marktgerechtes" Sozialdumping umschlagen müssen.

Damit aktiviert sich objektiv ein Interessenkonflikt, der aus den relativen Gegensätzen der sozialen Interessen zu offenen Kampfformen getrieben wird. Dieser Kampf der Gegensätze innerhalb des Kapitalverhältnisses kann verschiedene Formen oder Schärfegrade annehmen - wird aber letztendlich durch Kompromiß gelöst. Die Kompromißlinie verläuft entlang der ausgeprägten Grenzpunkte des Kräfteverhältnisses einerseits und der sozialpolitischen Konsensbereitschaft andererseits.

Damit wird auch klarer, warum die eingangs zitierte Alternative im Kern falsch gestellt ist:

Mit Konsens beginnt nicht die Lösung des bereits zugespitzten sozialen Konflikts, sondern sie kann höchstens damit enden. Auf dem Wege zu dieser Lösung aber ist Kampf angesagt, der öffentlich geführt wird und seinem Charakter nach der Ausdruck legitimer Gruppeninteressen ist. Der Formunterschied von politisch oder gewerkschaftlich akzentuiertem Widerstand ist weitgehend sekundär, soweit er die Rahmenbedingungen beachtet.

Der Kampf aber erfolgt nicht um jeden Preis: Eine Auflösung oder Überwindung des Kapitalverhältnisses ist ohnehin nicht das Ziel. Es geht um eine soziale Begrenzung von Kapitalinteressen für die Fortexistenz des Sozialstaates, der den unteren Schichten des Volkes, den noch Arbeitenden oder den bereits vom Arbeitsmarkt Ausgegrenzten und Verarmten, den Opfern der Marktwirtschaft, die Existenzbedingungen sichert.

Jene Seite der Gesellschaft, die den sozialen Konsens mit einseitigen, unausgeglichenen und ungerechten Verwerfungen im System sozialer Sicherheit aufbricht, muß mit legitimen Kampfformen der Betroffenen (oder Betrogenen) rechnen.

Dies Klassenkampf zu nennen, sollte aber jenen überlassen bleiben, die im 1. Klasse-Abteil des Zuges ihrer Unternehmen fahren. Der ganze Rest des Zuges ist ohnehin froh, mitfahren zu dürfen. Doch dann will er nicht während der Fahrt noch beraubt werden.

Die Loslösung der Ethik der Unternehmer vom nationalen Sozialniveau und seinen Anforderungen ist das zerstörerische Element der jetzigen Globalisierungsphase, das den gesellschaftlichen Konsens immer breiter und hartnäckiger aufbricht. Innerhalb des künftigen EU-Währungsraumes muß den fatalen Exzessen des Sozialabbaus wirksam begegnet werden.

Dem modernen Sozialabbau und der zugehörigen Sozialdemagogie muß der DGB ein Programm entgegensetzen, das im Grundsatz den Sozialstaat nicht nur verteidigt, sondern den Sozialausgleich auch positiv in die Zukunft fortentwickelt.

Diese Reform des Sozialstaates darf aber nicht zur bloßen Konsolidierung der öffentlichen Haushalte mißbraucht werden oder den oft billigen "Brennstoff für den globalen Wettbewerbsmotor" liefern.

Reform des Sozialstaates heißt vielmehr Absicherung der Existenz des Volkes durch leistungsgerecht bezahlte Arbeit und ihre gerechte Verteilung, durch soziale Alimentierung aller Bürger, denen der Zugang zur Arbeit versperrt bleibt, bei Zuerkennung eines sozialnormativen Existenzminimums für jeden Erwerbsfähigen und seine Familie.

Damit ist aber auch klar, daß es eine künstliche Einengung der gewerkschaftlichen Interessenvertretung auf reine Unternehmensebene und dort entstehende Konflikte nicht mehr geben kann. Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen von Unternehmen, der überstaatliche Einfluß des Marktes und die Steuerpolitik des Staates drücken in einem Maße auf die betriebliche Ebene durch, das jede Lokalisierung der Wirkungen auf das Innere von Unternehmen schon verbietet.

Indem das Kapitaleigentum die nationalstaatlichen Schranken überwindet, muß die Arbeitnehmerschaft ihre gewerkschaftliche Interessenvertretung zumindest auf der staatlichen Ebene etablieren. Mit der Verlagerung sozialer Kompetenzen zur EU muß die Aufgabe der Gewerkschaften übernationalen Aktionsradius gewinnen.

Alles andere wäre krasse Ungleichheit der Chancen, die sich zeigenden Konflikte letztlich im erträglichen Konsens aufzulösen.

Kampf als ein legitimes Mittel, Konsens als Ziel. Der zahlbare "Preis" für beides liegt diesseits des Erhalts des gesellschaftlichen Fortschritts. In diesem Sinne ist eine Politisierung der Gewerkschaften ebenso unvermeidlich wie eine ökologisch-soziale Implikation der Ökonomie. Dem muß auch das neue Grundsatzprogramm des DGB gerecht werden. In diesem Sinne sollten seine Formulierungen nochmals überprüft werden.

gez. Karl Mai

Dagmar Boedicker, München

Ich bin mit dem Entwurf des Grundsatzprogramms nicht einverstanden, weil er zu wenig Gewicht auf die beiden Ziele legt, die Arbeitszeit für alle zu reduzieren und damit die Arbeit neu zu verteilen, und weil die Einbeziehung anderer gesellschaftlicher Gruppen Nebensache zu sein scheint. Angesichts schrumpfender Mitgliederzahlen scheint mir das die falsche Ausrichtung. Im folgenden Diskussionsbeitrag begründe ich das:

Produktivitätsfortschritt

In Westdeutschland hat sich "zwischen 1965 und 1985...das Bruttoinlandsprodukt um ein 3,02faches vervielfacht, während sich im gleichen Zeitraum das jährliche Arbeitsvolumen um 17% verminderte."[1] Mit anderen Worten: Vier Fünftel der Arbeitnehmer produzierten vor elf Jahren dreimal soviel wie fünf Fünftel vor dreißig Jahren. Der DGB hat sicher aktuellere Zahlen, die diesen Trend bestätigen.
Diesen Produktivitätsfortschritt haben wir uns in harter Münze auszahlen lassen, das wollten wir und auch die Gewerkschaften. Gerecht ist die Verteilung nicht gewesen, das Geld ist von oben nach unten verteilt worden. Da aber unsere Gesellschaft darauf bestanden hat, sich den erwirtschafteten Reichtum vorwiegend in Form von Autos, Häuschen, überhaupt von materiellem Konsum auszahlen zu lasen, hat sie sich auf eine Weise unfrei gemacht, in der ständig neuer Geldsegen zum Aufrechterhalten dieses ausschließlich materiellen Wohlstandes nötig ist.
Mit dieser vorrangigen Forderung nach mehr Lohn haben die Arbeitnehmer und die Gewerkschaften sich der ökonomischen Realität unterworfen, die Geld zum Maß aller Dinge macht. Hätten wir mehr Zeit gefordert, so hätten wir die ökonomische Vernunft in Frage gestellt.

Die Menschen brauchen wieder Muße, das bedeutet Zeit

Vor und kurz nach der deutschen Vereinigung waren wir schon einmal fast soweit: Verzicht aus Gründen der Ökologie und der Solidarität waren im Gespräch, ebenso wie eine Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Produktivkapital. Der Verlust der sozialistischen Utopie und die Wende mit ihrem materialistischen Schub haben uns zurückgeworfen. Ich glaube aber, daß wir heute die Wahl nur noch zwischen zwei Arten von Verzicht haben: dem freiwilligen solidarischen Verzicht ***vieler*** auf Konsum zugunsten von Lebensqualität und dem unsozialen Verzicht ***weniger*** auf das Nötigste, wie er uns von unserer Regierung aufgezwungen wird.
Den freiwilligen Verzicht auf Konsum im Austausch für Zeit verbinde ich mit der Hoffnung auf Emanzipation. Eben nicht eine Emanzipation ausschließlich durch die Arbeit und in der Arbeit, sondern eine Emanzipation eben auch neben der Arbeit durch Zeit zum Denken, zum In-Besitz-Nehmen von Lebenswelt, zum Umgang mit den Mitmenschen. Zeit ist notwendig, um wieder darüber nachdenken und diskutieren zu können, was wir wirklich für wichtig halten. Um Zielvorgaben eines ausschließlich ökonomischen Denkens zu beleuchten und eigene Werte und Ziele kennenzulernen, auch im Gespräch mit anderen.

Politikverdrossenheit

Wenn wir heute die individuellen Wertvorstellungen und Überzeugungen von ganz normalen Menschen abfragen, stellen wir fest, daß sie wenig zu tun haben mit denen des Präsidenten des Arbeitgeberverbandes oder des F.D.P.-Vorsitzenden. Über den Wunsch hinaus, sein Leben einfach "in Ruhe und Frieden leben zu dürfen", erwarten die meisten Menschen auch, daß irgendwann einmal die Funktionseliten die gravierenden Probleme anpacken: So nachhaltig wirtschaften, daß unsere Kinder keine versaute Welt von uns

[1] André Gorz, Kritik der ökonomischen Vernunft, Rotbuch Vlg. Berlin, 1989, S. 343

übernehmen müssen, Krieg und Verbrechen verhindern, Kranken, Behinderten und anderen benachteiligten Menschen ebenso gute Chancen geben wie den leistungsfähigsten und für die Armen in der Welt menschenwürdige Zustände schaffen. Wenn ich mir die Diskussion über den Transrapid, den freiwilligen Dienst an der Waffe für Frauen, den sogenannten Arbeitgeberanteil an der Pflegeversicherung oder die Rücknahme von Altautos anhöre, kann ich nicht feststellen, daß dieser Wunsch sich seiner Erfüllung nähert.
Eine wichtige, wenn nicht die wichtigste Ursache dafür sehe ich darin, daß dieses politische System einen Zustand der Sättigung und Verknöcherung seiner Eliten (vor allem in Parteien und großen Unternehmen) erreicht hat, in dem Bewegung eigentlich nur noch von unten kommen kann. Wenn sie aber von unten nicht kommt, so liegt das meines Erachtens daran, daß die Menschen erfolgreich von den Eliten auf ein neues Dogma eingeschworen worden sind: Die technische und ökonomische Vernunft allein sind gültig, die Experten wissen es am besten, für euch ist das alle ohnehin zu komplex. Vergeßt Werte und Wünsche außerhalb dieses Dogmas! Das erste der zehn Gebote scheint ersetzt worden zu sein von einem "Du sollst den Wettbewerb heiligen, ganz gleich was dabei kaputtgeht."
Die Gewerkschaften haben die Aufgabe, den Menschen den Freiraum zu erkämpfen, in dem sie ihre Prioritäten neu ordnen können. In dem sie überlegen können, welches ihr Beitrag zur Lösung der existentiellen Probleme sein könnte. In dem sie wieder darüber debattieren können, wie eine lebenswerte Welt, im Großen wie im Kleinen, aussehen soll.

Strategien für die Gewerkschaften

Wolfgang Lecher vom WSI prognostiziert für das Ende des Jahrhunderts nur noch 25% Stamm-Arbeitnehmer mit festen, tarifvertraglich geregelten Arbeitsverträgen und einen knallharten Konkurrenzkampf der restlichen 75% Erwerbsfähigen mit ihnen.[2]

Ich habe mich sehr darüber gefreut, im Entwurf des neuen Grundsatzprogramms an einigen Stellen die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit anderen gesellschaftlichen Gruppen zu finden. Im Ganzen scheint es mir aber zu wenig, wenn die Anzahl der Menschen in klassischen Beschäftigungsverhältnissen, und damit der Gewerkschaftsmitglieder, schwindet. Was ist mit Bürgerinitiativen, den jungen Alten, was ist mit Hausfrauen, mit Selbständigen wie mir? Warum sollten sie sich mit einer Interessenvertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zusammentun, wenn diese - und sei es auch scheinbar - nicht die Interessen der Gesellschaft als Ganzes, sondern nur die Interessen ihrer Mitglieder vertritt Doch wohl nur, wenn für diese Gruppen der Gewinn für die gesamte Gesellschaft unmittelbar deutlich wird, und das scheint mir vor allem bei einem Ziel der Fall zu sein: Weniger Arbeit für alle kommt allen zugute!

Die Unterstützung von und Kooperation mit anderen gesellschaftlichen Gruppen scheint mir das wichtigste strategische Ziel für die Gewerkschaften. Das nächste scheint mir zu sein, die entscheidenden Themen zu besetzen. Wir müssen verlangen, daß unsere Mandatsträger und Wirtschaftsfunktionäre sich den entscheidenden Problemen stellen. Wir müssen sie gnadenlos bloßstellen, wenn sie dabei versagen. Wir müssen die Manager anprangern, die

[2]André Gorz, Kritik der ökonomischen Vernunft, Rotbuch Vlg, Berlin, 1989, S. 315

Produktionen und Arbeitsplätze auslagern, aber in Deutschland Golf spielen und ihre Kinder auf unsere Universitäten schicken. Diese Kritik von Ulrich Beck im Spiegel ist sogar von Stoiber zitiert worden, aber (soviel ich weiß) nicht von den Gewerkschaften. Bringen wir doch ein Schwarzbuch heraus. Suchen wir uns Partner in den kritischen Medien, stärken wir unsere Mitglieder in den öffentlich-rechtlichen Sendern beeinflussen wir die, die die öffentliche Meinung beeinflussen.

Als letztes möchte ich vorschlagen, diejenigen zusammenzubringen, die neue Ideen haben: Künstler, Wissenschaftler, kritische Unternehmer u.a. Laßt uns in Zukunftswerkstätten nach Antworten auf die Herausforderungen suchen, und laßt uns alle Kreativität mobilisieren, um sie in die Debatte einzubringen. Laßt uns einen alternativen "Rat für Zukunftsfragen" gründen. Wenn wir ein vielfältiges und breites Bündnis schließen, sind wir allemal kreativer als Kohl und Konsorten.

gez. Dagmar Boedicker

Stichwortverzeichnis

Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik 9, 48, 52f., 60, 62, 67, 75, 77, 83, 102, 110, 125
Arbeitszeitverkürzung 11, 43, 51, 66, 83, 102f. 131
Bildung / Berufliche Bildung 16, 70f., 87, 97, 105f.
Bündnispartner 24, 80, 88, 132
Deregulierung 48, 49, 110
Deutsche Einheit 15, 68, 73, 122
Dienstleistungen 48
Differenzierung 48
Einheitsgewerkschaft 6, 24, 28, 119
Energiepolitik 30, 44ff., 84
Europäische Union 18, 54, 71, 98, 118, 130
Gegenmacht 4, 9, 11, 21, 22, 23, 36, 107, 125, 127
Gestaltung 2, 26, 65, 120
Gleichstellung der Geschlechter 31, 51f., 70, 72, 87, 96, 117
Globalisierung 4, 7, 12, 32, 44, 50, 55, 58, 63, 65, 69, 74f., 81, 84, 91, 95, 109f. 128f.
Grundsätzliches/Verschiebung 2, 4, 5, 6, 7, 8, 10, 16, 21, 22f., 23, 27, 34, 46f., 89, 104, 114f., 122
Individualisierung/Solidarität 37, 53, 55f., 76, 87f., 100, 108f., 131f.
Industriegesellschaft 48, 119
Innovationen 54, 62, 63, 66, 77, 93, 101, 105
Interessengegensatz 3, 4, 7, 10, 18, 28, 35, 38, 46, 57, 82, 90f., 107, 119, 123, 127
Konsens 22, 45f., 56, 64, 65, 123, 127
Kooperation 49, 57, 65, 93, 123, 132f.
Mitbestimmung 9, 29, 39, 53, 63, 67, 92, 101, 120
Ökologie 14, 50, 54, 60, 64, 68, 72, 78, 84, 93, 100, 116
Plurale Gesellschaft 89, 99, 117
Recht auf Arbeit 29, 59, 92
Soziale Marktwirtschaft 5, 11, 14f. 25, 32, 49, 56, 61, 64, 67, 69, 77f., 82, 90, 99, 104, 107
Soziale Sicherheit 68, 72, 78, 86, 125f.
Sozialstaat 9, 32, 46, 49, 51, 55, 59, 61, 62, 69, 76, 85f., 95f., 103, 111, 120, 123, 129f.,
Tarifautonomie 30, 41, 50f., 53, 66, 93
Zeitsouveränität 51, 66